

"Hope Channel Radio" mit neuen Programmen ins neue Jahr

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 30.12.2011/APD Die drei Moderatoren von „Hope Channel Radio“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten werden ab Januar 2012 präsenter sein. Von Montag bis Freitag ist das „Hope Channel Radio“ jeweils von 8.00 bis 9.00 Uhr live auf Sendung: Christian Vogel montags und mittwochs, Joachim Lippert dienstags und donnerstags und Judith Christiansen freitags. Darüber hinaus werden die drei Moderatoren jeden Donnerstag von 16.00 bis 17.00 Uhr abwechselnd live zu hören sein.

Neu ist auch die „Lesezeit“, die „Hope Channel Radio“ ab 2012 für all diejenigen einführt, die sich für Hörbücher interessieren. Ab Januar ist jeden Abend in der Zeit von 22.00 bis 22.30 Uhr eines von insgesamt sieben Büchern zu hören. Die „Lesezeit“ startet mit dem Buch „Begnadete Hände“ (Ben Carson/Cecil Murphey). Folgen werden „Ein Herz voller Freude“ (Don C. Schneider), „Angstfrei glauben“ (Johann Gerhardt), „Wie gehe ich mit Ärger und Wut um?“ (Larry Yeagley), „Von Hollywood in den Himmel“ (Steve Wohlberg), „Der Sieger“ (Ellen G. White) und „Christsein heute – Gelebter Glaube“ (Herausgeber Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten). Außerdem wird „Die große Hörbibel“ nach einer Übersetzung von Martin Luther, gesprochen von etwa 80 verschiedenen Schauspielern, neu ins Programm von „Hope Channel Radio“ aufgenommen; jeden Morgen um 4.00 Uhr sowie zusätzlich mittwochs und samstags um 16.00 Uhr.

„Hope Channel Radio“ gehört zum adventistischen Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ mit Sitz an der hessischen Bergstraße in Alsbach-Hähnlein. Das Radioprogramm wird über den Satelliten ASTRA digital ausgestrahlt und ist im Internet unter

www.hope-channel.de als livestream und bestimmte Beiträge als Podcast zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

staonline-Web-Awards 2012 für adventistische Homepages

Köln, 29.12.2011/APD Der in Köln ansässige Verein „staonline“ schreibt den „Homepage-Contest 2012“ aus. Beteiligen können sich alle deutschsprachigen Webseiten von Adventgemeinden sowie Pfadfinder- und Jugendgruppen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Die Bewerbung muss bis spätestens 29. Februar über das Online-Formular unter der Adresse <http://contest2012.staonline.de> eingereicht werden.

Laut Martin Haase, dem Vorsitzenden von „staonline“, würden in der Zeit vom 1. bis 31. März die teilnehmenden Webseiten auf der Wettbewerbsseite verlinkt und könnten durch ein Online-Votum vorab bewertet werden. Nach Abschluss des Vorentscheids begutachte eine unabhängige Jury die Angebote nach Inhalt und Design und teste sie auf Interaktion und Technik. Die Bekanntgabe der drei erstplatzierten Homepages erfolge am 15. April 2012. Vergeben würden die staonline-Web-Awards in Gold, Silber und Bronze.

Unter dem Slogan „web the mission“ setze sich der 1997 gegründete gemeinnützige Verein „staonline“ für die Förderung christlicher Aktivitäten im Internet ein, so Haase. „Um das damals noch junge Medium in Kirchengemeinden und Jugendgruppen

bekannt zu machen und um die Qualität der Webseiten kontinuierlich zu verbessern, wurde im Jahr 2000 der erste Homepage-Contest von staonline ausgeschrieben.“ Aus Darmstadt, Würzburg und Kiel seien damals die ersten Gewinner der „staonline-Awards 2001“ gekommen. „staonline“ sei der älteste christliche Internet-Verein in Deutschland und verfüge über „einen einzigartigen Wissenspool“.

1997 sei es der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland noch nicht möglich gewesen, die neuen Medien in eigener Regie zu nutzen, berichtete Haase. Deshalb hätten Adventisten den Internet-Verein gegründet, um Domains für die Freikirche zu sichern. Außerdem habe „staonline“ für die Freikirche die Homepage *www.adventisten.de* eingerichtet und ehrenamtlich betreut; ebenso für die Jugendorganisation (*www.adventjugend.de*) und das Advent-Wohlfahrtswerk (*www.aww.info*) der Freikirche sowie für die Deutschland-Redaktion des Adventistischen Pressedienstes (*www.apd.info*). Erst 2008 habe die Freikirche die Domains in eigener Regie übernommen und seitdem von ihrem Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt betreuen lassen. 2005 sei „staonline“ von der Freikirchenleitung in Deutschland als „Supporting Ministry“ ausgezeichnet worden, der als eigenständiger Verein die Ziele und Anliegen der Adventisten „positiv unterstützt“.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventist World Radio löst Rundfunkstudio in Frankreich auf

Silver Spring, Maryland/USA, 28.12.2011/APD Adventist World Radio (AWR) löst zu Jahresbeginn sein Rundfunkstudio zur Produktion von Kurzwellensendungen in Collonges-sous-Salève Cedex/Frankreich gegenüber von Genf/Schweiz auf. Die Programme sollen künftig im AWR-Studio in Beirut/Libanon produziert werden. In Collonges wurden Radiosendungen für den nordafrikanischen Raum in Arabisch, Französisch und den Berbersprachen Kabylisch und Tachelhit sowie für die Türkei (Türkisch) und den Iran (Farsi) hergestellt.

AWR-Präsident Pastor Dowell Chow, Silver Spring, Maryland/USA, dankte Pastor Tihomir Zestic, der das Rundfunkstudio in den letzten fünf Jahren leitete, und seinem zehnköpfigen Team für die geleistete Arbeit. Er würdigte besonders, dass der Kroatier während dieser Zeit seine Erfahrung beim Aufbau der neuen Radiostudios in Israel und im Libanon sowie beim Start der adventistischen Rundfunkarbeit in der Republik Moldau und in Albanien eingebracht habe.

Die Auflösung des französischen Studios sei durch eine Strukturreform innerhalb der weltweiten Kirche der Siebentags-Adventisten verursacht worden, welche der jährlich tagende Exekutivausschuss der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) im Oktober 2011 beschlossen habe, teilte Chow mit. Bisher hätten zur Euro-Afrika Abteilung der Freikirche mit Sitz in Bern auch die Adventisten in Marokko, Tunesien, Libyen, der Türkei, im Iran und in Afghanistan gehört. Die Transeuropäische Abteilung mit Sitz in St. Albans bei London habe ebenso die Mitglieder in Ägypten, im Sudan, im Libanon, in Syrien, Jordanien, im Irak, in Pakistan, in den Golfstaaten und in Israel umfasst. Die Adventisten dieser

Länder seien, bis auf Afghanistan, Pakistan und den Südsudan, in einer eigenen Kirchenleitung, der „Greater Middle East Union Mission“ (Große Unionsmission des Mittleren Ostens) zusammengefasst worden, die direkt der Weltkirchenleitung unterstehe.

Die Strukturreform habe auch Auswirkungen auf andere AWR-Studios, so Pastor Chow. Das Radiostudio in Arua/Uganda, welches bisher Sendungen in sieben Sprachen für den Sudan produziert habe, werde nach Juba in den Südsudan verlegt. Es unterstehe dann nicht mehr der Transeuropäischen, sondern der Ost-Zentralafrikanischen Kirchenleitung mit Sitz in Nairobi/Kenia. Das Studio in Pakistan bleibe zwar in Lahore bestehen, unterstehe aber nicht mehr der Transeuropäischen, sondern der Südasien-Pazifik Abteilung mit Sitz in Silang, Cavite/Philippinen. In Afghanistan gebe es zwar kein adventistisches Rundfunkstudio, die dortigen Adventisten würden jetzt aber von der Euro-Asien Abteilung in Moskau betreut.

Adventist World Radio mit Sitz in Silver Spring, Maryland/USA, will vor allem Menschen im sogenannten „10/40 Fenster“ mit dem Evangelium bekannt machen. In dem Gebiet zwischen dem 10. und 40. Breitengrad, das von Westafrika bis Ostasien reicht, sind Christen meist eine verschwindende Minderheit. Außerdem spezialisiert sich AWR auf weitere Länder, in denen aus geografischen, politischen oder religiösen Gründen die Verkündigung der christlichen Botschaft von Mensch zu Mensch kaum möglich ist. AWR sendet zurzeit in 107 Sprachen über Kurzwelle, UKW, Mittelwelle, Satellitenradio und Internet. Viele Sendungen sind auch als Audiodateien erhältlich, die im Internet heruntergeladen werden können (Podcasts).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

39.262

strahlende

Kindergesichter

Weiterstadt bei Darmstadt, 27.12.2011/APD Genau 39.262 Geschenkpakete transportierte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland im Rahmen ihrer diesjährigen Aktion „Kinder helfen Kindern“ nach Osteuropa. Strahlende Gesichter gab es beim Auspacken zu Weihnachten in Kinderheimen in Albanien, Kosovo, der Republik Moldau, der Ukraine, Serbien, Mazedonien und Bosnien. In Deutschland hatten Kinder mit ihren Eltern, Kindergärten, Schulen und Kirchengemeinden die Pakete für Kinder in Osteuropa unter anderem mit Spielzeug, Bastel- und Schulbedarf, Süßigkeiten sowie Mütze, Schal oder Handschuhen, Kamm, Bürste, Haarspangen, Zahnbürste oder Spiegel, gefüllt.

„Wir freuen uns sehr über die rege Beteiligung“, sagte Pastor Erich Lischek, Direktor von ADRA Deutschland. „Sie zeigt uns, dass noch immer viele Kinder bereit sind, zu teilen.“ Zusätzlich zur Paket-Aktion führe ADRA jedes Jahr mit Spendengeldern auch Verbesserungen in den Heimen zum Vorteil der Kinder durch.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Hope Channel" auf "Super RTL"

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 26.12.2011/APD Ab dem 4. Januar 2012 sendet der „Hope Channel deutsch“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wöchentlich eine halbe Stunde seines Programms zusätzlich auf dem Fernsehsender Super RTL. Der Kinder- und Familiensender Super RTL ist deutschlandweit über Antenne, Kabel und Satellit zu empfangen. Die „Hope Channel“-Sendungen werden jeden Mittwoch in der Zeit von 4.00 bis 4.30 Uhr auf Super RTL ausgestrahlt.

„Andere Produzenten von christlichen Fernsehsendungen haben mit diesem Sendeplatz gute Erfahrungen gemacht. Das ermutigt uns, es im Jahr 2012 auch auszuprobieren, zumal damit jeden Morgen ein christliches Programm auf Super RTL gesendet wird“, teilte Jörg Varnholt, Leiter des „Hope Channel TV“, mit.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hebräische und griechische Studienbibeln weltweit geschätzt

Stuttgart, 23.12.2011/APD Wissenschaftliche Ausgaben des Alten und Neuen Testaments im Wert von rund 215.000 Euro stellte die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG) 2011 mit einem „Scholarly Editions Grant“ für Studierende weltweit zur

Verfügung. Die Ausgaben in den Originalsprachen Griechisch und Hebräisch gingen über die jeweilige nationale Bibelgesellschaft vor allem an theologische Ausbildungsstätten in Osteuropa, den Nahen Osten und Asien.

„Unsere Ausgaben sind international führend für das wissenschaftliche Studium der Bibel“, erläuterte DBG-Geschäftsführer Dr. Felix Breidenstein. Doch gerade in den ärmeren Ländern fehle Studierenden und Hochschulen oft das Geld für die Anschaffung. Das Programm „Scholarly Editions Grants“ sei deshalb für viele Institute sehr hilfreich.

Die meisten Studienausgaben seien 2011 nach Indien und in die Philippinen gegangen. Bei ihren Anforderungen hätten einige Institute angegeben, dass sie bisher nur mit Kopien der Bibeltexte arbeiten würden. Die wissenschaftlichen Ausgaben seien eine große Hilfe für die exegetischen Studien zum Alten und Neuen Testament.

Die größte Nachfrage habe 2011 nach der Biblia Hebraica Stuttgartensia (BHS) als Hand- und Studienausgabe sowie dem Novum Testamentum Graece (NTG) und dem „Greek New Testament“ (GNT) mit griechisch-englischem Wörterbuch bestanden. Insgesamt wären mit dem Programm rund 8.500 Exemplare verbreitet worden. Die Urtextausgaben seien interkonfessionell und international Grundlage für die Bibelübersetzung in die Volkssprachen.

„Scholarly Editions Grant“ solle 2012 aufgestockt werden, um vor allem für Lateinamerika mehr Ausgaben zur Verfügung stellen zu können. Das Projekt werde im International Service Programm des Weltverbandes der Bibelgesellschaften (United Bible Societies; UBS) abgewickelt. Die Deutsche Bibelgesellschaft stelle die Bibeln bereit und übernehme zusätzlich die Kosten für Fracht, Gebühren und lokale Verbreitung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Engere Zusammenarbeit zwischen AWR und "Hope Channel Radio"

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 22.12.2011/APD Adventist World Radio (AWR) und das deutsche adventistische „Hope Channel Radio“ hätten eine langfristige und engere Zusammenarbeit vereinbart. Das teilte Pastor Matthias Müller, Leiter des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein, mit. Er hatte anlässlich eines Besuchs des Verwaltungszentrums der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA, eine Unterredung mit dem Präsidenten von AWR, Pastor Dowell W. Chow. Ziel der Vereinbarung sei, das Programm von „Hope Channel Radio“ dem weltweiten Hörerkreis von AWR über dessen internationale Plattform zugänglich zu machen. Die technischen Details sollten im kommenden Jahr geklärt werden.

Adventist World Radio sendet zur Zeit in 107 Sprachen über Kurzwelle, UKW, Mittelwelle, Satellitenradio und Internet. Viele Sendungen sind auch als Audiodateien erhältlich, die im Internet heruntergeladen werden können (Podcasts). Schwerpunkt der Arbeit von AWR ist jedoch die Kurzwelle, wobei in 73 Sprachen Programme über die Kurzwellsender Wertachtal und Nauen/Deutschland, Moosbrunn/Österreich, Issoudun/Frankreich, Meyerton/Südafrika, Talata-Volonondry/Madagaskar, Taibei/Taiwan und Agat/Guam ausgestrahlt werden. Über die Satelliten Hotbird 6 (Europa/Nordafrika/Naher und Mittlerer

Osten), Intelsat 706 (Afrika/Europa), VT Communications (Asien/Afrika/Europa) und NSS 806 (Lateinamerika/USA) sind ebenfalls AWR-Rundfunksendungen zu empfangen. AWR unterhält neben der Zentrale in Silver Spring/USA, die auch für Sendungen in Nord- und Südamerika zuständig ist, Regionalbüros in Bracknell/England (Europa/Afrika) sowie in Batam/Indonesien und Agat/Guam für den asiatischen Raum.

Zum rund um die Uhr Programm von „Hope Channel Radio“ gehören stündliche Nachrichten, das Wort zum Tag, der Kommentar zum Zeitgeschehen, das Jugendmagazin „Go7“, Talk-Radio live, Reportagen und die Musikwelt. Das laufende Radioprogramm kann auch über Telefon +49 (0) 6257 5065360 gehört werden. Die tägliche Andacht gibt es unter Telefon +49 (0) 931 663991973. „Hope Channel Radio“ wird zudem über den Satelliten ASTRA digital ausgestrahlt. Das Radioprogramm gibt es außerdem unter www.hope-channel.de als livestream und bestimmte Beiträge als Podcast.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**Philippinen: 957 Tote nach
Tropensturm –
Nahrungsmittelpakete für**

Überlebende

Silver Spring, Maryland/USA, 21.12.2011/APD Der Tropensturm „Washi“ lokal als Sedong bezeichnet, verwüstete am 17. Dezember die östlichen Teile Mindanaos/Philippinen, vor allem die Städte Cagayan de Oro und Iligan mit Flutwellen. Laut dem National Disaster Risk Reduction and Management Council (NDRRMC) hat der Sturm bis zum 20. Dezember 957 Tote und 1.582 Verletzte gefordert. 49 Personen würden noch vermisst. Es seien 3.127 Häuser total und 7.218 teilweise zerstört worden. Der Gesamtschaden betrage 17,3 Millionen Euro. In den 62 Zentren für Evakuierte würden laut NDRRMC 42.800 Personen mit dem Lebensnotwendigsten versorgt, außerhalb seien es 241.900 Personen.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Philippinen betreue seit dem 18. Dezember 6.480 Flutopfer außerhalb der Evakuationszentren. Da ihre persönlichen Habseligkeiten vom Hochwasser weggespült worden seien, versorge sie das Hilfswerk mit Notfall-Nahrungsmittelpaketen die Reis, Nudeln, Fisch in Dosen, getrocknete Früchte, Bohnen, Erdnussbutter, Milch, Öl, Salz und Zucker enthielten. Das geschehe in enger Absprache und in Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden und unter Mithilfe von Freiwilligen des Adventist Community Service, wie ADRA International berichtete.

ADRA Philippinen arbeite daran, den Betroffenen in Kürze medizinische Dienstleistungen anzubieten und ihnen vor allem den Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen, so das Hilfswerk.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wohlfahrtsmarken mit Edelsteinen

Köln, 21.12.2011/APD „Wahre Werte“ lautet das Kampagnenmotto für die Wohlfahrtsmarken 2012, die am 2. Januar erscheinen. Durch ein spezielles Druckverfahren werden dabei Edelsteine zum Funkeln gebracht. Erstmals wird es nur drei Marken geben: den Rubin mit 55 + 25 Cent für den Standardbrief, den Smaragd mit 90 + 40 Cent für den Kompaktbrief und den Saphir mit 145 + 55 Cent für den Großbrief. Die Weihnachtsmarken 2011 sind bereits erschienen und zeigen zwei Heilige, die zumindest bis zur Reformation als maßgebliche Vorläufer der weihnachtlichen Tradition des Teilens und Schenkens galten, nämlich St. Martin (45 + 20 Cent) und St. Nikolaus (55 + 25 Cent).

Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Sonderbriefmarken sind bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: mail@aww.info, erhältlich.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Ungarn: Verfassungsgericht lehnt neues Religionsgesetz ab

Budapest/Ungarn, 20.12.2011/APD Das Ungarische Verfassungsgericht hat am 19. Dezember das vom Parlament am 11. Juli verabschiedete neue Religionsgesetz aus formalen Gründen als nicht anwendbar erklärt, teilte Pastor Tamas Z. Ocsai, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Ungarn, dem APD mit. „Das Verfassungsgericht hat das neue Religionsgesetz nicht inhaltlich beurteilt“, so Ocsai, es sei vielmehr wegen Verfahrensmängeln im Gesetzgebungsprozess abgelehnt worden.

Das neue Religionsgesetz, welches am 1. Januar 2012 in Kraft treten sollte, gewährt nur 14 „historischen“ religiösen Gemeinschaften die staatliche Anerkennung und entzieht diese 344 anderen religiösen Organisationen, darunter befinden sich auch die Adventisten. „Bis zur Einführung des neuen Religionsgesetzes bleibt das alte in Kraft, und damit auch die staatliche Anerkennung der Adventisten“, betonte Ocsai.

Laut dem adventistischen Kirchenleiter arbeite die Regierungspartei mit Hochdruck an Änderungen des neuen Religionsgesetzes, um diese noch bis zum Jahresende im Parlament zu verabschieden. „Inhaltlich ist mir zu den Änderungen leider nichts bekannt“, so der Geistliche, „es gibt nur Gerüchte.“

Unter dem neuen Religionsgesetz war ein aufwändiger Prozess zur Erlangung der staatlichen Anerkennung einer Religionsgemeinschaft vorgesehen, über die auf Antrag des

zuständigen Ministers das Ungarische Parlament mit Zweidrittelmehrheit entscheiden sollte. „Das Verfahren zur Neuregistrierung ist damit politischen Interessen unterworfen“, bemängelte Pastor Raafat Kamal (St. Albans/England), Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Kirchenleitung in Nord- und Südosteuropa.

In Ungarn versammeln sich 4.683 erwachsen getaufte Adventisten in 110 Kirchengemeinden zum Gottesdienst. Sie unterhalten ein Theologisches Seminar, ein Medienzentrum sowie ein Alten- und Pflegeheim.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Per Mausclick zum Weihnachtsgottesdienst

Hannover/Bonn, 20.12.2011/APD Wer an den Weihnachtstagen nach Ort und Zeit von Gottesdiensten, Christmetten und Krippenspielen sucht, erhält auch in diesem Jahr unter www.weihnachtsgottesdienste.de, dem Online-Suchdienst der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland, Auskunft. Seit Wochen haben aus dem gesamten Bundesgebiet katholische Pfarrgemeinden und evangelische Kirchengemeinden sowie weitere Gemeinden, die der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) angehören, ihre Gottesdienste und Veranstaltungen in eine Datenbank eingetragen. Die Datenbank enthält Gottesdienstorte und -zeiten von Heiligabend bis zum 6. Januar.

„Vergangenes Jahr waren auf weihnachtsgottesdienste.de mehr als 40.000 Gottesdienste zu den Weihnachtstagen abrufbar“, teilte Ralf Peter Reimann, Projektkoordinator der evangelischen Kirche, mit. „Fotos der Kirchen und eine geografische Lokalisierung über eine Karte helfen bei der Suche nach dem gewünschten Gottesdienst.“ Außerdem gebe es die Möglichkeit, Besonderheiten wie die behindertengerechte Ausstattung der Kirche abzufragen oder nach Gottesdiensten in Fremdsprachen zu suchen. Das Portal sei auch für Nutzer eines internetfähigen Handys geeignet. Im kommenden Jahr solle das Angebot zu einem ganzjährigen Gottesdienstkalendar ausgebaut werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Online-Ausstellung "Evangelischer Widerstand in der NS-Zeit"

Hannover, 19.12.2011/APD Der Widerstand evangelischer Christen im Nationalsozialismus und die Frage nach dem Zusammenhang von Glaube und Widerstand sind seit den 1980er Jahren vermehrt Gegenstand der Forschung. Dabei stehen nicht mehr wie bis in die 1960er Jahre hinein die Bekennende Kirche und ihre exponierten Vertreter im Vordergrund der Forschungsergebnisse. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte hat deshalb mit einer Internetausstellung auf die veränderten Bedingungen reagiert,

unter denen sich das Erinnern und Forschen in Bezug auf die NS-Zeit heute vollzieht. Das Ergebnis ist unter www.evangelischer-widerstand.de die Online-Ausstellung „Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus“ .

Sie gliedert sich in vier Bereiche: „Zeiten“ beleuchten die Vor- und Rezeptionsgeschichte des Widerstands sowie die vier Phasen zwischen 1933 und 1945, in denen einzelne Christinnen und Christen auf vielfache Weise ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht haben. Denn Rahmenbedingungen, Ursachen, Träger, Formen und Ziele des Widerstandsverhaltens veränderten sich im Laufe des „Dritten Reiches“. Der Bereich „Regionen“ untermauert die regional-lokale Verankerung einzelner Aktivitäten christlichen Widerstandes. Ab 2012 wird hier die Geschichte des evangelischen Widerstandes in einzelnen Landeskirchen dokumentiert und zu überregionalen Entwicklungen in Bezug gesetzt. Der Bereich „Menschen“ beleuchtet die Lebensgeschichte einzelner Personen des Widerstands, ihre persönlichen Entscheidungssituationen sowie deren biografische Folgen. Der vierte Ausstellungsbereich „Grundfragen“ gibt Anstöße, um über die Bedeutung des christlichen Glaubens für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nachzudenken. Dabei gelte laut Aussteller zu bedenken, dass der damalige Konflikt zwischen Kirche und NS-Staat, zwischen Kirchengemeinden und Gesellschaft sowie zwischen dem Einzelnen und der begeisterten oder angepassten Mehrheit auch für die heutige Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Religion von grundsätzlicher Bedeutung sei.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Brotbacken für eine bessere Zukunft

Weiteres ADRA-Projekt in der Mongolei

Weiterstadt bei Darmstadt, 18.12.2011/APD In der Mongolei lebe etwa ein Drittel der Bevölkerung von weniger als einem Euro am Tag, teilte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit. Besonders in den weit von der Hauptstadt Ulaanbaatar entfernten Provinzen Zavkhan und Selenge sei die Armut groß. Dort führe ADRA ein vierjähriges Projekt in 30 Dorfgemeinschaften durch, um den Menschen ein geregeltes Einkommen zu ermöglichen.

Ein Großteil der Dorfbewohner in Zavkhan und Selenge lebe von der Viehhaltung. Bei winterlichen Tagestemperaturen von bis zu minus 45 Grad wäre jedoch in der Vergangenheit immer wieder ein Großteil der Tiere gestorben und somit eine wichtige Nahrungs- und Einkommensquelle der Dorfbewohner verlorengegangen. Aufgrund mangelnder Perspektiven wären viele junge Dorfbewohner in die Hauptstadt abgewandert, um dort ihr Glück zu versuchen. Doch ohne abgeschlossene Ausbildung hätten sie auch dort einen schweren Stand.

Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union habe ADRA Deutschland bereits 2008 acht Kooperativen in der Mongolei gegründet, sodass die Dorfbewohner mit Unterstützung der Kommunalverwaltung in der Landwirtschaft arbeiten könnten. Die Menschen nähmen ihre neuen Aufgaben sehr ernst und lernten den Anbau und Umgang mit verschiedenen Gemüsesorten. Der Bau von Gewächshäusern, in denen auch Gurken, Tomaten, Rettich, Rote Beete, Weiße Rüben, Zwiebeln und Paprika zu finden seien, mache die Arbeit wetterunabhängiger. Der zunehmende Konsum von

Gemüse wirke sich auch positiv auf die Gesundheit der Dorfbewohner aus. Aufgrund neuer Perspektiven habe die Abwanderung junger Menschen nachgelassen. Die Landbevölkerung fühle sich durch die Arbeit wieder gebraucht, und ihr Selbstwertgefühl sei zurückgekehrt.

Da langfristig die Landwirtschaft nur einen kleinen Teil möglicher Einkommensquellen darstelle, der zudem vom Wetter abhängig sei, arbeite ADRA in Zusammenarbeit mit den Kommunen an alternativen Einkommensquellen, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Mit Unterstützung der Europäischen Union habe ADRA Deutschland daher im September ein weiteres, vierjähriges Projekt begonnen. 30 Dorfgemeinschaften mit 2.100 Bewohnern in den Provinzen Zavkhan und Selenge sollten dadurch eine bessere Zukunft haben. Das ADRA-Projekt diene als Modell für die umliegenden Kommunen. 70 Prozent der Begünstigten seien Frauen zwischen 35 und 45 Jahren. Insgesamt könnten 33.375 Familien auch indirekt durch die Arbeit von ADRA profitieren.

Einige Dorfbewohner lernten, wie man Brot backt, Jurten, Kleidung und Schuhe herstellt oder Felle verarbeitet. Durch neue Dienstleistungen werde nicht nur das Wissensspektrum der Bevölkerung erweitert, auch das wirtschaftliche Wachstum steige. Für die Menschen ergäben sich neue Perspektiven für die Zukunft und eine zunehmende Unabhängigkeit von der bisher dominierenden Viehwirtschaft.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Jugendliche hinterlassen deutliche Spuren im Internet

JIM-Studie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger

Stuttgart, 17.12.2011/APD Zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland seien der Ansicht, zum Thema Datenschutz insgesamt gut oder sehr gut informiert zu sein. Allerdings spiegele sich diese subjektiv empfundene Kompetenz nicht bei allen im Handeln wider. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen gebe an, die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs) ihrer Community gar nicht gelesen zu haben. Drei Viertel von denjenigen, welche die AGBs zwar gelesen hätten, würden zugeben, diese jedoch nur überflogen zu haben. Das ist eines der Ergebnisse der JIM-Studie 2011 des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (mpfs).

Die Möglichkeiten, im Internet über Communities, sogenannte soziale Netzwerke, zu kommunizieren und in Kontakt zu bleiben, würden von Jugendlichen wie selbstverständlich genutzt. Vier Fünftel nutzten diese Plattformen zumindest mehrmals pro Woche. Diese Angebote hätten eine sehr hohe Alltagsrelevanz für Jugendliche. 57 Prozent der Internetnutzer loggten sich täglich in ihre Community ein, ein Großteil davon sogar mehrmals täglich. Am häufigsten würden Communities genutzt, um miteinander zu chatten und Nachrichten zu versenden. Die Auswahl der Jugendlichen bei sozialen Netzwerken beschränke sich auf wenige Anbieter, an erster Stelle stehe hier Facebook, das 72 Prozent der 12- bis 19-jährigen Onliner nutzten.

Sind Jugendliche im Netz unterwegs, hinterließen sie deutliche Spuren: 65 Prozent hätten ein eigenes Foto oder ein Video von sich hochgeladen. Zwei Fünftel hätten Bilder oder Filme von Freunden oder Familienangehörigen eingestellt. Die Angaben in der Community würden zunehmend vor dem Einblick Fremder

geschützt. 79 Prozent hätten in ihrem Profil eine Privacy-Option eingestellt, die den Zugriff Dritter einschränkt.

Trotz der vielen persönlichen Daten in sozialen Netzwerken fühlten sich die meisten Jugendlichen mit ihren Daten bei ihrer Community gut aufgehoben. Zwei Drittel hätten Vertrauen in den Anbieter ihrer Plattform und betrachteten ihre Daten dort als sicher. Vergleicht man die meistgenutzten Angebote Facebook und schülerVZ, fühlten sich die Nutzer von schülerVZ mit ihren Daten dort deutlich sicherer. Insgesamt betrachtet nehme das Misstrauen gegenüber dem Anbieter bei älteren Jugendlichen zu: Jeder zweite der 18- und 19-jährigen Nutzer fühle sich mit seinen Daten in seiner Community nicht sicher.

Jugendliche Community-Nutzer hätten im Schnitt 206 „Freunde“, also andere Community-Mitglieder, mit denen sie verlinkt seien. Mit 96 Prozent würden fast alle Community-Nutzer angeben, die Freunde aus ihrem Profil auch persönlich zu kennen. Die Community spiegele also nach eigenen Angaben weitgehend die Strukturen der realen Welt wider.

Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, [Multi-] Media) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 gemeinsam mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland ab. Neben Daten zur Internetnutzung enthält die JIM-Studie Angaben zum Freizeitverhalten und Themeninteressen sowie Mediennutzungsdaten zu Fernsehen, Radio, Büchern, Computerspielen und Handy. Die JIM-Studie 2011 kann im Internet unter www.mpfs.de heruntergeladen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

USA: Aufgebrachte religiöse Gemeinschaften ziehen Geld bei Großbanken ab

Los Angeles, Kalifornien/USA, 16.12.2011/APD Eine kleine, aber wachsende Zahl von religiösen Gemeinschaften in den USA ziehe ihr Geld von Wall-Street-Banken ab, um damit gegen die aus ihrer Sicht unfairen Zwangsversteigerungen von Wohnhäusern zu protestieren und gegen die Weigerung der Großbanken, kleinen Unternehmen Kredit zu geben, wie der Religious News Service (RNS) meldete. Eine Koalition von Gemeinden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Einzelpersonen habe die „Move Our Money“-Kampagne gegründet, mit der eine Milliarde US-Dollar von den Großbanken zu lokalen oder Genossenschaftsbanken transferiert werden solle, so RNS.

„In gewisser Weise haben die Banken unsere Gemeinden, vor allem Gemeinden von Farbigen, beraubt“, sagte Ryan Bell, Pastor der Freikirche der Siebenten-Tags-Ad-ventisten in Los Angeles. „Im Grunde sagen wir der Bank of America mit der Kampagne, dass sie in unsere Gemeinwesen investieren soll, und solange sie dies nicht tut, legen wir unser Geld auch nicht mehr bei ihr an“, unterstrich der Geistliche. Laut RNS sei Pastor Bells Freikirche eine von sechs christlichen Kirchen im Raum von Los Angeles, die gemeinsam zwei Millionen US-Dollar von der Bank of America und Wells Fargo im Rahmen der Kampagne von den Großbanken abzögen.

„Ich beteilige mich, weil es für mich eine der großen ethischen Fragen unserer Generation ist, wie wir unsere Gemeinwesen aufbauen“, sagte Rabbi Michael Latz, Leiter einer progressiv jüdischen Gemeinde in Minneapolis/Minnesota, der

mit jüdischen Aktivisten Diskussionen über eine verantwortbare Bankenpolitik führte. „Als religiöser Leiter habe ich begriffen, dass sich unser Engagement primär immer auf die Schwächsten unter uns richten muss“, so der Rabbi.

Die Kampagne habe laut Religious News Service Startschwierigkeiten gehabt, was sich aber nach einer landesweiten Versammlung von Geistlichen in New Orleans/Louisiana umgehend geändert habe, denn Christen, Juden und Muslime hätten dort gemeinsam angekündigt, weitere einhundert Millionen US-Dollar neu anzulegen.

Laut der Website der „Move Our Money“-Kampagne seien bis zum 8. Dezember 55 Millionen US-Dollar von Groß- zu Lokalbanken transferiert worden, was angesichts der riesigen Bilanzsumme der US-Großbanken nicht wirklich viel sei.

Wie RNS mitteilte, nehme die Kampagne die Bank of America, Wells Fargo und JPMorgan Chase ins Visier, weil diese den Haus- und Wohnungsbesitzern bei Umschuldungen ihrer Hypotheken nicht helfen und damit vor Liegenschaftsverpfändungen bewahren würden und kleinen Unternehmen nur äußerst restriktiv Kredite gewährten. Zudem würden diese Großbanken die Entrichtung der Bundessteuer vermeiden, indem sie ihre Vermögenswerte im Ausland parkten, obwohl jede dieser Banken bei den Rettungsaktionen der US-Bundesregierung Milliarden von den Steuerzahlern erhalten habe.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Gouverneur setzt alle Hinrichtungen in Oregon aus

Washington, D.C./USA, 15.12.2011/APD Der Gouverneur von Oregon/USA, John Kitzhaber, kündigte in einer Erklärung den Stopp aller Hinrichtungen in seinem Bundesstaat an, wie das Informationszentrum Todesstrafe DPIC (Death Penalty Information Center) berichtete.

„Ich bin überzeugt, dass wir eine bessere Lösung finden, welche die Gesellschaft schützt, die Opfer von Straftaten und deren Familien unterstützt und in der sich die Werte Oregons wiederfinden“, betonte Kitzhaber. „Ich weigere mich, weiterhin Teil dieses demütigenden und ungerechten Systems zu sein“, betonte der Mediziner, „und ich werde keine weiteren Hinrichtungen zulassen, solange ich Gouverneur bin.“

Laut DPIC stoppte das verkündete Moratorium auch die Hinrichtung von Gary Haugen, einem Häftling, der keine Berufung eingereicht und am 6. Dezember hätte getötet werden sollen.

Er habe sich zu diesem Schritt auf Grund persönlicher Überzeugung hinsichtlich der Todesstrafe entschieden, erläuterte Kitzhaber, aber auch, „weil Oregon ein teures, nicht wirklich umsetzbares System praktiziert, das die grundlegenden Normen der Gerechtigkeit nicht erfüllt.“

John Kitzhaber ist Mitglied der Demokratischen Partei und war bereits von 1995 bis 2003 Gouverneur von Oregon. Er hat dieses Amt seit Januar 2011 wieder inne.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Zahlreiche Probleme für Kriegsdienstverweigerer in Europa

Pfarrer Friedhelm Schneider neuer Vorsitzender des EBCO

Bonn, 14.12.2011/APD Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) hat Pfarrer Friedhelm Schneider (Speyer) während seiner Mitgliederversammlung in St. Petersburg einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die von den europäischen Institutionen anerkannte Nichtregierungsorganisation setzt sich europaweit für die freiheitliche Ausgestaltung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung ein. Ihr gehören Mitgliedsverbände aus 20 Ländern an.

Im Vorstand vertritt Schneider, der die Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Pfälzischen Landeskirche leitet, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) mit Sitz in Bonn. Zugleich nimmt er die Kontakte zum Europarat wahr, wo er mit einer Reihe von Stellungnahmen an der Diskussion um menschenrechtskonforme Zivildienstregelungen in Griechenland, der Republik Moldau, Serbien, Russland, Armenien und der Türkei beteiligt war.

Laut Schneider blieben trotz Aussetzung der Wehrpflicht in der Mehrzahl der europäischen Staaten zahlreiche Probleme für Kriegsdienstverweigerer bestehen. So sei die Inanspruchnahme des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung häufig auf Friedenszeiten beschränkt. Besonders Soldaten, die ihre Entscheidung für den Militärdienst revidierten, seien immer wieder massiven Repressionen ausgesetzt.

und Lizenzvergaben, durch die in Kauf genommen wird, dass Waffen in Krisengebiete gelangen, dürfen nicht sein“, heißt es in dem Brief an die Bundeskanzlerin. Das Grundgesetz mit seinen diesbezüglichen Richtlinien gelte, es zu achten und anzuwenden. „Ein Paradigmenwechsel deutscher Politik ist unseres Erachtens rechtswidrig“, betonten Hörsting und Boller. Das Parlament müsse rechtzeitig in die jeweiligen Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Statt Wege der Gewaltfreiheit zu beschreiten, habe Deutschland begonnen, sich an Kriegshandlungen zu beteiligen, bemängeln die Freikirchen. Sogenannte „out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr würden entgegen dem Geist des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vermehrt als selbstverständliche, legitime politische Mittel angesehen. Überlegungen zu einer gewaltfreien, nachhaltigen Konfliktbearbeitung und -lösung erschienen dabei zweitrangig. Die VEF bedauere, dass die Impulse der ost- und westdeutschen Friedens- und Freiheitsbewegungen vergangener Jahre nur eine geringe politische Aufnahme erfahren hätten. Statt Wege der Gewaltfreiheit zu beschreiten, habe Deutschland begonnen, sich an Kriegshandlungen zu beteiligen.

Auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien einiger Bundesländer, Unterricht durch die Bundeswehr gestalten zu lassen, könnten die evangelischen Freikirchen nicht gutheißen. Im Rahmen dieser politischen Schulbildung solle eine Sicherheitspolitik akzeptiert werden, die den Einsatz militärischer Gewalt als selbstverständlich vorsehe. Dadurch könne sich bei Schülern und Schülerinnen der Eindruck festigen, Gewalt sei grundsätzlich, also auch für die eigenen alltäglichen Streitigkeiten ein angemessenes Mittel. Das stehe im krassen Widerspruch zu freikirchlichen Vorstellungen einer Friedenserziehung, „zu lernen und zu akzeptieren, auch in bedrohlichen Situationen auf dem Weg der Gewaltfreiheit zu bleiben und auf dessen versöhnende Wirkung zu vertrauen“. Es

sei dringend notwendig, „dass unsere Kinder und auch wir als Gesellschaft nicht zum Krieg sondern zum Frieden erzogen werden müssen“.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet und vertritt etwa 260.000 evangelische Christen in Deutschland. Die VEF wird von einem Vorstand geleitet, dessen Präsident Präses Ansgar Hörsting vom Bund Freier evangelischer Gemeinden ist. Der offene Brief der VEF an Bundeskanzlerin Angela Merkel ist im Internet unter www.vef.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

US-Bariton bringt Hoffnung in slowenisches Gefängnis

Ljubljana/Slowenien, 13.12.2011/APD Auf Einladung des slowenischen EU-Parlamentariers Lojze Peterle besuchte der nordamerikanische Sänger und adventistische Pastor Wintley Phipps ein Gefängnis in Dob, 15 Kilometer nordöstlich der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Mit seinem gewaltigen Bariton habe er Gefangenen, deren Familien, dem Gefängnispersonal und Gästen aus Politik und Kirche bekannte Negrospirituals sowie Kirchenlieder vorgetragen, wie „AdventPress“ mitteilt.

Die Botschaften seiner Songs und die kurzen Präsentationen dazwischen hätten alle mit Hoffnung erfüllt, sagte Gefängnisdirektor Joze Podržaj in seiner Dankesrede. „Es war

ein inspirierender Besuch eines besonderen Menschen, der sich für diejenigen einsetzt, die Ermutigung am meisten brauchen“, unterstrich EU-Parlamentarier Peterle.

Phipps reiste gemeinsam mit seiner Frau Linda von Brüssel an, wo er am 2. Dezember beim jährlich stattfindenden Gebets-Frühstück vor rund 250 Personen gesungen hatte. Die Veranstaltung werde für EU-Parlamentarier, Mitarbeiter in EU-Institutionen, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen und Geschäftsleute durchgeführt, für die der christliche Glaube im Zentrum ihrer Arbeit stehe, wie die Organisatoren des Frühstücks betonten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Gleiche finanzielle Ausstattung für alle Freiwilligendienste

Freiwilliges Soziales Jahr eine „Erfolgsgeschichte“

Hannover, 12.12.2011/APD Für die bestehenden Jugendfreiwilligendienste und den neuen Bundesfreiwilligendienst sollten gleiche Rahmenbedingungen gelten. Das betonte der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Bernhard Felmborg, während der „Gesamtkonferenz Evangelische

Freiwilligendienste“ in Berlin. Er machte darauf aufmerksam, dass im Zuge der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes auch dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) „erhebliche Gelder“ zur Verfügung gestellt worden seien. Allerdings sei darauf zu achten, so Felmberg, dass auch künftig eine gleiche finanzielle Ausstattung der beiden Dienstformen gewährleistet werde. „Gleiche Rahmenbedingungen und gemeinsame Werbung sind Themen, die wir gemeinsam mit dem Diakonischen Werk der EKD und der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend weiterhin aufmerksam begleiten werden.“

Die Entstehung und Entwicklung des Freiwilligen Sozialen Jahres bezeichnete der Bevollmächtigte als „Erfolgsgeschichte“. Diese sei 1954 durch evangelische Einrichtungen begründet worden und habe im Laufe der Jahre immer mehr junge Menschen angezogen. „Während 2006 rund 100.000 Freiwillige in Diakonie und Evangelischer Jugend verzeichnet wurden, sind es heute bereits nahezu 140.000.“

Maßgeblich für den Erfolg der Freiwilligendienste seien deren Strukturen und Rahmenbedingungen, betonte Felmberg. „Ein entscheidendes Moment dabei ist das Trägerprinzip. Die Träger sorgen mit ihrer Arbeit verlässlich dafür, dass der Dienst für alle Beteiligten ein Gewinn ist.“ Der Bevollmächtigte des Rates forderte, dass sowohl die bestehenden Jugendfreiwilligendienste als auch der Bundesfreiwilligendienst „als Bildungs- und Orientierungsdienste gestärkt und ausgebaut“ werden müssten. Auch der Bundesfreiwilligendienst solle eine individuelle, durch den jeweiligen Träger verantwortete Begleitung der Freiwilligen während der gesamten Dienstzeit ermöglichen. Diesem Anspruch entsprechend hätten hohe Qualitätsstandards für beide Dienstformen zu gelten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

3. Ökumenischer Kirchentag im Jahr 2019 geplant

Fulda/Bonn, 11.12.2011/APD Der 3. Ökumenische Kirchentag soll im Jahr 2019 stattfinden. Vertreter des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hätten sich bei einer Zusammenkunft in Fulda verständigt, das ihren Gremien vorzuschlagen. Ort und Termin stünden noch nicht fest. Bis zum Jahr 2017 sollten die Kirchen- und Katholikentage als Schritte zu dem Großereignis eine starke ökumenische Prägung haben, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Organisationen. Darüber hinaus solle es im Jahr 2017 eine große ökumenische Veranstaltung geben, wenn sich zum 500. Mal die Veröffentlichung der 95 Thesen Martin Luthers jähre.

Ökumenische Kirchentage fanden als gemeinsame Veranstaltungen des Deutschen Evangelischen Kirchentags und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bislang 2003 in Berlin und 2010 in München statt. Evangelischer Kirchentag und Katholikentag sind Laienbewegungen, die in der Vergangenheit bedeutende Impulse für die Entwicklung ihrer Kirchen gesetzt haben. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Stefan Vesper, schlug beim letzten Ökumenischen Kirchentag vor, die Kirchentagsbewegung künftig nicht nur als Gemeinschaft der beiden großen Kirchen zu verstehen, sondern auch kleinere Kirchen einzubeziehen. Adventisten, Baptisten und weitere Freikirchen seien in diesem Zusammenhang genannt worden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Advent-Wohlfahrtswerk mit neuer Homepage online

Hannover, 11.12.2011/APD Mit einer neuen Homepage stellt das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Internet unter www.aww.info seine Arbeit vor. Laut AWW-Bundesgeschäftsführer Pastor Lothar Scheel (Hannover) wende sich das Sozialwerk ohne Unterschied von Konfession, Herkunft und Weltanschauung an hilfsbedürftige Menschen. Die Arbeit beruhe auf dem Grundsatz der christlichen Nächstenliebe. Grundlage aller Hilfe sei, subsidiär (nachrangig) zu wirken, das heiße, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Das Advent-Wohlfahrtswerk wurde im August 1897 in Hamburg zunächst als „Christlicher Hilfeverein“ gegründet. Die Mitglieder des Vereins waren Siebenten-Tags-Adventisten, die ehrenamtlich der wachsenden Not in den unteren Bevölkerungsschichten der industriellen Ballungsräume Deutschlands begegnen wollten. Suppenküchen, Kleiderkammern und Obdachlosenstuben entstanden, „Armenkassen“ wurden eingerichtet. In Friedensau bei Magdeburg entstand 1901 ein Sanatorium, 1907 folgten am gleichen Ort ein Altenheim und in den darauf folgenden Jahren weitere Altenheime in Mettmann, Berlin und Bad Aibling. Um die unbeschreibliche Not in der Folge des Ersten Weltkrieges zu lindern, wurden Gesundheitseinrichtungen, so auch das Krankenhaus Waldfriede

in Berlin-Zehlendorf, gegründet. 1928 führten Verhandlungen des Advent-Wohlfahrtswerkes mit dem Vorstand des damaligen „5. Wohlfahrtsverbandes“ zur Aufnahme in den „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband“ – heute „Der Paritätische“ genannt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Die kleinen Religionen Europas"

Manfred Böckl, „Die kleinen Religionen Europas. Woher sie kommen und welchen Einfluss sie haben“, Patmos-Verlag, Ostfildern, 2011, kartoniert, 165 Seiten, 17,90 Euro, ISBN 978-3-8436-0000-2.

Ostfildern, 10.12.2011/APD Der Autor stellt neun kleinere Religionsgemeinschaften mit jüdisch-christlichen Wurzeln: Waldenser, Tschechische Hussiten, Baptisten, Mennoniten, Methodisten, Adventisten, Altkatholiken, Jehovas Zeugen und Neuapostolische vor. Den islamischen Wurzeln rechnet Böckl die Bahai, Aleviten und Salafisten zu. Vorchristliche Bezüge besitzt nach seiner Meinung der Schamanismus der Samen, zu dem Wicca, Asatru und keltisches Neuheidentum gehören. Ältestes Element der Samenreligion ist vermutlich der Glaube an Geister, welche auf das Leben der Menschen einwirken. Diese Geistwesen sind meistens von tierischer Natur, können aber auch mit Bergen, Felsen, Pflanzen, Quellen, Flüssen oder menschlichen Verstorbenen verbunden sein.

Bei den Siebenten-Tags-Adventisten spielt die Parusie als Naherwartung Jesu Christi eine Rolle, an die auch der Apostel Paulus geglaubt hat. Gegenwärtig leben knapp 17 Millionen erwachsen getaufte Adventisten in allen fünf Erdteilen. Derzeit bekennen sich etwa 110.000 Christen zur Hussitischen Kirche. Die meisten leben in der Tschechischen, eine Minderheit in der Slowakischen Republik in insgesamt rund 300 Gemeinden. Hochburgen der weltweiten Baptisten sind die USA und Kanada, in der sich weit über 20 Millionen Gläubige befinden. Sie lehnen wie die Adventisten die Taufe von Säuglingen und Kleinkindern als nicht mit dem Neuen Testament vereinbar ab. Ebenso wird bei ihnen das Abendmahl in erster Linie als Akt des Gedächtnisses an Jesu Kreuzestod verstanden.

Auch die Mennoniten, von denen rund 40.000 Gläubige in 190 Kirchengemeinden in Deutschland zusammengefasst sind, befürworten die Erwachsenentaufe und lassen Pastorinnen zu. In der Schweiz, in Österreich, den Niederlanden, Belgien und Frankreich gibt es weit über 20.000 Mennoniten, für welche die Freiheit jeder einzelnen Kirchengemeinde geistliches und organisatorisches Grundprinzip ist. Altäre sucht man in ihren Gotteshäusern vergeblich. Ökumene begann bei ihnen im späten 20. Jahrhundert. Die Nachfahren von Menno Simons treten für einen friedlichen Ausgleich zwischen den Religionen ein und sind weltweit bei der Behebung sozialer Probleme engagiert.

Die im 11. Jahrhundert in Frankreich entstandenen Waldensergemeinden widmeten sich vor allem der Bekämpfung der Armut. Sie bestehen nach jahrhundertelangen Verfolgungen durch die römisch-katholische Kirche heute noch, haben in Italien rund 47.000 Anhänger und zählen weltweit durch Auswanderung und Verbreitung über 100.000 Mitglieder. Obwohl Böckl kein Theologe ist, liefert sein Sachbuch fundierte Informationen zum Thema.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Die Bibel per Schiff nach Sibirien

Stuttgart, 09.12.2011/APD Für die Verbreitung und Übersetzung der Bibel in Sibirien sammelt die Aktion Weltbibelhilfe der Deutschen Bibelgesellschaft Spenden in der Advents- und Weihnachtszeit. Partner ist die Russische Bibelgesellschaft. Unter dem Motto „Gottes Wort – bis ans Ende der Welt“ werden im fernen Osten des Landes Bibeln unter anderem mit einem Schiff verbreitet.

„In den abgelegenen Dörfern Sibiriens kämpfen Menschen um ihr Auskommen“, berichtete Alexej Bulatov, Leiter des Bibelhauses in Novosibirsk. „Da sie sich keine Bibel leisten können, bringen wir sie ihnen.“ Die Menschen reagierten freudig und seien beeindruckt, dass sich jemand auf eine lange Reise mache, um ihnen Gottes Wort zu bringen. Das sei nur durch die Unterstützung der Weltbibelhilfe möglich.

Im Sommer war Bulatov zwei Wochen lang mit seinem Team auf einem gemieteten Schiff im westsibirischen Tiefland unterwegs. Entlang des 3.600 Kilometer langen Flusses Ob in der Region Tomsk verteilten sie Bibeln. An einigen Orten gaben sie eine vollständige Materialsammlung an Kindergärten, Schulen oder öffentliche Bibliotheken weiter. Die Sammlung besteht aus 14 Büchern mit Bibeln und Kinderbibeln sowie biblischem Lern- und Anschauungsmaterial. Zu anderen Zeiten bereist der Bibelhaus-Leiter die sibirische Steppe mit einem Kleintransporter. „Zwei dieser Aktionen pro Jahr ist unser Ziel, wenn die

Spendengelder für die Reisen und den Transport der Bibeln reichen“, so Bulatov.

Ein weiteres Projekt der Russischen Bibelgesellschaft in Sibirien ist die vollständige Übersetzung der Bibel in Jakut. Die Sprache wird von fast einer halben Million Menschen im Osten Russlands gesprochen. Die Jakuten lebten ursprünglich als Nomaden und sind heute im nordöstlichen Teil Sibiriens am Fluss Lena beheimatet. Sie sind mehrheitlich russisch-orthodoxen Glaubens. Das Neue Testament ist bereits übersetzt. Jetzt soll das Alte Testament folgen.

Die Russische Bibelgesellschaft wurde 1990 nach der Zeit der Sowjetherrschaft wieder gegründet. Sie arbeitet mit allen christlichen Konfessionen in Russland zusammen. Seit 1995 ist sie Mitglied im Weltverband der Bibelgesellschaften (UBS; United Bible Society).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Wir haben den Verleumdeten nicht geglaubt"

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bekennt Schuld bei sexueller Gewalt

Altena/Westfalen, 08.12.2011/APD Der Ausschuss der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland hat am 5. Dezember während seiner Jahressitzung in Altena/Westfalen eine Erklärung zum Thema „Sexuelle Gewalt“ beschlossen. Darin heißt es, dass die Freikirche jede Art von

Gewaltausübung und Verletzung der Menschenwürde ablehne. „Dennoch bekennen wir, dass es im ‚Schutzraum‘ unserer Ortsgemeinden sexuelle, körperliche und seelische Gewalt gibt. Wir bekennen, dass Verantwortliche und Familien unserer Freikirche das leibliche und seelische Leiden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus unserer Mitte übersehen haben, ohne die Stimme für sie zu erheben; ohne ihnen zur Hilfe zu eilen. Wir sind schuldig geworden am Leben der Schwächsten und Wehrlosesten unter uns – unseren Kindern.“

In der Erklärung wird bedauert, „dass im Raum der Freikirche die Würde von Verletzten durch Verleumdung und Entwürdigung beschämt und entehrt wurde. Wir haben den Verleumder oft nicht seines Unrechtes überführt und die Verleumdeten häufig genug ihrem Schicksal überlassen, indem wir ihnen nicht geglaubt haben.“

Dabei wird betont: „Indem die Freikirche hiermit ihre Schuld bekennt, entbindet sie den Einzelnen nicht von seiner und die Täter/-innen nicht von ihrer persönlichen Schuld, sondern sie ruft alle in die Gemeinschaft des Schuldbekenntnisses hinein.“

Es folgt das Eingeständnis des Scheiterns, „dass wir nicht mutiger hinschauten und konfrontierten, nicht gehorsamer dem Willen Gottes folgten und nicht schützender unseren Nächsten beigestanden haben“. Nun solle ein neuer Anfang gemacht werden, um „den nötigen Schutzraum zu schaffen“.

Die Freikirche hatte bereits im September 2009 zur Sensibilisierung über das Thema an alle 23.000 Haushalte ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik die von ihr herausgegebene Broschüre „Sexueller Gewalt begegnen“ gesandt. Ende 2009 beschloss der Ausschuss der Freikirche in Deutschland, dass alle Haupt- und Ehrenamtlichen, die junge Menschen betreuen, einen Verhaltenskodex unterschreiben müssen. Zusätzlich wurde von allen Hauptamtlichen ein polizeiliches Führungszeugnis eingefordert. Außerdem gründete die Freikirchenleitung den Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ und stattete ihn mit

Kompetenzen aus. Der Beirat bearbeitet und begleitet im Auftrag der Kirchenleitung alle auftretenden Fälle sexuellen Missbrauchs und sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Minderjährigen und Schutzbefohlenen innerhalb der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Geleitet wird er von Professor Dr. Johann Gerhardt, dem früheren Rektor der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg.

Dokumentation:

Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zu sexueller Gewalt

Als Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten haben wir uns dem Evangelium von Jesus Christus verpflichtet und lehnen deshalb jede Art von Gewaltausübung und Verletzung der Menschenwürde ab.

Dennoch bekennen wir, dass es im „Schutzraum“ unserer Ortsgemeinden sexuelle, körperliche und seelische Gewalt gibt. Wir bekennen, dass Verantwortliche und Familien unserer Freikirche das leibliche und seelische Leiden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus unserer Mitte übersehen haben, ohne die Stimme für sie zu erheben; ohne ihnen zur Hilfe zu eilen. Wir sind schuldig geworden am Leben der Schwächsten und Wehrlosesten unter uns – unseren Kindern.

Es tut uns leid, dass im Raum der Freikirche die Würde von Verletzten durch Verleumdung und Entwürdigung beschämt und entehrt wurde. Wir haben den Verleumder oft nicht seines Unrechtes überführt und die Verleumdeten häufig genug ihrem Schicksal überlassen, indem wir ihnen nicht geglaubt haben.

Indem die Freikirche hiermit ihre Schuld bekennt, entbindet sie den Einzelnen nicht von seiner und die Täter/-innen nicht von ihrer persönlichen Schuld, sondern sie ruft alle in die Gemeinschaft des Schuldbekenntnisses hinein.

Nur als von Christus Begnadete können wir vor Christus bestehen. Unter die stellvertretende Sühne durch den Kreuzestod Jesu rufen wir alle, die für ihre persönliche Schuld Verantwortung übernehmen und aus der Vergebung leben wollen.

Wir gestehen unser Scheitern, dass wir nicht mutiger hinschauten und konfrontierten, nicht gehorsamer dem Willen Gottes folgten und nicht schützender unseren Nächsten beigestanden haben.

Nun ist ein neuer Anfang gemacht. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf Jesus Christus und seinen Willen, sind wir entschlossen dabei, den nötigen Schutzraum zu schaffen. Wir vertrauen auf den Gott der Gnade und Barmherzigkeit, dass er uns das Gelingen schenkt – in unseren Gemeinden, in unseren Familien und bei uns selbst.

Die Erklärung wurde vom Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ erarbeitet und vom Ausschuss der Freikirche der Siebententags-Adventisten in Deutschland am 5. Dezember 2011 in Altena/Westfalen beschlossen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**Freikirchliche Arbeitsgruppe
für Kriegsdienstverweigerer**

beendet Tätigkeit

Niederstein bei Kassel, 07.12.2011/APD Die in Niederstein bei Kassel tagende Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat am 22. November beschlossen, dem Antrag ihrer Arbeitsgruppe (AG) 8 „Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (KDV) und Zivildienstleistenden (ZDL)“ auf Auflösung nach 50-jähriger Tätigkeit stattzugeben. Die Mitgliederversammlung dankte ihrer AG „für das starke, jahrzehntelange beratende Engagement“.

Noch im letzten Jahr sei in der AG 8 die Meinung vertreten worden, dass es auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 mit dem gleichzeitigen Ende des Zivildienstes genügend Betätigungsfelder, etwa in der Beratung kriegsdienstverweigernder Berufssoldaten sowie im Bereich Freiwilligen- und Friedensdienste, gebe, teilte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Gemeindediakon Armin Hoffmann (Berlin), mit. Es habe sich jedoch gezeigt, dass freiwillige Soldatinnen und Soldaten eine Probezeit von sechs Monaten hätten, um ohne Angabe von Gründen ihren Dienst zu beenden. Das werde auch genutzt. Wer danach oder als Berufssoldat verweigere, brauche die Hilfe eines Rechtsanwaltes, den KDV-Berater lediglich vermitteln könnten. Deshalb sei eine Vernetzung von freikirchlichen Beratern für Kriegsdienstverweigerer durch eine eigene Arbeitsgruppe nicht mehr erforderlich, so Hoffmann.

Friedensethische Themen würde beispielsweise auch die AG 11 der VEF „Evangelium und gesellschaftliche Verantwortung“ aufgreifen; etwa bei der Vorbereitung des offenen Briefes der VEF an die Bundeskanzlerin zum Einsatz der Bundeswehr bei internationalen Konflikten, der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und den Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und einigen Kultusministerien der Bundesländer. Ob die VEF eine neue Arbeitsgruppe „Freiwilligendienste“ überhaupt benötige, müsse abgewartet werden, gab Hoffmann zu

bedenken.

Nachdem im Januar 1960 das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst (später Zivildienst), in Kraft getreten war, sei von der „Konferenz der Evangelischen Freikirchen“, wie die VEF damals hieß, eine Arbeitsgruppe zur beratenden und seelsorgerlichen Begleitung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden eingerichtet worden, erläuterte Diakon Hoffmann. Diese Arbeitsgruppe, die AG 8 der VEF, habe sich im Dezember 1961 konstituiert. „Sie half in den Anerkennungsverfahren durch Rechtsbeistand bei den Verhandlungen vor Prüfungsausschüssen, Prüfungskammern und Verwaltungsgerichten.“ Dieses Anerkennungsverfahren hätten alle Kriegsdienstverweigerer bis zur Einführung des schriftlichen Anerkennungsverfahrens Anfang der 1990ziger Jahre durchlaufen müssen. Daneben habe es die Vermittlung von Einsatzplätzen für Ersatzdienstleistende gegeben; eine Aufgabe, die zunehmend von den Jugendwerken und diakonischen Einrichtungen der Freikirchen übernommen worden sei.

„Die AG 8 sah es“, laut Hoffmann, „als ihre vordringliche Aufgabe an, theologische und seelsorgerliche Hilfe zur Klärung der persönlichen Gewissensbildung und -entscheidung zu geben.“ Darüber hinaus habe sie sich auch zunehmend mit den Fragen der Ausgestaltung des Zivildienstes, der rechtlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Integration der Zivildienstleistenden befasst. „Zur Information und zur Gewissensbildung stellte die Arbeitsgruppe Arbeitsmaterial bereit. So beispielsweise die 1968 erstmalig erschienene Schrift ‚Soldat – Kriegsdienstverweigerer: was sagt dein Gewissen‘ und die Informationsbroschüre ‚Zivildienst – der andere Weg‘, die bis 1995 in der 18. ständig der neuen Rechtslage angepassten Auflage erschien.“ 2004 habe die AG 8 auch eine eigene Internetseite mit konkreten Hinweisen zu Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst eingerichtet.

Die Arbeitsgruppe habe sich zweimal im Jahr zu teils mehrtägigen Sitzungen getroffen, „veranstaltete Seminare,

Schulungen und Rüstzeiten für Zivildienstleistende und war stets bemüht, die Fragen um Krieg und Frieden und das christliche Friedenszeugnis theologisch sorgfältig aufzuarbeiten“, berichtete Hoffmann. Die AG 8 habe sich in den letzten Jahren unter anderem mit einer Intervention beim Europaparlament zur Einführung eines Zivildienstes in Griechenland, mit einer Stellungnahme gegen ein Gesetz zum Ehrenschutz der Bundeswehr anlässlich der Diskussion, ob Soldaten Mörder seien, mit einem Appell zur Abschaffung der Wehrpflicht und mit freikirchlichen Grundsätzen zum Zivildienst befasst. Außerdem hätten Gespräche mit dem Bundesamt für Zivildienst und Bundestagsabgeordneten zur Gestaltung des Zivildienstes stattgefunden.

Hilfreich sei dabei die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche im „Beirat der EKD für Kriegsdienstverweigerer“ und in der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer“ (EAK) sowie in der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer“ und im „Beirat für Zivildienst des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ gewesen, betonte Hoffmann.

In der VEF-Arbeitsgruppe zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden arbeiteten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, des Bundes Freier evangelischer Gemeinden, des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden, der Evangelisch-methodistischen Kirche, der Herrnhuter Brüdergemeine, der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und der Heilsarmee mit.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Am besten ist es, gar keinen Alkohol zu trinken

Je mehr Alkohol umso höher das Krebsrisiko

Bonn, 06.12.2011/APD Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) weist darauf hin, dass Männer nicht mehr als 20 und Frauen nicht mehr als zehn Gramm Alkohol pro Tag aufnehmen sollten. Zehn Gramm Alkohol steckten in einem „Drink“, zum Beispiel ein Glas Bier, Wein oder Schnaps. Würde diese Menge nicht überschritten, wären zahlreiche Krebsfälle vermeidbar. Bei Männern könnten 90 Prozent und bei Frauen 50 Prozent der alkoholbedingten Krebskrankheiten und Krebstodesfälle verhindert werden. Das seien etwa 720.000 Krankheits- und 430.000 Todesfälle weltweit. Zur Krebsprävention wäre es also am besten, gar keinen Alkohol zu trinken.

Dieses Fazit zögen die Autoren einer aktuellen Übersichtsarbeit. Sie fassten Ergebnisse von Meta-Analysen zu den Krebskrankheiten zusammen, für die Alkohol als Risikofaktor gelte. Im Vergleich zum Verzicht oder zu gelegentlichem Trinken sei starkes Trinken mit einem besonders hohen Risiko für Mund-, Rachen- und Speiseröhrenkrebs verbunden: Täglich vier oder mehr Drinks erhöhten das Risiko um 400 Prozent. Das Risiko für Kehlkopfkrebs sei etwa um 150 Prozent, das für Dickdarm- und Brustkrebs um 50 Prozent und für Bauchspeicheldrüsenkrebs um 20 Prozent erhöht. Auch bei geringem Alkoholkonsum von einem Drink pro Tag sei das Risiko für bestimmte Krebskrankheiten höher, und zwar um 20 bis 30 Prozent für Mund-, Rachen- und Speiseröhrenkrebs. Das Risiko für Leberkrebs wäre ebenfalls erhöht.

Bei allen untersuchten Krebslokalisationen bestehe eine Dosis-

Wirkungsbeziehung: Je mehr getrunken werde, desto höher steige das Risiko. Das Brustkrebsrisiko beispielsweise steige pro zehn Gramm Alkohol pro Tag um jeweils sieben Prozent.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Christen in Pakistan Bürger zweiter oder dritter Klasse"

Berlin, 05.12.2011/APD Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) habe im Jahr 2003 die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ ins Leben gerufen, informierte der Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der DBK. Sie wolle damit die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und Öffentlichkeit stärker auf die Situation jener Christen lenken, deren Menschenrechte eingeschränkt und missachtet würden. Deshalb werde jährlich vom Internationalen Katholischen Missionswerk missio eine Arbeitshilfe mit einer wechselnden Schwerpunktregion veröffentlicht. Diesmal gehe es um die Situation in Pakistan.

Christen seien dort im Alltag vielfältigen Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Sie fühlten sich zu Recht als Bürger zweiter oder dritter Klasse, denn viele der Benachteiligungen seien in der Islamischen Republik Pakistan gesetzlich verankert. So könnten laut Schick beispielsweise nur Muslime Richter werden, oder die Aussage eines Christen habe vor Gericht schon formal weniger Gewicht als die eines

muslimischen Bürgers. Ein besonderes Problem stelle die sogenannte Blasphemiegesetzgebung dar. Es handele sich dabei um Artikel 295 des pakistanischen Strafgesetzbuches, der unter anderem die Zerstörung oder Schändung religiöser Stätten, die Schändung des Koran und die Schmähung des Propheten Mohammed unter harte Strafen stelle. Halte man sich vor Augen, dass die Schmähung des Propheten mit der Todesstrafe und die Schändung des Korans mit lebenslanger Haft geahndet werden könnten, erkenne man die für die Angeklagten erschreckende Situation. Aber auch die Angeklagten, die vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochen würden, seien nicht sicher. Die meisten suchten ihr Heil in der Flucht aus Pakistan, da sie andernfalls der Bedrohung durch religiöse Eiferer kaum entgehen könnten.

Erzbischof Schick wies darauf hin, dass die allgemeine Benachteiligung nicht allein Christen in Pakistan treffe. Hindus und andere religiöse Minderheiten seien von der religiösen Intoleranz und Gewalt ebenso betroffen wie manche islamische Gruppe, die nicht zur Hauptströmung des Islam in Pakistan gehöre. Außerdem dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass die Christen in weiten Teilen des Landes unbehelligt leben und arbeiten könnten. Auch bestehe weitestgehend Freiheit des Kultes, sodass es Christen überall erlaubt sei, Gottesdienst in ihren Kirchen zu feiern. Allerdings lebten die Christen, wie alle religiösen Minderheiten, in einer ständigen Rechtsunsicherheit und in der Angst vor Übergriffen und Beschuldigungen.

Nach Prälat Dr. Klaus Krämer, Präsident von missio in Aachen, seien von den 187 Millionen Einwohnern Pakistans 97, 5 Prozent Muslime und nur zwei Prozent Christen. Dazu kämen als weitere nicht-muslimische Minoritäten Baha'i (79.000), Sikhs (20.000) und Parsen/Zoroastrier (20.000). Die Christen seien je zur Hälfte römisch-katholisch und protestantisch. Bei den Protestanten sei die wichtigste Religionsgemeinschaft die Church of Pakistan. Dazu kämen die Freikirchen, wie Baptisten, Siebenten-Tags-Adventisten und die Heilsarmee.

Die Verfassung der Islamischen Republik Pakistan garantiere, so Krämer, jedermann im Rahmen einer islamischen Ordnung das Recht, seine Religion zu bekennen, zu praktizieren und zu propagieren. Jede Religionsgemeinschaft habe das Recht, religiöse Einrichtungen zu unterhalten. „Tabu war schon immer und ist auch heute einzig die Missionierung von Muslimen.“ Jedoch sei das Blasphemiegesetz heute das größte Problem für die Christen in Pakistan. Bei entsprechender Anwendung könne man das Gesetz problemlos missbrauchen, um persönliche Rache zu üben oder „offene Rechnungen“ zu begleichen. Schon der von einer minderjährigen Schülerin falsch geschriebene Name des Propheten reiche für ein Verfahren aus, das mit der Todesstrafe enden könne. Die Lage verschärfe sich aufgrund des allgemeinen Klimas im Land, das von islamischen Fundamentalisten bestimmt werde.

Der jetzt von missio herausgegebene „Länderbericht Religionsfreiheit: Pakistan“ werde durch frühere Länderberichte über die Lage der Religionsfreiheit in Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien und der Türkei ergänzt. „Die freie Ausübung der Religion ist ein Menschenrecht, das derzeit in vielen Ländern bedroht ist“, betonte Krämer. Die Länderberichte können im Internet unter www.dbk.de/verfolgte-bedraengte-christen bei „Information“ heruntergeladen werden.

Bischof Sebastian Francis Shaw, Apostolischer Administrator der Erzdiözese Lahore in Pakistan, gab zu bedenken: „Die Religion hat in Pakistan große Macht über die Menschen. Die Prediger in den Moscheen gelten vielen als ultimative Instanzen. Ihnen widerspricht man nicht.“ Er forderte deshalb die pakistanische Regierung dazu auf, die Imame stärker unter eine behördliche Aufsicht zu stellen. Prediger, die zur Gewalt gegen Minderheiten aufriefen, müssten nach den geltenden Gesetzen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem müsse die internationale Gemeinschaft den Druck auf die Regierung Pakistans erhöhen, um den religiösen Minderheiten zu mehr Gleichberechtigung zu verhelfen. „Diskriminierende Gesetze und

Vorschriften müssen reformiert werden“, sagte Shaw. Nur so könne die Harmonie zwischen den Religionen in Pakistan gefördert werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Die Botschaften der Bibel in den Alltag übertragen

„glauben.geschichten“ neue Sendereihe des „Hope Channel“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 04.12.2011/APD Einen Glaubenskurs für Menschen, die sich neu mit der Bibel beschäftigen wollen, strahlt der Fernsehsender „Hope Channel“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ab 7. Dezember mittwochs um 19:30 Uhr aus. Klaus Popa nimmt bei jeder Sendung von „glauben.geschichten“ die Fernsehzuschauer mit in die Geschichten der Bibel. Dabei wolle er einen direkten Zugang zu den Inhalten der Heiligen Schrift vermitteln. Die Geschichten des Alten Testaments würden lebendig und bekämen Farbe, so Popa. Er beleuchte nicht nur die bekannten Schauplätze, sondern beschäftige sich auch mit den scheinbar kleinen und unbedeutenden Personen und Details. Die Botschaften der Bibel sollen dadurch in den Alltag des Menschen übertragen werden.

Klaus Popa (36), Pastor, Designer und Seelsorger/Berater studierte in Deutschland, Österreich, England und in den Niederlanden. Spezialisiert hat er sich auf biblische Sprachen und Bibelübersetzungen. Er interessiert sich darüber hinaus

für Geschichte, Kunst und Architektur.

Die „Hope Channel“-Sendereihe „glauben.geschichten“ ist über den Satelliten „Astra“ und in verschiedenen Kabelnetzen sowie als Live-Stream bei www.hopechannel.de zu sehen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Mit dem Leben am Ende"

Stefanie Schardien, „Mit dem Leben am Ende. Stellungnahmen aus der kirchlichen Diskussion in Europa zur Sterbehilfe“, Edition Ruprecht, Göttingen, 2010, Hardcover, 338 Seiten, 41,90 Euro, ISBN 978-3-7675-7123-5.

Ostfildern, 03.12.2011/APD Der Quellenband vereint eine Vielzahl aktueller kirchlicher Stellungnahmen, die Dr. Stefanie Schardien, Juniorprofessorin für Systematische Theologie am Institut für Evangelische Theologie der Universität Hildesheim ausgewählt hat. Dazu gehören der Hirtenbrief der skandinavischen Bischöfe, die Einstellung des Vatikans, der Schweizer, der Französischen, der Niederländischen Katholischen Bischofskonferenz, der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Heiligen Synode der Kirche Griechenlands, der Kirche von England und der anglikanischen Gemeinschaft.

Außerdem enthält das Werk unter anderem Stellungnahmen der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und in Italien, des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, der Protestantischen Föderation in Frankreich und der Protestantischen Kirche in den Niederlanden. Selbst

evangelische Freikirchen, wie die Methodisten und Siebententags-Adventisten, haben klare Vorstellungen für die Betreuung Sterbender festlegen lassen. Die evangelische Kirche in Österreich hat sich besonders mit der Sterbehilfe und mit der Tötung auf Verlangen befasst und dazu Stellung genommen. Auch die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche hat ähnliche Schwerpunkte behandelt. Die sorgfältige Arbeit weist auch auf ein gründliches Bibelstellenregister und Sachregister hin.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Lutherbibel als erstes deutsches Buch im Querformat erschienen

Stuttgart, 02.12.2011/APD Die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG), Stuttgart, hat die Bibelübersetzung von Martin Luther als erstes deutschsprachiges Buch im Querformat herausgegeben. Die neue Pocketausgabe ist mit 12 mal 8,3 Zentimeter noch etwas kleiner als die gängigen Senfkornausgaben, die bisher kleinsten Lutherbibeln im Programm der DBG. Doch der Text bleibt gut lesbar, da beim Querformat die Leseseiten Normalgröße haben.

Die komplette Lutherbibel wiegt als „Bibel-Pocket“ weniger als 250 Gramm und kann in einer Hand gehalten und gleichzeitig umgeblättert werden. Die Ausgabe passt in jede Jacken- und Handtasche. Der Text ist zweispaltig und abschnittsweise

gesetzt, die Abschnitte sind durch das Alinea-Zeichen ¶ markiert. Das neue Format wurde vom niederländischen Druck- und Verlagshaus Jongbloed mit Kooperationspartnern entwickelt. In Großbritannien gibt es inzwischen auch die Bücher von Bestsellerautoren, wie Stephen King oder John le Carré, als „Flip Back“, so die Bezeichnung der Querformate im Englischen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Menschen beim letzten Lebensabschnitt begleiten

Berlin, 01.12.2011/APD Seit 2006 gibt es in Berlin den ambulanten Hospizdienst des Advent-Wohlfahrtswerkes (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Laut dessen Leiter, Diplom-Psychologe Aristide Proksch, kümmere sich die Einrichtung um Menschen, die nicht mehr lange leben würden. Manche wollten zu Hause sterben, andere lebten in einem Pflegeheim, und wiederum andere hätten keinen Platz in einem stationären Hospiz bekommen. 20 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen widmeten sich den unterschiedlichsten Aufgaben, die der anspruchsvolle Dienst an schwer kranken, sterbenden Menschen und ihren Familienangehörigen mit sich brächten. „Durch Zuhören, Trösten, Vorlesen, miteinander singen, manchmal auch zusammen beten, unterstützen und begleiten sie solche Menschen auf dem letzten Abschnitt ihres Lebens“, so Proksch.

In Berlin-Charlottenburg gebe es den Hospizladen, in dem gespendete Sachen verkauft würden, um einen Teil der Kosten

des ambulanten Hospizdienstes zu tragen. Der Laden werde laut Proksch von den Kiezbewohnern und Besuchern liebevoll „das kleine Kaufhaus“ genannt. Es werde von vier ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen geführt, und dort fänden über 2.000 diakonische Gespräche pro Jahr statt.

Außerdem betreibe der Hospizdienst ein „Trauercafé“. „Hier gibt es professionelle Beratung für Menschen, die sich Unterstützung wünschen, beispielsweise bei der Formulierung einer Patientenverfügung. Für Menschen, die einen Freund oder Angehörigen verloren haben, werden Trauerbewältigungsgruppen angeboten“, informiert der Diplom-Psychologe. Außerdem veranstalte das AWW Lehrgänge für ehrenamtliche Hospizmitarbeiter. Weitere Informationen über den ambulanten Hospizdienst des AWW in Berlin sind im Internet unter www.aww-hospizberlin.de zu finden.

Das Advent-Wohlfahrtswerk unterhält außerdem seit 2009 in Zusammenarbeit mit dem Hospizdienst Oberspreewald-Lausitz das stationäre Hospiz „Friedensberg“ in Lauchhammer im südlichen Brandenburg. In dem eingeschossigen Gebäude in ruhiger Wohnlage gibt es zehn Betten in Einzelzimmern für die Patienten, zwei Gästezimmer für Angehörige, einen Abschiedsraum, einen Raum der Stille und die erforderlichen Funktionsräume. Versorgung, Pflege und Begleitung geschehen durch 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit (www.hospiz-friedensberg.de).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Angstfreies Krankenhaus "Waldfriede" in Berlin

Berlin, 30.11.2011/APD „Angstfreies Krankenhaus Waldfriede“ heißt ein neues Projekt der Klinik der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. „Bei unserer täglichen Arbeit machen wir immer wieder die Erfahrung, dass Patienten vor einer Operation unter verschiedenen Ängsten leiden“, so Projektleiter Dr. Michael Volland. Neben der Angst vor der Narkose, vor Schmerzen oder vor Komplikationen sorgten sich Patienten vor schwerwiegenden Diagnosen, vor dem Eingriff in die Intimsphäre oder dem Verlust von Selbständigkeit. Um diesen und anderen Ängsten bereits im Vorfeld einer Operation zu begegnen, habe das Krankenhaus „Waldfriede“ ein interdisziplinäres Konzept entwickelt, an dem Ärzte, Pflegekräfte, Sozialarbeiter, Seelsorger und ein Psychotherapeut beteiligt seien.

„In allen operativen Abteilungen, wie Allgemeinchirurgie, Koloproktologie, Hand- und Fußchirurgie, Gynäkologie und Brustzentrum, unterbreiten wir unseren Patienten im Vorfeld von Eingriffen ein interdisziplinäres Angebot zum Abbau von Sorgen und Ängsten“, informiert Dr. Volland. Angst sei eigentlich etwas Natürliches, wenn eine Gefahr vorhanden ist, erläutert Psychotherapeut Wolfgang Schwabe. Probleme gebe es erst, wenn die Angst entgleise und nicht mehr kontrolliert werden könne. Dann benötige der Patient eine Vertrauensperson. „Deshalb ist die Bindung zwischen Arzt und Patient wichtig.“ Der Arzt müsse von Anfang an die Befindlichkeiten des Patienten kennen, um differenziert darauf reagieren zu können, so Schwabe. Selbst nach einer Operation könnten Ängste auftreten, obwohl alles in Ordnung scheine.

Bei dem Projekt werde die Zeit vor der Operation in den Fokus gerückt, betont Dr. Volland. „Deshalb thematisieren unsere Ärzte das Thema Angst bereits beim Erstkontakt“. Die

Anästhesie biete Angstsprechstunden an, bei denen sich der künftige Patient über die Narkose eingehend informieren könne. Zudem gebe es eine individuelle Patientenberatung. Angeboten würden der Besuch einer Station oder eines Operationssaales, um kennenzulernen, was dort geschehe. Auf Wunsch könne auch eine Operation mitverfolgt werden, um zu erfahren, wie später der eigene Eingriff ablaufe. Manche Patienten seien in Sorge um ihre Angehörigen oder Haustiere während ihres Krankenhausaufenthaltes. Hier könne der frühzeitige Kontakt zum Sozialdienst zu Lösungen führen und Angst abbauen.

Erste Ergebnisse zeigten laut Dr. Volland, dass die Patienten das Projekt „Angstfreies Krankenhaus“ sehr positiv aufnahmen. Den Ärzten gelänge es, Patienten die Angst zu nehmen, obwohl sie verpflichtet seien, über alle Operationsrisiken aufzuklären. Ein wichtiger Faktor für die Verminderung der Patientenangst sei zudem die Stationspflege. Auch die Seelsorgerin des Krankenhauses „Waldfriede“, Pastorin Gabriele Stangl, sei in das Projekt mit eingebunden. Sie nehme sich Zeit für die Anliegen der Patienten und begleite sie, wenn sie es wünschten, zu schwierigen Untersuchungen oder auch in den Operationssaal.

Bei dem Projekt führe der operierende Arzt die Gespräche mit dem Patienten, betont der Ärztliche Direktor von „Waldfriede“, Privatdozent Dr. Ingo Leister. Auch für die Nachbehandlung sei er zuständig. So könne ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Zudem werde die Verantwortung vom Arzt nicht delegiert, sondern von ihm übernommen.

Das seit 1920 in Berlin-Zehlendorf bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt jährlich 9.000 Patienten stationär und 18.000 ambulant.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Lubjana erfüllt sich ihren Lebenstraum

Wien/Österreich, 29.11.2011/APD Im September hat die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien ein neues Projekt in Fushe Kuja/Albanien begonnen. Dabei sollen Roma-Frauen lesen und schreiben lernen und auch durch eine Ausbildung in Hygiene, gesunder Lebensweise, Erste Hilfe, Sozialkompetenzen und Frauenrechten gefördert werden.

Laut dem Direktor von ADRA Österreich, Marcel Wagner, sei eine der besten Schülerinnen die 23-jährige Lubjana. Als Kind lebte sie mit ihren Eltern in Griechenland. Sie hatte nie die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Stattdessen sammelte sie Plastik und Metall in Müllkörben, um mit dem Verdienst ein wenig Essen einkaufen zu können. Lubjana war ein intelligentes Kind. Sie versuchte selbst, sich Lesen und Schreiben beizubringen. Sie kann nur wenig lesen, aber nicht schreiben. Doch sie setzt alles daran, es zu lernen.

Lubjana hat mit 14 Jahren geheiratet, verließ ihr Elternhaus und kam nach Fushe Kuja. Heute hat sie drei Kinder, sieben, vier und zwei Jahre alt. Sie lebt mit ihrem Ehemann und mit ihren drei Brüdern zusammen, die auch verheiratet sind und Kinder haben. Sie verkaufen gebrauchte Kleidung in den Dörfern rund um Fushe Kuja und verdienen alle zusammen etwa 15 Euro pro Tag. Lubjana muss jeden Tag viele Kleidungsstücke von Hand waschen, da sich ihre Familie keine Waschmaschine leisten kann. Dazu kommen der Haushalt und die Zubereitung des Essens

für die Familie. Sie würde sehr gerne lesen und schreiben lernen, um Kinderbücher oder auch das gedruckte Fernsehprogramm verstehen zu können. Ihr Lebenstraum ist, einmal Friseurin zu werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Evangelisch-theologische Abschlüsse in Spanien staatlich anerkannt

Madrid/Spainien, 28.11.2011/APD Am 11. November genehmigte laut Onlinedienst „Adventisten heute“ der spanische Ministerrat das königliche Dekret zur Anerkennung von Universitätsabschlüssen theologischer Fakultäten, die zum Bund der evangelischen Kirchen Spaniens (FEREDE) gehören. Neben der Adventistischen Theologischen Fakultät (Sagunto, Valencia) sind das die Theologische Fakultät der spanischen Baptisten UEBE (Alcobendas, Madrid), die Theologische Fakultät CSTAD der Versammlung Gottes (La Carlota, Córdoba) sowie die beiden überkonfessionellen Einrichtungen, die Internationale Theologische Fakultät IBSTE (Castelldefels, Barcelona) und die Theologische Fakultät SEUT (El Escorial, Madrid).

Evangelisch-theologische Ausbildungsstätten gibt es in Spanien seit über 100 Jahren. Deren Abschlüsse wurden jedoch bisher nicht staatlich anerkannt. Marcos Abbot, Dekan von SEUT, würdigte das Dekret als einen sehr wichtigen historischen

Schritt, der dazu beitrage, evangelische Christen in Spanien als Teil der Gesellschaft anzuerkennen.

„Das ist ohne Zweifel der wichtigste Erfolg der protestantischen Welt in Spanien seit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem spanischen Staat und der FEREDE im Jahr 1992“, meinte Miguel Ángel Roig, Dekan der Adventistischen Theologischen Fakultät und Sekretär der FEREDE-Kommission für die Anerkennung der protestantischen theologischen Studienzentren und Abschlüsse. „Der Königliche Erlass ist nicht nur für die Institutionen, deren Studienabschlüsse nun akkreditiert worden sind, äußerst wichtig, sondern bedeutet auch einen beachtlichen Schritt hin zur demokratischen Normalität in einem Land, in dem die Religionsfreiheit schwere Hindernisse überwinden musste, um sich durchzusetzen. Wir vertrauen darauf, dass es weitere bedeutende Schritte in diese Richtung geben wird.“

Durch die Anerkennung werde die eigene Identität der verschiedenen Institutionen in keiner Weise angetastet, auch ändere sich nichts an den bisherigen Zulassungsvorschriften, den dogmatischen Schwerpunkten und der Pastorenausbildung, versicherte Roig. Mit dem nun anerkannten Abschluss könne jeder Student in einer spanischen oder ausländischen Universität als Master in Theologie (M.A.) postgraduieren und auch promovieren. Im Falle der Adventistischen Theologischen Fakultät würden der Bachelor- (B.A.) und auch der Master-Abschluss in Theologie anerkannt.

Der Bund der evangelischen Kirchen Spaniens FEREDE (Federación de Entidades Religiosas Evangélicas de España), dem sich die meisten evangelischen (Frei-)Kirchen Spaniens angeschlossen haben, entstand aus der 1956 gegründeten Comisión de Defensa Evangélica, die sich um die Verteidigung der Religionsfreiheit der evangelischen Christen kümmerte. Als 1982 die Verhandlungen für ein Kooperationsabkommen zwischen dem spanischen Staat und den Protestanten begannen, verlangte die Regierung die Gründung einer juristischen Institution als

Verhandlungspartner. Vier Jahre später, am 20. Februar 1986, wurde die FEREDÉ für diese Aufgabe gegründet und 1992 das Kooperationsabkommen mit dem spanischen Staat unterschrieben.

Die staatliche Anerkennung der theologischen Abschlüsse ist eines der Anliegen, für die sich die FEREDÉ erfolgreich eingesetzt hat. Ein noch anstehendes Thema ist beispielsweise die Anerkennung der vom Staat geschuldeten Pensionszahlungen an die protestantischen Pastoren und Pastorenwitwen, die bis zum Jahr 1999 keine finanziellen Beiträge zur Sozialversicherung leisten konnten. Eine diesbezüglich beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg eingereichte Klage wurde angenommen. Der spanische Staat muss sich demnächst dazu vor dem Gerichtshof äußern.

Von den 40,8 Millionen Einwohnern Spaniens sind über 90 Prozent Katholiken und nur 0,3 Prozent, etwa 120.000, Protestanten. Zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehören in Spanien knapp 16.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 107 Gemeinden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**"Wenn wir im Restaurant
Wasser bestellen, bitten wir**

um ein Glas ADRA"

Zwei deutsche Entwicklungshelfer auf Inspektionsreise in Somalia

Weiterstadt bei Darmstadt, 27.11.2011/APD Garowe, die Hauptstadt der autonomen Region Puntland im Norden Somalias, war die erste Station der zehntägigen Inspektionsreise von Jahn Fischer, Regionalkoordinator für den Bereich Afrika, und Manuel Schönfeld, Leiter der Abteilung Kommunikation der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit Sitz in Weiterstadt bei Darmstadt. Etwa eine Stunde von Garowe entfernt, besuchten sie ein Projekt zur Trinkwassergewinnung. Das ADRA-Gebäude durften sie nur mit einer speziell ausgebildeten Schutzeinheit verlassen: Drei Somali mit Maschinengewehren. Die Bewacher schienen ausgemergelt, aber froh, jetzt eine Arbeit zu haben, die ihnen das Überleben sichert. Außerdem seien sie von der UN als Wachpersonal ausgebildet worden. Am Wasserspeicher angekommen, wurden Fischer und Schönfeld vom Ältesten der Kommune empfangen. „Der Speicher versorgt das ganze Dorf, etwa 2.400 Menschen, mit Trinkwasser“, erzählt er. Doch nicht nur er sei dankbar für die Unterstützung von ADRA. Auch die beiden Entwicklungshelfer lobten die gute Arbeit der Kommune, die den Wasserspeicher unterhalten und so das Projekt zum Erfolg geführt hätte.

Wenige Tage später ging es mit einer anstrengenden Reise nach Eyl. Die Fahrzeuge kamen auf den staubigen, holprigen Straßen nur langsam voran. In den vergangenen Jahren seien zahlreiche Personen aus anderen Landesteilen nach Eyl gekommen, um den Küstenort als Ausgangspunkt für Piratenaktivitäten zu nutzen. Aufgrund der miserablen Straßen sei ADRA dort die einzige Hilfsorganisation. „Wie schon bei all den Besuchen zuvor, wurden wir mit tiefer Dankbarkeit empfangen“, berichtet Schönfeld. Der Bürgermeister habe erzählt: „Nach dem Tsunami in unserer Region hat ADRA eine ganze Reihe von Wassertanks

installiert. Wenn es um Wasser geht, ist ADRA in den Gedanken der Menschen hier so verbreitet, dass wir in einem Restaurant inzwischen um ein Glas ‚ADRA‘ bitten, wenn wir ein Glas Wasser bestellen.“

Bevor die beiden Entwicklungshelfer am nächsten Tag wieder nach Garowe fahren, besuchten sie noch eine der Schulen, die von ADRA vor Ort unterhalten werden. Die Schüler lernten gerade Geschichte, Englisch und Geografie. ADRA unterstütze zahlreiche Bildungsstätten in Somalia mit insgesamt 33.000 Schülern und versorge 125.000 Menschen mit Nahrungsmitteln und Wasser, so Schönfeld.

„ADRA will den Menschen in Somalia langfristig zu mehr Selbstständigkeit verhelfen“, betont Fischer. Daher sei eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen wichtig. Nur so könne das Land nachhaltige Veränderungen erleben.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Transkulturelle Pflege am Lebensende"

Elke Urban, „Transkulturelle Pflege am Lebensende. Umgang mit Sterbenden und Verstorbenen unterschiedlicher Religionen und Kulturen“, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2011, kartoniert, 149 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-17-021337-1.

Ostfildern, 26.11.2011/APD Elke Urban, Krankenschwester mit Palliativ-Fachausbildung in einem stationären Hospiz in Nordrhein-Westfalen, stellt in ihren Ausführungen 15

verschiedene Glaubensrichtungen im Umgang mit Sterbenden und Verstorbenen vor. Dabei geht es um eventuelle konfessionelle Besonderheiten bei der Pflege am Lebensende im Hinblick auf Körperpflege, Ernährung und Kleidung, Kommunikation, besondere Gebete und Gebräuche, hilfreiches Verhalten in der Sterbephase, Umgang mit dem Verstorbenen, Einstellungen zu Obduktion und Organspende, Bestattung und sonstige Rituale. Elke Urban, die mit ihrem Buch vor allem das Pflegepersonal informieren möchte, hat in ihre Recherchen auch den Buddhismus, Hinduismus, Islam, das Judentum und chinesische Kulturen einbezogen und in ihren Untersuchungen selbst die Mormonen, die Neuapostolische Kirche, Sinti und Roma, Jehovas Zeugen und die Siebenten-Tags-Adventisten berücksichtigt. Ein Kapitel handelt vom Umgang mit nicht-religiösen Sterbenden, zu dem auch Informationen über verschiedene Bestattungsarten kommen. Im Anhang befinden sich sprachliche Hilfen für Menschen aus 14 europäischen Ländern und die Türkei.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Das Neue Testament als "tägliches Begleiter"

Stuttgart, 25.11.2011/APD Das Neue Testament der Neuen Genfer Übersetzung (NGÜ) ist vom „Rat für Formgebung“ in den Kategorien Produktion und Kommunikationsdesign mit dem Designpreis Deutschland ausgezeichnet worden. Die Deutsche Bibelgesellschaft in Stuttgart und die Genfer

Bibelgesellschaft geben die NGÜ gemeinsam heraus. Als Agentur zeichnete „gobasil“ (Hamburg/Hannover) mit Kreativdirektorin Eva Jung für die Einführungskampagne und das Design verantwortlich.

Angelehnt an die Notizbücher der Dichter und Denker erscheine das Neue Testament der NGÜ als „tägliches Begleiter“, so die Jury. Dazu gehörten fünf verschiedene Banderolen, die Leserinnen und Leser direkt ansprechen und Lust auf die Bibel machen. Die Jury hob außerdem hervor, dass Logo, Corporate Design und Kommunikation für die NGÜ komplett neu entwickelt worden seien. Die Kombination aus dem „Ü“ und dem Schweizer Kreuz gebe der Marke ein eigenes, unverwechselbares Gesicht.

Die Neue Genfer Übersetzung sei eine sogenannte kommunikative Bibelübersetzung, hob Dr. Felix Breidenstein, Geschäftsführer der Deutschen Bibelgesellschaft, hervor. Dabei werde der Sinn des Originaltextes in einer modernen Sprache so verständlich wie möglich wiedergegeben. Der Text sei zudem mit ausführlichen Randnotizen versehen, die auf den Wortlaut des Urtextes, verschiedene Deutungen und Übersetzungsmöglichkeiten hinwiesen.

Bereits im vergangenen Jahr erhielt die NGÜ zwei Auszeichnungen. Für die Buchgestaltung ging der Preis „red dot winner“ beim „red dot award communication design“ an das Neue Testament. Der „Art Directors Club Deutschland“ (ADC) prämierte die Publikation in den Kategorien Literatur/Bücher sowie Text mit einem „ADC-Nagel“ in Bronze und einer Auszeichnung.

Der „Rat für Formgebung“ wurde 1953 auf Beschluss des Deutschen Bundestages als Stiftung gegründet. In Wettbewerben, Ausstellungen, Konferenzen, Seminaren und Publikationen setzt er sich für gutes Design ein.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

US-Forscher: Vegetarische Ernährung verringert Diabetesrate

Loma Linda, Kalifornien/USA, 24.11.2011/APD Vegetarische Ernährung in Verbindung mit regelmäßiger körperlicher Bewegung beugt laut „Ärzte Zeitung“ in der schwarzen Bevölkerung Nordamerikas der Typ-2-Diabetes vor. Das ergab eine Studie der kalifornischen Loma Linda Universität der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Dabei wurden die Daten von 7.127 adventistischen Afroamerikanern aus den USA und Kanada ausgewertet. Die Kirche setzt sich für eine gesunde Ernährung sowie den Verzicht auf Alkohol und Tabak ein. Im Vergleich zu normaler Ernährung war bei Veganern der Kirche die Diabetesrate um 70 Prozent und bei den Ovo-Lakto-Vegetariern um 53 Prozent verringert. Günstig sei der hohe Anteil an Ballaststoffen in Obst und Gemüse. Vollkornprodukte und Bohnen setzten zudem nur langsam Kohlenhydrate frei, so die „Ärzte Zeitung“.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Leitungspositionen für Frauen bei Adventisten in Nordamerika und Europa

Silver Spring/USA, St. Albans/Großbritannien, 23.11.2011/APD
Ungeachtet der negativen Entscheidung des Exekutivausschusses der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) Anfang Oktober, bekräftigten die Mitglieder des Exekutivausschusses der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD) am 31. Oktober, an ihrer im Jahr 2010 eingeführten Praxis festzuhalten: Auf dem Gebiet der Nordamerikanischen Kirchenverwaltung dürfen auch nichtordinierte Personen in die Leitungsposition eines „Vereinigungsverstehers“ gewählt werden, berichtete der Onlinedienst „Adventisten heute“. Dieser Beschluss der Delegierten der Nordamerikanischen Kirchenregion sei mit 162 zu 61 Stimmen gefasst worden.

Zwei Wochen später, am 16. November, befassten sich die Mitglieder des Exekutivausschusses der Länder, die zur Trans-Europäischen Division (TED) der Kirche gehören, ebenfalls mit dem Thema, Frauen in ihrem Kirchenverwaltungsgebiet als Präsident einer „Vereinigung“ oder eines „Verbandes/Union“ wählen zu können. Sie bedauerten die Ablehnung ihres Antrags durch den Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung, denn die Siebenten-Tags-Adventisten lehrten gemäß der Heiligen Schrift das „allgemeine Priestertum“ und somit die Tatsache, dass „der Heilige Geist Frauen und Männer mit unterschiedlichen Gaben beruft und ausstattet, zu denen auch die Gabe der Leitung (leadership) gehört“. Für viele Adventisten im Bereich der TED sei dies ein ethisches sowie auch ein rechtliches Anliegen, das ihr Gewissen stark berühre, heißt es im TED-Sitzungsbericht.

91 Prozent der Delegierten des Exekutivausschusses der Trans-

Europäischen Region votierten in geheimer Abstimmung dafür, dass jede nationale Kirchenverwaltung das Recht habe, Frauen und Männer gleich zu behandeln. Es könnten damit sowohl ordinierte Pastoren, wie auch Personen mit einer Beauftragung für geistliche Aufgaben, also auch Frauen, für die Leitungsposition eines Vereinigungs- oder Verbandsvorstehers im TED-Kirchenverwaltungsgebiet gewählt werden.

Die Nordamerikanische und die Trans-Europäische Kirchenverwaltung der Adventisten sind mit diesen Beschlüssen nicht mehr in Übereinstimmung mit ihrer Weltkirchenleitung, die keine nicht ordinierten Personen in derartige Leitungspositionen zulässt. In einem mehrjährigen globalen Prozess soll bis 2015 kirchenintern die Ordinationsfrage an Hand der Aussagen der Bibel geklärt werden.

Pastor Dr. Bertil Wiklander, Präsident der TED, unterstrich die Bemühungen, sich in seinem Kirchenverwaltungsgebiet für Frauen als Pastorinnen und Führungskräfte einzusetzen. Außerdem wolle er gemeinsam mit anderen Kirchenleitern seiner Region nach Möglichkeiten suchen, „die Frauen zu befähigen und zu unterstützen, die der Heilige Geist deutlich in Leitungsaufgaben beruft“, betonte Wiklander.

Zum Nordamerikanischen Kirchenverwaltungsgebiet (NAD) der Adventisten gehören 1,12 Millionen erwachsen getaufte Adventisten in Kanada und den USA sowie auf Bermuda, der Johnston Insel, den Midway- und einigen weiteren Pazifikinseln.

Zum Trans-Europäischen Kirchenverwaltungsgebiet (TED) zählen rund 82.000 Adventisten in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Estland, Färöer Inseln, Finnland, Griechenland, Grönland, Grossbritannien, Irland, Island, Kanalinseln, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden, Serbien, Slowenien, Ungarn und Zypern.

Die Adventisten sind als weltweite Kirche folgendermaßen organisiert: Mehrere Ortsgemeinden bilden eine „Vereinigung“ (etwa Deutschschweizerische Vereinigung) und mehrere Vereinigungen einen „Verband“ (etwa Norddeutscher Verband). Die Verbände, auch „Unionen“ genannt, vereinigen sich in der „Generalkonferenz“ als Weltkirchenleitung, die für geografische Gebiete auf kontinentaler Ebene Abteilungen, „Divisionen“ genannt, unterhält. Zurzeit gibt es weltweit 575 Vereinigungen, 114 Verbände und eine Generalkonferenz mit 13 Divisionen. Jede Division hat eine eigene Kirchenleitung samt Exekutivausschuss.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Während die Ordination von Pastoren weltweit innerhalb der Freikirche Gültigkeit hat, können Frauen als Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung vornahm. Die Weltsynoden der Adventisten 1990 in Indianapolis/USA und 1995 in Utrecht/Niederlande hatten die Ordination von weiblichen Geistlichen mehrheitlich abgelehnt. Die Zulassung von Frauen, die als ordinierte Pastorinnen amtieren, ist außerhalb von Nordamerika, Westeuropa, China und Australien/Ozeanien, wo nur etwa 13 Prozent der weltweit rund 17 Millionen erwachsen getauften Mitglieder leben, äußerst umstritten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erstes Kochbuch zu den Losungen der Herrnhuter Brüdergemeine erschienen

Herrnhut/Oberlausitz, 22.11.2011/APD Mango-Hähnchen aus der Karibik, Avocado-Creme aus Südafrika, Pogatschen aus Ungarn, tibetische Momos aus Nordindien und Eierschecke aus der Oberlausitz – diese und weitere 45 Rezepte sind in dem ersten Kochbuch zu den Losungen der Herrnhuter Brüdergemeine zusammengetragen.

Die weltweiten Verbindungen durch die Losungen sollen durch ausgewählte Rezepte dokumentiert werden. 50 Übersetzerinnen und Übersetzer der Losungen bitten zu Tisch. Sie bieten kulinarische Genüsse an und laden ein, ihre Küche kennenzulernen. Alle Rezepte seien unkompliziert für den Hausgebrauch bestimmt und die Zutaten in Deutschland erhältlich. Darüber hinaus enthalte das Buch Informationen über die fremdsprachigen Losungsausgaben und die dahinterstehenden Personen.

Die Losungen sind mit einer Auflage von jährlich rund einer Million Exemplaren das am weitesten verbreitete Andachtsbuch im deutschsprachigen Raum. Sie werden von der Evangelischen Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine seit 1731 herausgegeben. Für 2012 liegt somit die 282. Ausgabe in ununterbrochener Reihenfolge vor. Die Losungen werden jeweils drei Jahre im Voraus aus einer 1.824 alttestamentlichen Bibeltexte umfassenden Sammlung für jeden Tag des Jahres gezogen. Dem Losungsvers wird ein Wort aus dem Neuen Testament zugeordnet. Beide Bibelworte (Losung und Lehrtext) werden mit einem Liedvers oder einem Gebet ergänzt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Mainzer Jugendkirche "livingroom" erhält Preis der "Initiative Hoffnung"

Mainz, 21.11.2011/APD Die Jugendkirche „livingroom“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Mainz hat mit ihrem Projekt „Chancengleichheit“ den ersten Preis der „Initiative Hoffnung“ gewonnen. Laut dem Onlinedienst „Adventisten heute“ lädt die Initiative christliche Teenager und Jugendliche ein, Menschen vor Ort zu helfen und ihnen dadurch die Liebe Gottes zu bezeugen. Im Aktionsjahr 2011 rief sie Jugendgruppen deutschlandweit auf, diakonisch aktiv zu werden, um ein ganzheitliches Christsein einzuüben und zu leben.

Am Projekt „Chancengleichheit“ der Mainzer adventistischen „livingroom“-Gemeinde sind mehr als 30 junge Leute beteiligt. In Zusammenarbeit mit Mainzer Schulen helfen sie beispielsweise benachteiligten Schülern und Schülerinnen, die keine oder kaum elterliche Unterstützung haben, bei ihren Hausaufgaben. Außerdem erteilen 15 ehrenamtlich tätige Studenten, ebenfalls in Absprache mit der jeweiligen Schulleitung, Nachhilfeunterricht. Im Rahmen der Ganztags schulbetreuung und nach Entwicklung eines Lehrplans für das gesamte Schuljahr werden Pfadfinderaktivitäten angeboten, die nicht nur den Umgang mit der Natur, sondern auch den Ausbau sozialer Kompetenzen fördern. Weitere Angebote in Zusammenarbeit mit einem Mainzer Jugendzentrum, wie

Fußball-Freundschaftsspiele, Girls Treffs und Kochkurse für Kinder und Jugendliche, gehören zum Konzept des Projektes. Informationen dazu sind im Internet unter www.livingroom.info zu finden.

Die drei Gewinner des „Hoffnungspreises“ 2011 erhalten ein Preisgeld von insgesamt 800 Euro, dazu kreative Sachpreise. Die 19-köpfige Jury verlieh am 17. November den ersten Preis der Jugendkirche „livingroom“. Dotiert ist der „Hoffnungspreis“ in Gold mit einer Skulptur als Award, einem Scheck über 500 Euro und einem Konzert in den eigenen Jugendräumen mit Tobias Hundt, einem der Schreiber des „Hoffnungssongs“. Die Preisübergabe durch Bundestagsvizepräsidentin Kathrin Göring-Eckardt findet im Rahmen einer Feierstunde im Deutschen Bundestag am 23. November in Berlin statt.

Veit Claesberg, Koordinator der „Initiative Hoffnung“ (Bergneustadt), gratulierte der adventistischen „livingroom“-Gemeinde mit den Worten: „Ihr seid die Gewinner, aber noch viel mehr haben die Leute gewonnen, denen ihr im Namen von Jesus Christus gedient habt.“ Pastor Jochen Streit, Abteilungsleiter für Jugend, Pfadfinder und Kinder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Süddeutschland (Ostfildern bei Stuttgart), betonte: „Die Wahrnehmung der Initiativen von ‚livingroom‘ in der Öffentlichkeit ist durchaus ein deutlicher Hinweis, dass eine christliche Gemeinde auch heute in unserer Gesellschaft relevant sein kann und ist. Es ist unsere Aufgabe, die Belange des Umfeldes aufzugreifen und mit unserem christlich-adventistischen Welt- und Menschenbild das Zusammenleben aller Altersgruppen mitzugestalten.“

Die „Initiative Hoffnung – dienen mit Wort und Tat“ wird von einem Netzwerk aus über 70 Einzelpersonen verantwortet, die christliche Werke, Verbände, Kirchen und Gemeinden repräsentieren. Sie wurde auf der Grundlage der Deutschen Evangelischen Allianz ins Leben gerufen und lädt Christinnen

und Christen aller Kirchen und Gemeinden ein, sich zu beteiligen (www.initiativehoffnung.de).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Deutsche Musiktherapeutische Gesellschaft jetzt in Berlin-Schöneberg

Berlin, 20.11.2011/APD Die Deutsche Musiktherapeutische Gesellschaft (DGMT) hat ihre Bundesgeschäftsstelle von Berlin-Friedrichshain nach Berlin-Schöneberg verlegt und in der Naumannstraße 22 neue Büroräume bezogen. Mit dem Umzug habe der Verein auf die veränderten Bedürfnisse hinsichtlich Repräsentation, Publikumsverkehr und Konferenzmöglichkeiten reagiert, informierte Geschäftsführerin Judith Brunk. Die DGMT entstand 2008 durch Verschmelzung des Berufsverbandes der Musiktherapeutinnen und Musiktherapeuten Deutschlands (gegründet 1999) und der Deutschen Gesellschaft für Musiktherapie (gegründet 1983). Der DGMT sollen laut Brunk bundesweit rund 1.400 Mitglieder angehören.

Die Deutsche Musiktherapeutische Gesellschaft setze sich, so Brunk, mangels eines Berufsgesetzes für Musiktherapeuten in Deutschland für die Festschreibung verbindlicher Ausbildungs- und Qualitätsstandards ein, um für die Patienten ein größtmögliches Maß an Schutz zu erreichen. Zu den weiteren Anliegen gehöre, Musiktherapie auch ambulant als

Krankenkassen-Leistung anzuerkennen. Nachweise über die positive Wirkung von Musiktherapie seien inzwischen ausreichend vorhanden. Dafür spreche die Verankerung in zahlreichen medizinischen Leitlinien, beispielsweise Demenz, Schlaganfall und psychosozialen Therapien. Auch die künstlerischen Therapien zur Behandlung von Traumafolgeschäden, etwa in der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, gälten als besonders geeignet. Weitere Informationen zur DGMT sind im Internet unter www.musiktherapie.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Der Deutsche Ökumenische Studienausschuss (DÖSTA)"

Die Chronik schildert zum ersten Mal die Tätigkeit des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses (DÖSTA) in den Jahren von 1950 bis 2000. Aus Archivmaterialien aufgebaut, gewährt sie erhellende Einblicke in ein halbes Jahrhundert spannender theologischer Arbeit. In der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) ist der DÖSTA seit 1950 der gewichtigste Ausschuss. Er hat die Aufgabe, wissenschaftliche theologische und ökumenische Fragen zu beraten. Dazu erarbeitet er Studien und Stellungnahmen, um das ökumenische Gespräch in den deutschen Kirchen zu vertiefen und zu fördern. Die Reihe der Leitungspersönlichkeiten des DÖSTA beginnt mit der Ära Schlink (1951-1962), die von der Ära Wendland (1962-1969), Wolf (1969-1979), Ritschl (1979-1987), Kertelge (1988-1992) und Bienert (1993-2000) kontinuierlich fortgesetzt

wird. Das Werk enthält auch ein Verzeichnis der Mitglieder des DÖSTA in den ersten fünf Jahrzehnten sowie eine Zusammensetzung des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses in den einzelnen Jahren.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Bischöfin Wenner Vorsitzende des methodistischen Bischofsrates

Frankfurt/Main, 18.11.2011/APD Bischöfin Rosemarie Wenner wird Präsidentin des Bischofsrates der internationalen Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK). Mit ihr wurde erstmals eine Frau von außerhalb der USA in das Amt gewählt. Die 56-Jährige wird ihr Amt im kommenden Frühjahr antreten. Als Präsidentin leitet sie die Sitzungen des Bischofsrates, dem alle 69 aktiven sowie die pensionierten Bischöfe der weltweiten EmK angehören. Das Gremium tagt zweimal im Jahr und vertritt in dieser Zeit auch die Generalkonferenz, das alle vier Jahre tagende oberste Entscheidungsgremium der EmK. Ihr Vorgänger, Bischof Larry M. Goodpaster, würdigte Wenner als Frau mit einem hervorragenden Gespür für die Bedürfnisse der weltweiten Methodisten.

Rosemarie Wenner, geboren in Eppingen (Baden-Württemberg), studierte 1975 bis 1979 am Theologischen Seminar der EmK in Reutlingen und wurde 1981 in Bad Kreuznach ordiniert. Danach

war sie Gemeindepastorin in Hockenheim, Dreieich-Sprendlingen und Darmstadt. Daneben wirkte sie im Bereich der Arbeit mit Kindern als Jungscharsekretärin und absolvierte eine Weiterbildung in Gestaltseelsorge und Pastoralpsychologie. Seit 1996 war sie als Superintendentin für den Frankfurter Distrikt der EmK verantwortlich. 2005 wurde Rosemarie Wenner als erste Frau ins Bischofsamt der EmK außerhalb Amerikas gewählt und 2008 für eine weitere Amtszeit von acht Jahren bestätigt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Gebetswoche der Adventisten zum Thema "Gottes rettende Gnade"

Ostfildern bei Stuttgart, 17.11.2011/APD Unter dem Motto „Gottes rettende Gnade“ findet vom 19. bis 26. November die jährliche, weltweite Gebetswoche der Siebenten-Tags-Adventisten statt, an der sich auch die 570 deutschen Gemeinden der evangelischen Freikirche mit besonderen Gebetsversammlungen beteiligen. Die täglichen Lesungen befassen sich diesmal mit der Erlösung des Menschen durch Jesus Christus. Dazu schreibt der Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, Pastor Bruno Vertallier (Bern/Schweiz), im Vorwort zu den Gebetslesungen: „Für mich steht das Opfer Jesu Christi an erster Stelle, wenn es um meine Erlösung geht. Als Zweites zählt mein Glaube an den Einen, der uns so viel Liebe gezeigt hat, um uns zu

erretten. Der dritte Faktor ist das Zusammenwirken der beiden erstgenannten Punkte und der Einfluss, den sie auf mein Verhalten im täglichen Leben haben.“

Zum Abschlussgottesdienst am 26. November gehört auch die traditionelle Opfersammlung für die weltweite Mission der Freikirche. Im letzten Jahr betragen die „Gebetstagsgaben“ der 35.200 Adventisten in Deutschland 686.200 Euro. Für die parallel stattfindende Gebetswoche der Kinder gibt es ein eigenes Heft mit dem Titel „Worte der Liebe“, das sich mit ähnlichen Themen kindgerecht auf das Leben der Kinder bezogen befasst. Die nächste Gebetswoche für adventistische Jugendliche findet vom 17. bis 24. März 2012 statt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Radiomission TWR mit zwei neuen Kurzwellensendern auf Guam

Guam/USA, 16.11.2011/APD Die internationale Radiomission TWR (Cary/USA) hat auf der Pazifikinsel Guam zwei gebraucht erworbene 250 Kilowatt starke Kurzwellensender installiert. Sie lösen zwei alte 100 Kilowatt-Sender ab, die seit der Eröffnung der Sendestation im Jahr 1977 ihren Dienst getan haben. Durch die stärkere Leistung, so TWR-Präsident Lauren Libby, könnten China und Ostasien besser mit der christlichen Botschaft erreicht werden. ERF Medien (Wetzlar) als der

deutsche Partner von TWR beteilige sich finanziell an den Sendungen, die über die Kurzwellenstation (KTWR) ausgestrahlt würden. Der Ankauf, der Transport und die Installation der beiden Sender hätten rund 520.000 Euro gekostet, die durch Spenden aus aller Welt aufgebracht worden seien. Der Kauf von zwei neuen 100-Kilowatt-Sendern hätte ansonsten rund 1,5 Millionen Euro betragen.

Die Sendestation verfüge zudem über zwei weitere 100-Kilowatt-Kurzwellensender. Bei KTWR Guam würden Sendungen in über 20 Sprachen ausgestrahlt. Das Zielgebiet der Programme seien China, Südasien, Indochina und Russland. China wäre in den letzten Jahren zu einem Hauptzielgebiet von KTWR Guam geworden. Die chinesische Hauptsprache Mandarin, die auch in Taiwan und Singapur gesprochen wird, sei daher eine wichtige Sendesprache. Es gebe aber auch Sendungen in Kantonesisch, das von 80 Millionen Menschen gesprochen werde, und in anderen Sprachen der Region. Zusätzlich fänden sich englischsprachige Programme im Sendepfad.

Auch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat seit 1987 mit „Adventist World Radio“ (AWR) eine Kurzwellenstation auf Guam (KSDA). Über vier 100-Kilowatt-Sender würden laut AWR-Präsident Pastor Dowell Chow mittels vier Richt- und fünf Rundstrahlantennen pro Woche fast 300 Stunden Programme in über 30 Sprachen ausstrahlen. Mehr als die Hälfte der Zeit werde in Mandarin gesendet. Von Guam gesendete Radioprogramme seien unter anderem in Indien, Vietnam, Nordkorea, Kambodscha, Indonesien und Südchina zu empfangen, teilte Chow mit. Um auch den Norden Chinas, die Mongolei oder Sibirien von Guam aus zu erreichen, solle 2012 eine weitere Antenne errichtet werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wintersemester mit 51 neuen Studenten in Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 15.11.2011/APD 51 neue Studentinnen und Studenten nahmen im Wintersemester 2011/2012 ihr Studium an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg auf. Damit sind dort insgesamt 178 Studierende, 17 mehr als im Vorjahr, eingeschrieben. 44 haben Theologie und 134 Sozialwissenschaften belegt. Zusätzlich gibt es noch 20 im Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ und einen Gasthörer. Von allen Studierenden kommen 67 aus insgesamt 29 Ländern.

Die 1899 gegründete und 1990 staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau bietet im Zuge des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge an. An der Hochschule sind folgende Studiengänge möglich: Bachelor of Arts Theologie (B.A. – sechs Semester), Master of Arts Theologie (M.A. – vier Semester), Master of Arts Theological Studies (M.T.S. – englischsprachig vier Semester), Bachelor of Arts Soziale Arbeit (B.A. – sechs Semester), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A. – berufsbegleitend neun Semester), Master of Arts Beratung (M.A. – vier Semester), Master of Arts International Social Sciences (M.A. – englischsprachig vier Semester), Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und Master of Arts Musiktherapie (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

schulischen Alltag einbringen würden.

Mit Liedern, Musiktheater, Selbstportraits, Pantomime zu Abraham oder einem Quiz zu den Weltreligionen arbeiteten die Jungen und Mädchen von dreizehn Schulen aus mehreren Bundesländern Gemeinsames und auch Trennendes heraus. Im Anschluss an die Vorstellung der verschiedenen Initiativen suchte Bundespräsident Wulff das Gespräch, diskutierte über das Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen in Deutschland und stellte sich den Fragen der Kinder und Jugendlichen.

„Besonders mit Blick auf die jungen Menschen gilt es, die Grundlagen eines friedlichen Miteinanders zu festigen“, betonte die Projektbeauftragte, Dr. Songül Kayabasi. „Dabei ist es wichtig, die Heranwachsenden selbst für dieses Anliegen zu gewinnen und zu Wort kommen zu lassen.“ Von 2008 bis 2011 förderte das Projekt „Weißt du, wer ich bin?“ über hundert Projekte mit einem Volumen von insgesamt 145.000 Euro.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Von Visaproblemen bis zu Gerechtigkeit und Frieden

**Weltweite Christliche Gemeinschaften zum Informationsaustausch
in Washington**

Washington D. C./USA, 13.11.2011/APD Die Sekretäre der

Weltweiten Christlichen Gemeinschaften (Christian World Communion CWC) trafen sich Ende Oktober zu ihrer viertägigen jährlichen Konferenz in Silver Spring, Maryland/USA, im Verwaltungsgebäude der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten, das sich im Großraum der US-Hauptstadt Washington befindet. An dem Informationsaustausch nahmen laut Generalsekretär des Baptistischen Weltbundes, Pastor Neville Callam, 28 Personen teil, darunter der bisherige Generalsekretär der Mennonitischen Weltkonferenz und der neu gewählte Generalsekretär des Globalen Christlichen Forums (GCF), Pastor Larry Miller, der Vertreter der Armenischen Apostolischen Kirche, Erzbischof Nareg Amezian, und der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Pfarrer Olav Fykse Tveit.

Geprächsthemen der diesjährigen Konferenz der Sekretäre der CWC waren, so Callam und Nareg, Informationsaustausch über die Aktivitäten der einzelnen weltweiten Gemeinschaften einschließlich ihrer geplanten internationalen Tagungen, wobei es Probleme mit bestimmten Staaten bei der Erteilung von Visa gebe. Außerdem sei es um das Phänomen der Verbreitung sogenannter „freier christlicher Gemeinden“ ohne konfessionelle Bindung und die Bereiche weltweite Verkündigung der christlichen Botschaft, Religionsfreiheit sowie Gerechtigkeit und Frieden gegangen. Auf dem Programm stand zudem ein Besuch im internationalen Büro des Baptistischen Weltbundes in Washington. Bei Gesprächen im Weißen Haus und im US-Außenministerium wäre es laut Erzbischof Nareg auch um die Situation der Christen im Nahen Osten und den Genozid an den Armeniern im Ersten Weltkrieg gegangen.

Die nächste Konferenz der Sekretäre der Weltweiten Christlichen Gemeinschaft soll im Oktober 2012 in Antelias nördlich von Beirut/Libanon am Sitz des armenisch-apostolischen Katholikos von Kilikien stattfinden. Sekretär des jährlichen Informationsaustausches der CWC ist seit 2003 Pastor John Graz vom Rat für zwischenkirchliche und

interreligiöse Angelegenheiten der Generalkonferenz der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Ökologische und faire Nahrungsmittelproduktion kirchliches Randthema

„Brot für die Welt“ und EED fordern evangelische Kirchen zum Handeln auf

Stuttgart, 11.11.2011/APD Der Einkauf von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau oder fairem Handel sei für die evangelischen Kirchen noch immer ein Randthema, kritisierten „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED). Nach ihrer Studie würden kaum zehn Prozent der jährlichen Beschaffungssumme in Kirchen und Diakonie für diese Produkte ausgegeben. Trotz gegenteiliger Beschlüsse setzten kirchliche Einrichtungen ihre Marktmacht bislang kaum zugunsten ökologischer und fairer Nahrungsmittelproduktion ein.

„Der Ruf der Kirchen nach einer gerechten Wirtschaftsweise und einem nachhaltigen Lebensstil richtet sich nicht nur an andere, sondern zunächst an sie selbst“, so Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“. „Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und des klugen Einsatzes der eigenen Marktmacht.“ Auch EED-Vorstand Tilman Henke sieht Handlungsbedarf: „Landeskirchen und diakonische Einrichtungen

sollten sich bei ihrer Umstellung auf ökofaire Beschaffung noch besser beraten und unterstützen lassen.“

Kirchliche Einrichtungen, wie evangelische Krankenhäuser, Akademien, Tagungsstätten oder Kindergärten, blieben in ihrem Einkaufsverhalten weit hinter dem zurück, was sozial und ökologisch für eine zukunftsfähige Kirche und eine gerechte Weltwirtschaft notwendig wäre, so das Fazit der Studie. Fast 766 Millionen Euro gäben beispielsweise die stationären Einrichtungen der Diakonie pro Jahr für Lebensmittel aus. Der Anteil an biologisch angebauten oder fair gehandelten Produkten sei trotz vermehrter Anstrengung in vielen der Einrichtungen verschwindend gering. Für mehr als zwei Drittel werde er auf unter zehn Prozent geschätzt. „Noch immer findet in den Kirchen eine Abwägung zwischen ethischem Anspruch und wirtschaftlichen Zwängen statt“, bedauerte Füllkrug-Weitzel.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neuer Experte der Adventisten für Religionsfreiheit

Bern/Schweiz, 10.11.2011/APD Liviu Romel Olteanu (55) ist neuer Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa mit Sitz in Bern. Deren in Collonges-sous-Saleve/Frankreich tagender Exekutivausschuss wählte den Pastor und Rechtsanwalt als Nachfolger des im August diesen Jahres während einer Dienstreise in Australien verstorbenen Pastors Karel Nowak (59).

Olteanu stammt aus Rumänien und lebt seit 2000 mit Ehefrau Reveica und drei Kindern in Spanien. Dort war er Sprecher der Adventisten für Fragen der Religionsfreiheit und als Assistent des Präsidenten der spanischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten Koordinator der adventistischen Migrantengemeinden in Spanien. Olteanu studierte am Theologischen Seminar der Freikirche in Bukarest und an deren Andrews Universität Berrien Springs, Michigan/USA. Diese Studien schloss er mit einem Master in Theologie und in Pädagogik ab. An der Universität Sibiu/Rumänien studierte er Jura mit Schwerpunkt Menschenrechte und erlangte die Zulassung als Rechtsanwalt. Gegenwärtig promoviert er an der Universität Madrid in Rechtswissenschaften.

Der neue Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit spricht neben seiner Muttersprache Rumänisch fließend Spanisch sowie Englisch und kann sich auch in Französisch verständigen. Er wird sein Büro in Brüssel am Sitz der Europäischen Union haben.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Initiatorin der "Babyklappe" in Berlin-Zehlendorf mit Verdienstmedaille geehrt

Berlin, 09.11.2011/APD Pastorin Gabriele Stangl, Seelsorgerin des adventistischen Krankenhauses „Waldfriede“ in

Berlin-Zehlendorf, erhielt in Berlin von dem Bürgermeister des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, Norbert Kopp, die von Bundespräsident Christian Wulff verliehene Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Das Bezirksamt begründete in einer Pressemitteilung die Ehrung, wie folgt: „Frau Stangl setzte sich in beeindruckender Weise für Frauen in psychosozialer Not und deren Babys ein: Sie initiierte im Jahr 2000 die 'Babyklappe' im Krankenhaus Waldfriede in Berlin-Zehlendorf, in der verzweifelte Mütter anonym ihre Babys abgeben können.“

1961 in Braunau am Inn/Österreich geboren, unterrichtete die studierte Theologin und Pädagogin am österreichischen Theologischen Seminar Schloss Bogenhofen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten Hebräisch, alttestamentliche Fächer und Deutsch für Ausländer, bevor sie Seelsorgerin im adventistischen Seniorenheim „Haus Wittelsbach“ im oberbayerischen Bad Aibling und seit 1996 im Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin wurde. Die private Laienorganisation „Association of Adventist Women“ (Verband adventistischer Frauen) in Seattle/US-Bundesstaat Washington hatte schon vor drei Jahren Gabriele Stangl zur „Frau des Jahres 2008“ gekürt.

Bernd Quoß, Geschäftsführer des Krankenhauses „Waldfriede“ würdigte die „schwere Aufbauarbeit“ der „Babyklappe“ durch Pastorin Stangl, die mit der Ordensverleihung nun auch die öffentliche Anerkennung gefunden habe. Er betonte, dass die Seelsorgerin diese Arbeit fast ausschließlich in ihrer Freizeit geleistet habe und dabei auch auf vielerlei Widerstand gestoßen sei.

Die „Babywiege“, wie die „Babyklappe“ in „Waldfriede“ genannt wird, ist ein grasgrüner Kasten. Er befindet sich uneinsehbar an der Rückseite des Hauses A der Klinik und ist durch einen ausgeschilderten, nicht videoüberwachten Eingang erreichbar. Wenn eine Mutter die Klappe öffnet und ihr Neugeborenes in das Wärmebett legt, lösen Sensoren zeitverzögert einen Alarm im ständig besetzten Pförtnerhaus aus, sodass die Mutter genügend

Zeit hat, das Gelände unerkant zu verlassen, berichtete Stangl. Das Baby werde sofort auf die Säuglingsstation gebracht und medizinisch versorgt. „Das vom Krankenhaus informierte Jugendamt übergibt es dann der Obhut einer speziell ausgebildeten Pflegefamilie.“ Die Mutter dürfe während der nächsten acht Wochen ihr Kind zurücknehmen. Geschehe das nicht, werde es zur Adoption freigegeben.

Den Anstoß, die erste Babyklappe an einer Klinik in Deutschland einzurichten, habe Pastorin Stangl durch ihre Arbeit als Krankenhauseelsorgerin erhalten. „Eine 80-jährige Patientin sprach erst auf dem Sterbebett über die Tötung ihres Kindes. Eine andere Frau musste das Krankenhaus hochschwanger wegschicken, weil sie nicht bereit war, ihre Identität preiszugeben. Als ich hörte, dass in Hamburg eine Babyklappe einrichtet wird, kam mir die Idee, dass ein Krankenhaus am besten für so etwas geeignet ist.“ Sie habe Mitstreiter nicht nur in der eigenen Klinik, sondern auch bei den zuständigen Behörden gefunden, meinte Stangl.

In den letzten zehn Jahren seien etwa 20 Neugeborene in die „Babywiege“ gelegt worden, und rund 110 Frauen hätten im Krankenhaus anonym entbunden. „Doch 95 Prozent der Frauen, die bei uns anonym entbinden, haben nach intensiver Beratung den Mut, ihre Anonymität aufzugeben“, betonte Pastorin Stangl. Nicht selten würden sich nach einigen Monaten auch Mütter melden, die ihre Kinder in die „Babywiege“ gelegt hätten. Ein Drittel der Frauen behalte schließlich das Neugeborene. Doch auch die meisten anderen Frauen, die ihr Baby zur Adoption freigäben, wollten, dass es später erfahre, wer ihre Mutter sei. Das Durchschnittsalter jener Frauen liege zwischen 27 und 34. „Alle haben große Angst, dass ihre Schwangerschaft aus den verschiedensten Gründen bekannt werden könnte“, teilte die Krankenhauseelsorgerin mit.

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Allgemein Chirurgie, Anästhesie, Brustzentrum, Gynäkologie und

Geburtshilfe, Hand- und Fußchirurgie, Innere Medizin, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Intensivmedizin, Radiologie und den Zentren für Darm- und Beckenbodenchirurgie (Kolo-proktologie) sowie Diabetes und Diabetisches Fuß-Syndrom jährlich 9.000 Patienten stationär und 18.000 ambulant. Im letzten Jahr kamen dort rund 900 Babys zur Welt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

USA: Häufiges Bibellesen hat Tendenz, aus "Rechten" "Linke" zu machen

Houston, Texas/USA, 08.11.2011/APD Je öfter jemand in den USA ganz persönlich in der Bibel lese, desto wahrscheinlicher sei es, dass diese Person sich dem „Patriot Act“ widersetze, einem 2001 zur Stärkung der Einheit der USA und des Kampfs gegen den Terrorismus verabschiedeten Gesetz. Zudem seien häufige Bibelleser tendenziell gegen die Todesstrafe, betrachteten Wissenschaft und Religion prinzipiell als vereinbar und unterstützten Initiativen zur sozialen Gerechtigkeit, wie der „Houston Chronicle“ mitteilt.

Es habe den Anschein, dass Kirchgang und Kirchenzugehörigkeit in den USA mit konservativen politischen Positionen zusammenhängen, wie die Ergebnisse der umfangreichsten Religionsumfrage in Nordamerika des „Baylor Religion Survey“ zeigten. Häufiges Bibellesen könne aber laut Analyse der

Religionsumfrage durch „Christianity Today“ dazu führen, dass man vermehrt zu liberalen oder linken politischen Auffassungen tendiere.

Im Gegensatz zu einigen anderen religiösen Praktiken, habe das häufige Bibellesen das Potential liberaler zu machen oder die Leser für linke politische Positionen zu öffnen. Das sei auch dann der Fall, so das Magazin „Christianity Today“, wenn man Faktoren, wie politische Überzeugung, Bildungsstand, Einkommen, Geschlecht, Rasse und religiöse Einbindung oder die eigenen Ansichten über Bibelauslegung, in Betracht ziehe.

Laut Magazin habe die Umfrage ergeben, dass mit zunehmender Bibellektüre die Zustimmung zum „Patriot Act“ um 13 Prozent zurückgehe, die Zustimmung zur Abschaffung der Todesstrafe um 45 Prozent zunehme, die Ansicht, dass Religion und Wissenschaft unvereinbar seien, um 22 Prozent abnehme und die Zustimmung zur Auffassung um 35 Prozent steige, dass ein guter Mensch sich aktiv für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetze.

Warum fördert das Bibellesen eine liberale oder linke Sichtweise?

Laut „Christianity Today“ werde die Fragestellung noch interessanter, wenn deutlich werde, wer in den USA am ehesten die Bibel lese. Es seien Evangelikale und Gläubige, die ein wörtliches Bibelverständnis hätten und eher zu konservativen oder politisch rechten Ansichten neigten.

Eine mögliche Erklärung für den Gesinnungswandel bestehe darin, dass die Leserinnen und Leser eine vorgefasste Meinung von der Bibel hätten. Da in der amerikanischen Gesellschaft das Bibellesen einen hohen Stellenwert habe, gingen viele davon aus, sie wüssten, was in der Bibel stehe, bevor sie diese öffneten, so „Christianity Today“. Sobald sie dann aber persönlich in der Bibel lesen würden, seien sie meist überrascht von dem, was dort stehe, und übernahmen die neue Sichtweise.

Das könne aber auch mit Bibelstellen geschehen, die dem Leser tatsächlich bekannt seien. Viele läsen die Bibel mit der Erwartung, dass Gott ihnen durch den gelesenen Text persönlich etwas sagen wolle und würden dann von gewissen Bibelaussagen wie von einem „Donnerschlag“ getroffen. Das könne für ihr Leben eine enorme Bedeutung bekommen.

Hinzu komme, dass viele Bibelleser in Nordamerika die Heilige Schrift nicht nur für ihre Andacht oder spirituelle Erbauung verwendeten. Sie sähen in der Bibel eine Autorität für ihr Leben, der sie im Alltag entsprechen wollten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Augenzwinkernder "WebFish 2012" zu vergeben

Hannover, 07.011.2011/APD Zum sechzehnten Mal schreibt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) den „WebFish“ aus. Mit dieser Trophäe prämiieren die EKD und das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gemeinsam die besten Online-Angebote in deutscher oder englischer Sprache, die den christlichen Glauben aktuell und kreativ umsetzen. Anbieter von christlichen Internetseiten können ihre Bewerbungen bis zum 31. Dezember online unter www.webfish.de einreichen.

Anfang 2012 trifft die Jury eine Vorauswahl und nominiert zehn Internetangebote für den „WebFish“. Per Onlineabstimmung können Nutzerinnen und Nutzer im Frühjahr ihre Favoriten

wählen und mit abstimmen, wer den „WebFish 2012“ gewinnt. Der augenzwinkernde Fisch hat nicht nur einen symbolischen Wert, sondern ist auch mit Geld- oder Sachpreisen verbunden: Der goldene Fisch ist mit 1.500 Euro dotiert, der silberne Fisch ist 1.000 Euro wert und der bronzene bringt seinen Gewinnern 500 Euro.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

IBSI-Bibelkurse jetzt auch online

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 06.11.2011/APD IBSI, das Internationale Bibelstudien-Institut der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, bietet sechs seiner Bibel- und Glaubenskurse jetzt auch online an. Es handelt sich um den Grundkurs „Start ins Leben“, „Das Vaterunser“, „Discover – Entdecke den Glauben“, „Fit und Gesund“, „Tour of Life – Denkanstöße für Teenager“ und „Tipps für Kids – Mit den Pfadfindern das Leben entdecken“. Wer sich im Internet unter www.bibelstudien-institut.de unter „Login“ registriert, kann sofort mit einem der Online-Kurse beginnen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hunger und Ausbau der Zwangsarbeitslager in Nordkorea

Berlin, 03.11.2011/APD Die Vereinten Nationen hätten offiziell bestätigt, dass immer mehr Menschen aus dem stalinistisch regierten und hermetisch abgeschotteten Nordkorea fliehen würden, berichtete am 27. Oktober die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) bei einer Pressekonferenz in Berlin.

Die Auswertung von Satellitenfotos zeige, dass die großen Zwangsarbeitslager systematisch ausgebaut würden, in denen Schätzungen zufolge 200.000 Gefangene aus politischen Gründen gequält, gefoltert und dem Hunger ausgesetzt wären, so IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Die Schlüsselrolle bei der Lösung des nordkoreanischen Dilemmas liege nach Auffassung der IGFM nicht in Pyongyang, sondern in Peking bei der Führung der Kommunistischen Partei Chinas.

„Die Menschen in Nordkorea sind zu Geiseln der Kim-Dynastie und des Militärs geworden“, sagte Lessenthin. „Peking versteht es, das Regime als außenpolitisches Werkzeug einzusetzen.“ Bei Bedarf werde es in Pyongyang von der Pekinger Führung dazu benutzt, die Demokratien in der Region zu bedrohen. „Das Schicksal der nordkoreanischen Bevölkerung ist den Machthabern in Peking ebenso gleichgültig wie dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-il“, betonte der Vorstandssprecher.

Nach Angaben der IGFM sei Thailand eines der wenigen Länder der Region, das nordkoreanische Flüchtlinge vorbehaltlos aufnehme. 2004 hätten nur 40 Menschen aus Nordkorea in

Thailand um Asyl nachgesucht, 2010 seien 2.482 Personen registriert worden und zwischen Januar und April 2011 habe Thailand bereits 870 Asylsuchende gezählt.

Gemäß einem 1968 geschlossenen Abkommen der Volksrepublik China mit Pyongyang würden nordkoreanische Flüchtlinge von China nach Nordkorea abgeschoben. Wer in China nordkoreanische Flüchtlinge verstecke oder ihnen zur Ausreise ver helfe, müsse laut IGFM mit hohen Geldstrafen rechnen. China verletze damit die Genfer Flüchtlingskonvention, der die Volksrepublik 1982 beigetreten sei. In Nordkorea selbst würden die aufgegriffenen Flüchtlinge als „Verräter“ betrachtet und zu langjährigen Haftstrafen, Zwangsarbeit, Folter oder sogar zur Todesstrafe verurteilt.

Tatsächliche oder vermeintliche Gegner der kommunistischen Einparteien-Diktatur in Nordkorea würden für sogenannte „politische Verbrechen“ in Arbeitslager gebracht, in denen menschenverachtende Zustände herrschten. Da Verwandte der Gefangenen bis in die dritte Generation ebenfalls als schuldig gelten und auch in die Lager gebracht würden, wüssten viele der Gefangenen nicht einmal, warum sie dort seien.

Nahender Winter verschärft Hungerproblem

Das größte Problem Nordkoreas sei laut IGFM die sich in diesem Jahr erneut anbahnende Hungerkatastrophe. Die staatlich gelenkte Wirtschaft versorge die Menschen nur mangelhaft. Hunger sei in Nordkorea ein Dauerproblem, obwohl sich das Land selbst versorgen könnte.

Deportation von Flüchtlingen

Die Schlüsselrolle zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Nordkorea komme laut Lessenthin der Volksrepublik China zu. Einerseits ermögliche die Protektion Chinas der nordkoreanischen Führung, vollkommen gleichgültig auf internationale Appelle zur Schließung der Gefangenenlager und zur Wahrung der Menschenrechte zu reagieren. Andererseits habe China den Schlüssel zur Lösung von Nordkoreas

Flüchtlingsproblematik in der Hand. „Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte fordert China dazu auf, nordkoreanische Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen die Ausreise in sichere Drittstaaten wie Südkorea zu ermöglichen“, so Lessenthin, „anstatt sie zu denunzieren und nach Nordkorea auszuliefern.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Der Erfolg der Freikirchen in der Schweiz

Bern/Schweiz, 02.11.2011/APD In den Freikirchen der Schweiz versammeln sich jedes Wochenende doppelt so viele Gottesdienstbesucher wie in evangelisch-reformierten Kirchen, und nur ein Viertel weniger als in römisch-katholischen Kirchen – obwohl offiziell nur zwei Prozent der Schweizerinnen und Schweizer einer Freikirche angehören. Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung des Nationalen Forschungsprogramms „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“ (NFP 58).

Laut einer Medienmitteilung des NFP 58 haben Religionssoziologen um Jörg Stolz, Universität Lausanne, erstmals ermittelt, wie viele lokale religiöse Gemeinschaften aller Glaubensrichtungen in der Schweiz existieren – also alle Gruppen, die sich regelmäßig an einem bestimmten Ort zu religiösen oder spirituellen Zwecken versammeln. Beispiele für solche Gemeinschaften seien katholische Pfarreien, reformierte Kirchengemeinden, freikirchliche Gemeinden, Moscheen, Zen-

Zentren und Israelitische Gemeinden. Die Wissenschaftler hätten Listen und Statistiken durchforstet, Experten und Kirchenvertreter befragt und insgesamt 5.734 Gemeinschaften in der Schweiz gezählt. Mit Verantwortlichen von 1.040 Gemeinschaften seien Interviews geführt worden.

Rund die Hälfte der Gemeinschaften gehöre der römisch-katholischen (30,5 Prozent) oder der evangelisch-reformierten Kirche (19,1 Prozent) an. Deutlich mehr Gruppierungen als die Reformierten stellten aber die evangelischen Freikirchen mit 24,8 Prozent. Das erstaune, so die NFP-Studie, da gemäß der Volkszählung vom Jahr 2000 nur etwa zwei Prozent der Schweizer Bevölkerung einer Freikirche angehörten. Dies sei dadurch erklärbar, dass die kleinen Freikirchen fast nur bekennende und aktive Mitglieder hätten.

690.000 Gottesdienstbesucherinnen und -besucher

Während die Mitgliederzahl einer durchschnittlichen Gemeinde der beiden offiziellen Landeskirchen bei etwa 1.750 (römisch-katholisch) beziehungsweise 2.200 (evangelisch-reformiert) liege, gehörten einer mittleren freikirchlichen gerade einmal 72 Menschen an, die aber alle regelmäßig zum Gottesdienst gingen. Bei der Befragung hätten die Verantwortlichen der freikirchlichen Gemeinschaften angegeben, dass sogar mehr Gläubige als Mitglieder (Quote von 111 Prozent) am letzten Gottesdienst teilgenommen hätten. Bei den Katholiken sei die Teilnahmequote dagegen bei vier Prozent, bei den Reformierten sogar nur bei drei Prozent der Mitglieder gelegen, so die NFP-Studie.

Aufgrund dieser Zahlen, schätzen die Forscher, dass sich an einem gewöhnlichen Wochenende in der Schweiz 690.000 Menschen (jeder elfte Einwohner) versammelten, um ein religiöses Ritual durchzuführen: 38 Prozent in katholischen Kirchen, 29 Prozent in evangelischen Freikirchen, 14 Prozent in reformierten Gotteshäusern und knapp elf Prozent in muslimischen Gemeinschaften. „Jedes Wochenende stellen die Freikirchen also bloß etwa 25 Prozent weniger Gottesdienstbesucher als die

katholische Kirche und sogar mehr als das Doppelte der reformierten Kirchgänger, obwohl die Katholiken 30 Mal und die Reformierten 24 Mal mehr offizielle Mitglieder aufweisen als die evangelischen Freikirchen“, so Jörg Stolz.

Missionieren lohnt sich

Die Studie bestätige, dass die etablierten Kirchen tendenziell kleiner würden. Bei den evangelischen Freikirchen gäbe es klare Unterschiede: Während konservative Gemeinschaften (beispielsweise Brüderverein, Action Biblique) ebenfalls schrumpften, blieben klassische Gemeinschaften stabil (Chrischona, FEG). Charismatische Gemeinschaften hingegen würden deutlich wachsen (Pfingstgemeinden, ICF). Diese hätten auch ein jüngeres Publikum als die Volkskirchen.

Die religiöse und ethische Striktheit der Freikirchen spiele entgegen bisheriger Vermutungen keine entscheidende Rolle bei ihrem Erfolg. Freikirchen seien zwar moralisch strikt, das heißt sie gäben ihren Mitgliedern klare Verhaltensvorschriften, doch das begründe deren Erfolg nicht. Als wichtigen Grund für das Wachstum macht die Studie die aktive Suche nach neuen Mitgliedern aus. Fast alle Freikirchen ermutigten ihre Mitglieder, neue Personen einzuladen, und viele schalteten Inserate in Zeitungen. Erhöht werden die Wachstumschancen laut der Studie auch, wenn eine Gemeinschaft Anstrengungen unternimmt, die Kinder der Angehörigen in ihrer religiösen Tradition aufzuziehen. Einige Glaubensrichtungen profitierten zudem von der Immigration. Das treffe auf die Muslime zu, aber auch auf die Lutheraner. Diese Gemeinschaft wachse vor allem wegen der Einwanderung aus Deutschland, so die NFP-Studie.

Nationales Forschungsprogramm NFP 58

Der Schweizer Bundesrat hatte am 2. Dezember 2005 das Nationale Forschungsprogramm „Religionen in der Schweiz“ (NFP 58) bewilligt und mit zehn Millionen Franken dotiert. Die Forschungsprojekte haben eine Laufzeit von drei Jahren. Die wissenschaftlichen Arbeiten begannen im Sommer 2007. Es

sollten unter anderem folgende Fragen geklärt werden: Wie lassen sich die verschiedenen neuen Religionsgemeinschaften erfolgreich in die Schweiz integrieren? Wie verständigen sich die verschiedenen Religionen untereinander und wie mit den nicht religiösen Bevölkerungsanteilen? Muss der Staat sein Verhältnis zur Religion und den Religionen überdenken und eine aktivere Rolle spielen als bisher?

Das NFP 58 verfolgt drei Ziele. Es soll (1) die grundlegenden Veränderungen in der Religiosität der Einzelnen und der religiösen Landschaft untersuchen; (2) die Grundlagen für die Gestaltung von Religions- und Bildungspolitik liefern; (3) untersuchen, wie das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften, aber auch religiöser und nicht-religiöser Menschen gefördert werden kann.

Das NFP 58 ist interdisziplinär angelegt. In den 28 bewilligten Projekten arbeiten Forschende aus Religionswissenschaft, Soziologie, Geschichte, Theologie, Ethnologie, Islamwissenschaft, Tibetologie, Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Pädagogik, Sozialpädagogik und Gerontologie.

Der Schlussbericht der NFP 58-Studie „Die Religiösen Gemeinschaften in der Schweiz: Eigenschaften, Aktivitäten, Entwicklung“, kann im Internet eingesehen werden unter http://www.nfp58.ch/files/news/126_Schlussbericht_Stolz_Chaves.p

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Hope Channel TV" auch in Kabelnetzen verfügbar

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 01.11.2011/APD Das 24-Stunden-Fernsehprogramm von „Hope Channel Deutsch“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist auch in Kabelnetzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verfügbar. Eine Übersicht der Kabelnetzbetreiber findet sich im Internet unter www.hopechannel.de/empfang. Zugang zu den „Hope Channel“ Sendungen gibt es außerdem über den Satelliten ASTRA, als Livestream und Mediathek im Internet sowie durch die Online-Plattform „Zattoo“ (www.zattoo.com).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

US-Bischöfe spenden drei Ambulanzfahrzeuge für Kenia

Nairobi/Kenia, 31.10.2011/APD Die römisch-katholische Amerikanische Bischofskonferenz habe über ihr Hilfswerk, die Katholische Nothilfe (CRS), drei voll ausgerüstete 4×4-Ambulanzfahrzeuge im Wert von 213.000 Euro kirchlich geführten Krankenhäusern in Kenia übergeben, wie der Katholische Informationsdienst für Afrika (CSIA) berichtete. Neben zwei katholischen Hospitälern habe das adventistische Missionsspital in Kendu, Süd Nyanza, an der nordöstlichen Küste des Victoriasees, das dritte Fahrzeug erhalten.

„Früher kostete es diese Krankenhäuser aufgrund des unwegsamen

Geländes und riesiger Distanzen große Mühe, ihre Patienten zu erreichen“, sagte Dr. Daniel Kabana von der Katholischen Nothilfe (CRS) während der Übergabezeremonie der Ambulanzen.

„Heute verstehen und anerkennen wir die Rolle der religiösen Gesundheitsdienste bei der Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege und Behandlung unserer HIV-infizierten Brüder und Schwestern in fünf Provinzen des Landes durch das AIDS Hilfsprogramm“, hob Pfarrer Philip Sulumet, Vizepräsident der katholischen Kenianischen Bischofskonferenz, hervor. Laut CSIA erhielten mehr als 53.000 HIV-Patienten Therapien, und weitere 70.000 würden betreut und unterstützt. „Die Kirche ist stolz auf das in den letzten acht Jahren Erreichte“, so Sulumet. „Die Erbringung dieser Leistungen ist ein echter Beweis für unseren Heilungsauftrag im Dienste Christi.“

Von den 39 Millionen Einwohnern Kenias sind 66 Prozent Christen (38 Prozent evangelisch, 28 Prozent katholisch), 26 Prozent gehören einheimischen Religionen an, und sieben Prozent bekennen sich zum Islam. In Kenia leben 657.500 erwachsen getaufte Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie feiern in 4.190 Kirchengemeinden und 3.960 Gruppen Gottesdienst. Außer dem Spital in Kendu unterhalten die Adventisten in Kenia ein weiteres Krankenhaus und eine Klinik, sowie ein Gymnasium und einen Verlag.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ADRA Deutschland legt Geschäftsbericht 2010 vor

Weiterstadt bei Darmstadt, 30.11.2011/APD Laut ihrem Geschäftsbericht 2010 führte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland im letzten Jahr 38 Projekte in 18 Ländern durch. Für seine Arbeit gab das Hilfswerk 2010 insgesamt 8,27 Millionen Euro aus, die unter anderem von privaten Spendern, der Europäischen Union (EU), dem Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Union (ECHO), dem Auswärtigen Amt der Bundesregierung (AA), dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der „Aktion Deutschland Hilft“ (ADH) stammten.

Bei den Projekten ging es beispielsweise um Gesundheitsaufklärung in Laos, sauberes Trinkwasser für Menschen in Haiti sowie die Unterbringung von 1.200 obdachlosen Familien in neue kleine Häuser nach dem Beben, Unterstützung der Mädchenschule in Kajaido/Kenia als Zufluchtsort vor Zwangsheirat und Genitalbeschneidung oder den Bau von 71 Grundschulen und 24 Erwachsenenbildungszentren in Somalia. Durch die Aktion „Kinder helfen Kindern“ erhielten auch im letzten Jahr wieder bedürftige Heim- und Waisenkinder in Ost- und Südosteuropa knapp 40.000 Weihnachtspakete. 2010 entsandte ADRA Deutschland im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ des BMZ wieder Jugendliche zu Auslandseinsätzen. Außerdem wirkten 15 weitere Freiwillige in Mexiko, der Republik Moldau, Costa Rica, Kenia und Tansania. Der Geschäftsbericht 2010 von ADRA Deutschland kann im Internet unter www.adra.de/de/geschaeftsberichte.html heruntergeladen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Calvinismus in seiner Vielfalt"

Reiner Zimmermann, „Calvinismus in seiner Vielfalt. Die Bedeutung des Reformators für die evangelische Christenheit“, Neukirchener Verlagsgesellschaft, Neukirchen-Vluyn, 2011, kartoniert, 144 Seiten, 26,90 Euro, ISBN 978-3-7887-2490-0.

Ostfildern, 29.10.2011/APD Johannes Calvins Geburtstag jährte sich 2009 zum 500. Mal. Der größere Teil des evangelischen Christentums hat seine Wurzeln mehr im Calvinismus als im Luthertum. Calvin selbst war in Luthers Theologie gegründet. Er gehört deshalb zu den großen Reformatoren des 16. Jahrhunderts. Seine Theologie und Bibelauslegung wurden wegweisend für die reformierten Kirchen und einen großen Teil der Freikirchen, die aus ihnen hervorgingen. So finden wir sein Erbe außer der Schweiz auch in Frankreich, Deutschland, England, Schottland, Ungarn, Siebenbürgen und besonders stark in Nordamerika.

Viele Missionskirchen trugen Calvins Überzeugungen in alle Kontinente. Große Wirkungen gingen von ihm auf die Welt-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte aus. In Deutschland zählen etwa 195.000 Christen zur evangelisch-reformierten Kirchen. Doch gibt es hierzulande noch die Unionskirchen, in denen lutherische und reformierte Gemeinden vereinigt sind, in denen das lutherische und calvinistische Erbe gepflegt wird. Mit ihnen ergibt sich eine Gesamtzahl von etwa zwei Millionen Reformierten. Trotz dieser scheinbaren Minderheit leben auf der Welt 105 Millionen Reformierte, eingeschlossen sogenannte Presbyterianer und Kongregationalisten gegenüber ungefähr 70 Millionen Lutheranern.

Zimmermann geht in seiner kritischen Betrachtung auf calvinistische Elemente und Einflüsse in den Freikirchen (Mennoniten, Baptisten, Adventisten, Methodisten und Quäker) sowie im nordamerikanischen Christentum näher ein und spart dabei auch unter anderem die Puritaner, Anglikaner, Pfingstgemeinden und die Charismatische Bewegung nicht aus. Für den promovierten Theologen, langjährigen Pastor und Hochschuldozenten sind reformierte Theologen des 20. Jahrhunderts, wie Karl Barth, Emil Brunner, Walter Nigg, Eduard Thurneysen, Lukas Vischer, Willem Adolf Visseer` t Hooft und Walther Zimmerli von konfessionsübergreifender Bedeutung. Hilfreich ist das angefügte Personen-, Orts- und Sachregister.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erster adventistischer Weltkongress für mentale und psychische Gesundheit

Loma Linda, Kalifornien/USA, 28.10.2011/APD „Wir müssen das Stigma beseitigen, das einige Leute den psychischen und geistigen Krankheiten anhängen und auch unsere persönliche Verletzbarkeit in diesen Bereichen akzeptieren“, sagte Dr. Allan Handysides, Direktor der Gesundheitsabteilung der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, beim ersten adventistischen Weltkongress für mentale und psychische Gesundheit an der Loma Linda Universität, Kalifornien/USA.

„Viele Christen sind der Auffassung, dass es psychische Krankheiten bei Menschen mit einer intakten Gottesbeziehung nicht geben dürfte“, merkte der Konferenzteilnehmer Dr. James Tan, Arzt in Longview/Washington, an. „Ich bin deshalb froh, dass wir diese Problematik während dieser Konferenz auf eine gute Weise besprechen können.“

„Innerhalb der adventistischen Kirche besteht ein breiter Konsens, dass es an der Zeit ist, sich diesem Problemkreis zu stellen“, unterstrich auch Dr. Carlos Fayard, Professor für Psychiatrie, an der Loma Linda Universität. Obwohl viele Faktoren zu geistiger und seelischer Gesundheit beitragen, darunter auch eine persönliche Gottesbeziehung, schließe dies nicht automatisch Depressionen, Ängste oder andere Beeinträchtigungen des psychischen Wohlbefindens aus.

„Die biblische Weltsicht lehrt uns, dass wir ausnahmslos gebrechlich und verletzlich sind. Diese Problematik muss deshalb in unserer Kirche von allen mit der nötigen Zurückhaltung angegangen werden“, so Handysides.

Sergej Lutskij, einer der zwölf Teilnehmer aus der Ukraine, drückte seine Hoffnung aus, dass die in der Konferenz gewonnenen Erkenntnisse in gesundheitlichen Nutzen für die Menschen in seinem Heimatland umgemünzt werden könnten, sofern die Referate ins Russische übersetzt würden.

Am viertägigen Kongress Mitte Oktober sprachen laut Adventist News Network ANN 50 Referenten zu rund 500 Teilnehmern aus der ganzen Welt. Darunter seien auch Vertreter von Universitäten, wie Harvard, Duke, Brigham Young und Los Angeles, sowie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gewesen. Die Veranstalter hätten auch Workshops und Schulungen für Kirchenleiter, Pastoren und Angehörige von Gesundheitsberufen angeboten, damit sie jene in ihrer Kirche besser begleiten könnten, die mit einer depressiven Verstimmung bis hin zu einer schweren psychischen Krankheit lebten, so ANN.

Die Konferenz wurde von folgenden adventistischen Institutionen und Organisationen durchgeführt und finanziert: Medizinische Fakultät der Loma Linda Universität in den USA, Montemorelos Universität in Mexico sowie den Abteilungen Gesundheit, Frauen und Seelsorge der Weltkirchenleitung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Vatikan fordert globale Zentralbank auf dem Weg zu "politischer Weltautorität"

Wien/Österreich, 27.10.2011/APD Der Vatikan habe sich für eine grundlegende Reform des internationalen Finanzsystems, die Schaffung einer globalen Aufsichtsbehörde zur Regulierung der Kapitalmärkte und für die Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, teilte die Katholische Presseagentur Österreich Kathpress mit. Es müsse eine Art „Globale Zentralbank“ gegründet werden, die gegen unkontrollierbare „Schattenmärkte“ vorgehe und für die Einhaltung ethischer Mindeststandards Sorge trage, heißt es in einem am 24. Oktober veröffentlichten Dokument des Vatikans. Das gut 40-seitige Schreiben des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden („Iustitia et Pax“) trägt den Titel „Für eine Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems aus der Sicht einer öffentlichen Autorität mit universaler Kompetenz“.

Die internationale Finanzbehörde müsse eine „Logik der Nachhaltigkeit, des Friedens, des gemeinsamen Wohlstandes und

des Einvernehmens“ vertreten, heißt es in dem Dokument weiter. Dafür müssten eine Besteuerung finanzieller Transaktionen in Erwägung gezogen und neue Wege für die Kapitalausstattung von Banken gefunden werden. Auf diese Weise könnten waghalsige Finanzgeschäfte verhindert und die Entwicklung der realen Wirtschaft gefördert werden. Laut Kathpress werde auch ein Vorgehen gegen Steueroasen und Off-Shore-Handelsplätze gefordert.

Die Gründung einer globalen Zentralbank mit weitgehenden Befugnissen müsse der erste Schritt auf dem Weg zu einer politischen Weltautorität sein, heißt es in dem Dokument. „In einer Welt der schnell voranschreitenden Globalisierung ist eine Weltautorität der einzig angemessene Bezugspunkt, der den neuen Gegebenheiten unserer Zeit und den Bedürfnissen der menschlichen Spezies gerecht wird.“ Anknüpfungspunkt für eine solche Institution könnten die Vereinten Nationen sein.

Das vatikanische Papier soll eine Handreichung für die Verantwortlichen der Welt und alle Menschen guten Willens sein, habe laut Kathpress der Präsident des päpstlichen Rates, Kardinal Peter Turkson, während der Vorstellung des Papiers gesagt. Dies gelte insbesondere mit Blick auf den G-20 Gipfel, der am 3. und 4. November im südfranzösischen Cannes stattfindet.

Der Mitautor des Textes, der römische Volkswirtschaftsprofessor Leonardo Becchetti, habe laut Kathpress an den vor kurzem publizierten Appell der „1.000 Ökonominnen und Ökonomen“ aus 53 Ländern erinnert, die in einem Brief an die G-20-Finanzminister die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert hätten. Mit den Einnahmen sollten weltweite Armutsbekämpfung und Klimaschutz sowie die Folgenbewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise finanziert werden.

Zu den Unterzeichnern des Appells gehören Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz sowie Professoren weltweit

renommierter Universitäten, etwa von Harvard, Oxford, Cambridge, der Sorbonne, Berkeley und Kyoto. Unterschrieben hätten auch Jeffrey Sachs, Sonderberater des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon, Dani Rodrik, Professor für politische Ökonomie an der Harvard University, und Christian Fauliau, langjähriger ranghoher Ökonom der Weltbank.

Eine Finanztransaktionssteuer in Europa müsse der Armutsbekämpfung dienen, hatten bereits am 17. Oktober die Vorsitzenden der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Prälat Dr. Bernhard Felmberg und Prälat Dr. Karl Jüsten, gefordert. Sie baten die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sowie die Kommissionen der römisch-katholischen Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) als Kirchen im europäischen Verbund, die Einführung der Finanztransaktionssteuer zu unterstützen und darauf zu drängen, einen Teil der Einkünfte für die Bekämpfung der Armut weltweit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele einzusetzen.

Es gehe um die Übernahme von Verantwortung für das Elend derjenigen, die für die Entstehung der Finanz- und Schuldenkrise nicht verantwortlich seien, aber unter den Folgen massiv zu leiden hätten.

„Wenn wir unseren Staat und die Europäische Union auf christliche und humanitäre Grundwerte bauen, dann sind wir auch dem Anliegen der weltweiten Gerechtigkeit, den Menschenrechten und der Option für die Armen verpflichtet“, heißt es im Brief der GKKE-Vorsitzenden.

Laut der Pressemitteilung der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung setze sich die GKKE zum einen wegen der regulierenden Wirkung der Steuer auf die Finanzmärkte für eine Finanztransaktionssteuer ein, zum anderen sollten aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit die Erträge der Steuer zumindest teilweise für die Armutsbekämpfung weltweit verwendet werden. Eine solche Steuer könne in absehbarer Zeit ein erhebliches

Aufkommen bewirken, aus dem auch die Mittel zur Erreichung des 0,7 Prozentziels des Brutto-Nationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden könnten, heißt es weiter in der GKKE-Meldung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neuer Premierminister von Jamaika ist Adventist

Kingston/Jamaika, 26.10.2011/APD Am 23. Oktober wurde Andrew Holness (39) durch Sir Patrick Allen, Generalgouverneur von Jamaika, zum neunten Ministerpräsidenten des selbständigen Karibikstaats vereidigt, teilte CSMENetwork News mit. Holness übernahm das Amt von Bruce Golding, der am selben Tag sein Rücktrittsschreiben einreichte. Der neue Regierungschef stamme aus einer Arbeiterfamilie und sei in die Politik eingestiegen, um Veränderungen von innen her zu bewirken.

Laut der Mitteilung habe der jüngste Premierminister in der Geschichte des Inselstaates bei der Vereidigung aus religiösen Gründen nicht auf die Bibel geschworen, sondern, wie die Verfassung dies für solche Fälle vorsehe, ein Gelöbnis gegenüber Jamaika für getreue Staatsführung abgelegt. Andrew Holness sei Mitglied der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, wie Milton G. Gregory, Vize-Präsident der adventistischen Kirchenleitung in Jamaika, bestätigte, und fühle sich der Aussage Jesu in der Bergpredigt verpflichtet, nicht zu schwören.

Die Landespolitik sei von Polarisierung und Engstirnigkeit geprägt, sagte der neue Premierminister laut CSMENetwork nach der Gelöbniszeremonie. Er wolle den von der Vorgängerregierung erfolgreich begonnenen Kampf gegen Kriminalität fortsetzen, eine Anti-Banden-Gesetzgebung einbringen und den Kampf gegen die Korruption fortführen. Der Opposition habe er die Hand gereicht und Zusammenarbeit angeboten. Bezüglich der Staatsverschuldung habe er die Schuldentilgungspolitik der Vorgängerregierung gelobt, merkte aber an, dass Jamaika in einem Teufelskreis gefangen sei, in dem Schulden aufgenommen werden müssten, um die Zinsen zu begleichen. „Der sicherste Weg, die Armut zu vergrößern, besteht darin, mehr Schulden aufzunehmen, als wir erwirtschaften“, so Holness. „Ich liebe die Armen, aber ich hasse Armut. Arme brauchen sinnvolle Arbeit und nicht weitere Überbrückungsprogramme.“ Er habe mit seiner Regierung einen Plan vorbereitet, um die nationale Schuldenlast zu vermindern. Dabei sollten aber die Ärmsten verschont werden.

„Ausgaben für die Bildung sind die beste Investition, um die generationenübergreifende Armut zu bekämpfen“, betonte der neue Regierungschef. „Ich ermutige deshalb alle Jamaikaner, Opfer zu bringen und in die Bildung der eigenen Kinder zu investieren.“

Während der Gelöbniszeremonie habe Pastor Herro Blair von der Kirche „Jamaica Youth for Christ“ für den neuen Premierminister um Weisheit, Wissen und Verständnis gebetet, damit er dem jamaikanischen Volk richtig dienen könne. Anschließend habe Andrew Holness selbst ein Gebet gesprochen, in dem er Gott um Weisheit, Einfühlungsvermögen und Mut gebeten hätte.

Knapp zwei Drittel der 2,8 Millionen Einwohner Jamaikas sind Protestanten. Rund neun Prozent der Inselbewohner zählen zu den Adventisten, darunter 253.300 erwachsen getaufte Mitglieder in 624 Gemeinden. Die dortige Freikirche unterhält 17 Grundschulen, sieben weiterführende Schulen, eine

Universität, ein Krankenhaus und drei Kliniken.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neue Gesprächsanregungen für adventistische Jugendliche im Gottesdienst

Hannover/Zürich, 25.10.2011/APD Seit fast 160 Jahren gehört zum wöchentlichen Gottesdienst der Freikirche der Siebententags-Adventisten am Samstag (Sabbat) neben der Predigt auch ein Bibelgespräch in kleinen Gruppen. Jedes Vierteljahr erscheint dazu ein neues „Studienheft zur Bibel“, das weltweit die gleiche Thematik hat, mit einer deutschsprachigen Auflage von etwa 27.000 Exemplaren. Daneben gibt es zum Bibelstudium für zwölf- bis 15-Jährige das Heft „4you“ (Für Dich), die „Schatzkiste“, ein Bibelheft für Acht- bis Elfjährige, sowie Material für Kinder und Kleinkinder.

Neu ist ab Januar 2012 „echtzeit – Impulse für authentisches Christsein“ für 16- bis 19-Jährige. Diese Impulse gäbe es für Jugendliche und Gesprächsleiter zum kostenlosen Download im Internet unter www.echtzeit-impulse.de. Bei „echtzeit“ handele es sich aber nicht um ein neues Heft, sondern vielmehr um Gesprächsanregungen, betonte Pastor Jochen Hårdter, Leiter des Religionspädagogischen Instituts (RPI) der Freikirche in Deutschland und der deutschsprachigen Schweiz. Man könne nichts bestellen oder abonnieren. Zum Download werde es je

eine DIN A 4-Seite für Jugendliche und eine für Gesprächsleiter jeweils als pdf-Datei geben. „echtzeit“ behandle immer das jeweilige Thema des „Studienheftes zur Bibel“ für Erwachsene. Allerdings werde nicht die gesamte Thematik des Erwachsenenheftes beleuchtet, sondern ein Zielgedanke herausgearbeitet, der für Jugendliche von besonderem Interesse sein könnte. Dadurch sollten Jugendliche im Umgang mit der Bibel und an die Gesprächsgruppen der Erwachsenen herangeführt werden.

Die 16- bis 19-Jährigen würden also zunächst ein pdf-Dokument vorfinden, das sie öffnen, herunterladen und bei Bedarf auch ausdrucken könnten, erläuterte Händter. Dort fänden sie im Wesentlichen vier Bereiche: Neben dem Zielgedanken relevante Bibelstellen (direkt verlinkt auf bibelserver.com), Hintergrundinformationen zum Thema (etwa Geschichtliches) und dann das Thema selbst. Zudem werde es ein interaktives „echtzeit“-Forum geben. Hierüber könnten sich Jugendliche über die Grenzen der eigenen Ortsgemeinde hinweg schon während der Woche über das Thema austauschen oder im Anschluss daran ihre Erfahrungen mitteilen. Ausgehend vom pdf-Dokument, werde es diverse Links geben, die zum Forum führten oder aber auch, je nach Thema, zu einer Meinungsumfrage. „Dadurch kann ein Jugendlicher seine eigene Meinung mit der Meinung anderer vergleichen beziehungsweise sich eine solche bilden“, so Händter. Der aktuelle Stand solcher Umfragen könne immer wieder eingesehen werden.

Auch Gesprächsleiter könnten auf den interaktiven Bereich zurückgreifen. Die Gesprächsanleitung für sie enthalte den Zielgedanken, konkrete Gestaltungsvorschläge und mögliche Fragen. „echtzeit“ solle die 16- bis 19-Jährigen, die es in ihren Ortsgemeinden oft schwer hätten, den Übergang in die Erwachsenenwelt zu schaffen, unterstützen und sie in das Bewusstsein der Älteren zu rücken, betonte Händter.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Spanische Adventisten begrüßen Gewaltverzichtserklärung der ETA

Madrid/Spanien, 24.10.2011/APD „Nach 52 Jahren ETA-Gewalt und -Terror sind wir erleichtert und froh für die Gewaltverzichtserklärung“ der baskischen Untergrundbewegung ETA (Euskadi Ta Askatasuna) vom 20. Oktober, sagte Pastor Jesús Calvo, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Spanien, in einer offiziellen Stellungnahme der Kirche. Die Anwendung von Gewalt sei unter keinen Umständen zu rechtfertigen.

„Wir sind betrübt über den hohen Preis von 829 Todesopfern, der dafür bezahlt wurde“, betonte Calvo. Die Folge davon seien „unsägliches seelisches und körperliches Leiden, zerbrochene Träume, erschüttertes Vertrauen und eine zerstörte Zukunft“.

Laut Calvo habe diese Erfahrung zwei fundamentale Erkenntnisse bewusst gemacht: Wie man mit jenen umgehen müsse, die Gewalt und Drohungen anwendeten, und wie man mit jenen zusammenleben könne, die eine andere Meinung hätten.

„Ich schätze die Einheit, den Mut und die Ausdauer der spanischen Gesellschaft während den 52 Jahren des ETA-Terrorismus“, hob Pastor Calvo hervor. Die Adventisten unterstützten die Bemühungen zur Förderung der Einheit und

lehnten Gewaltanwendung entschieden ab.

Die Mitglieder seiner Kirche beteten um den Erhalt des gegenseitigen Respekts, des Friedens und der Wertschätzung, so Calvo. Er hoffe auch, dass gemeinsam eine bessere Gesellschaft gebaut werden könne, um in Frieden und Harmonie zusammenzuleben.

In Spanien gibt es 15.244 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 105 Gemeinden, die von 71 Pastoren betreut werden. Die dortige Freikirche unterhält ein Theologisches Seminar, ein Gymnasium, eine Mittelschule, vier Grundschulen, ein Gesundheitswerk, ein Altenheim, ein Verlagshaus, ein Medienzentrum mit Fernseh- und Radiostudios sowie eine Rundfunk- und TV-Station in Valencia.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Keine Frauen als regionale Kirchenleiterinnen bei Adventisten

Silver Spring, Maryland/USA, 23.10.2011/APD Der rund 300 Mitglieder aus aller Welt umfassende Exekutiv-Ausschuss der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten hat während seiner Jahressitzung in Silver Spring, Maryland/USA, es mehrheitlich abgelehnt, dass Frauen die Freikirche auf regionaler Ebene als Präsidentin leiten dürfen.

Nach einer lebhaften, sechsstündigen Diskussion stimmten 117 Personen dafür und 167 dagegen. Laut dem Onlinedienst „Adventisten heute“ hatten die Nordamerikanische und Transeuropäische Abteilung („Division“) der Freikirche beantragt, in ihren Gebieten auch Personen als Vereinigungs- und Verbandsvorsteher wählen zu dürfen, die keine ordinierten Pastoren sind, so auch Frauen.

Die Adventisten sind als weltweite Kirche folgendermaßen organisiert: Mehrere Ortsgemeinden bilden eine „Vereinigung“ (etwa Deutschschweizerische Vereinigung) und mehrere Vereinigungen einen „Verband“ (etwa Norddeutscher Verband). Die Verbände vereinigen sich in der „Generalkonferenz“ als Weltkirchenleitung, die für geografische Gebiete auf kontinentaler Ebene Abteilungen, „Divisionen“ genannt, unterhält. Zur Zeit gibt es weltweit 575 Vereinigungen, 114 Verbände und eine Generalkonferenz mit 13 Divisionen.

Es ginge bei dem Antrag nicht um das Thema Ordination von Frauen zum Pastorenamt, stellte der Präsident der nordamerikanischen Adventisten, Pastor Dan Jackson, klar, sondern darum, Fachkräfte, so auch Frauen, in das Präsidentenamt von Vereinigungen und Verbänden berufen zu dürfen, die für geistliche Führungsaufgaben beglaubigt, aber nicht zum Pastorenamt ordiniert seien. Ähnlich äußerte sich der Präsident der nordeuropäischen Adventisten, Pastor Bertil Wiklander, und fügte hinzu, immer mehr junge Menschen in Europa würden es als diskriminierend betrachten, dass Frauen in der adventistischen Kirche der Weg zu Leitungspositionen versperrt bliebe.

Die Vertreter aus afrikanischen Ländern seien in ihrer Ablehnung der Anträge von Pastor Ted Wilson, dem Generalkonferenzpräsidenten, unterstützt worden, so „Adventisten heute“. Zu den Befürwortern, die sich öffentlich äußerten, hätten unter anderem der ehemalige Generalkonferenzpräsident Jan Paulsen, der Vorsteher der Freikirche in den Niederlanden, Pastor Wim Altink, der

Präsident des Baltischen Verbandes, Pastor Valdis Zigalvis, und Ella Smith Simmons, die erste als Vizepräsidentin der Weltkirche gewählte Frau, gehört.

Die Afroamerikanerin und Pädagogin Simmons war während der Weltsynode der Adventisten 2005 in St. Louis/USA überraschend zu einer der neun Vizepräsidenten der Weltkirchenleitung gewählt und bei der Weltsynode 2010 in Atlanta/USA wiedergewählt worden. Doch zwei Tage nach der Wahl der Afroamerikanerin in St. Louis beschlossen die rund 2.000 Delegierten aus aller Welt mehrheitlich, dass der Präsident der Generalkonferenz ein „ordinierter, erfahrener Geistlicher“ sein müsse. Damit sei das höchste Amt in der weltweiten Kirche für Frauen nicht möglich.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Sieben-ten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Während die Ordination von Pastoren weltweit innerhalb der Freikirche Gültigkeit hat, können Frauen als Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung vornahm. Die Weltsynoden der Adventisten 1990 in Indianapolis/USA und 1995 in Utrecht/Niederlande hatten die Ordination von weiblichen Geistlichen mehrheitlich abgelehnt. Die Zulassung von Frauen, die als ordinierte Pastorinnen amtieren, ist außerhalb von Nordamerika, Westeuropa, China und Australien/Ozeanien, wo nur etwa 13 Prozent der weltweit rund 17 Millionen erwachsen getauften Mitglieder leben, äußerst umstritten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Christen für chinesische Wirtschaft immer wichtiger

Wuppertal, 21.10.2011/APD Christliche Unternehmer spielten in der chinesischen Wirtschaft eine immer größere Rolle. Durch das rasante Wachstum des Christentums im bevölkerungsreichsten Land der Welt gäbe es inzwischen Firmen mit mehreren tausend Mitarbeitern, die von Christen nach biblischen Prinzipien geleitet würden. Das berichteten der Geschäftsführer des Verbands „Christen in der Wirtschaft“, Timo Plutschinski (Wuppertal), und der Unternehmer Karl Schock (Schorndorf bei Stuttgart) nach ihrer Rückkehr von einer Wirtschaftskonferenz in China, zu der sie als Redner eingeladen waren.

Nach Schocks Angaben sei in der Acht-Millionen-Einwohner-Stadt Shenyang nahe der nordkoreanischen Grenze bereits eine Akademie für christliche Führungskräfte im Bau. In den Gebäuden auf dem 230 Hektar großen Gelände sollten Christen lernen, wie sie chinesische Firmen und Abteilungen erfolgreich führen und gleichzeitig christliche Werte leben und weitergeben könnten. Die christlichen Unternehmer förderten Integrität und Gerechtigkeit in der vom Kapitalismus geprägten chinesischen Wirtschaft. In China beschäftigten christliche Unternehmer schon heute zahlreiche Firmenseelsorger, die sich ausschließlich um das geistliche Wohl der Mitarbeiter kümmerten.

Regierungsbeamte hätten den christlichen Unternehmertag in Hangzhou eng überwacht, aber nicht eingegriffen, teilte Plutschinski mit. Insgesamt sei die Freiheit der Christen im Land in den vergangenen Jahren angestiegen. Die Regierung wache allerdings genau darüber, dass christliche Bewegungen nicht vom Ausland gesteuert würden, sondern aus dem Land

selbst kämen. Laut Plutschinski und Schock hätten die Veranstalter der Wirtschaftskonferenz „erstaunlich offen über das Evangelium und die Notwendigkeit des Glaubens an Jesus Christus“ gesprochen. Für 2012 sei erneut eine Delegationsreise von christlichen Führungskräften aus Deutschland nach China geplant.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wie die Deutschen dem Altenheim entgehen wollen

Berlin, 20.10.2011/APD Die Deutschen möchten möglichst in den eigenen vier Wänden und nicht in einem Pflegeheim alt werden. Neun von zehn Bundesbürgern wollen im Alter Hilfsmittel und Dienstleistungen, wie ambulante Pflege, Hausnotruf oder eine altersgerechte Ausstattung der Wohnung nutzen, um so den Umzug in ein Heim zu vermeiden. Das ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Auch in der Betreuung durch die Familie sähen die Deutschen eine Alternative zum Pflegeheim. Sieben von zehn Bundesbürgern vertrauten darauf, dass im Alter ihre Familienangehörigen regelmäßig nach dem Rechten schauen würden. Diese Erwartung sei aber je nach Lebensalter unterschiedlich groß: Während 84 Prozent der jüngeren Befragten zwischen 18 und 29 Jahren später auf Hilfe durch Angehörige hofften, teilten nur noch 64 Prozent der über 60-Jährigen diese Zuversicht.

Zwei Drittel der Umfrageteilnehmer könnten sich vorstellen, einen ambulanten Pflegedienst zur Unterstützung zu beauftragen. Neben der Entlastung durch Pflegedienste schätzten 86 Prozent der Befragten ein Hausnotrufgerät als wichtige Hilfe für das altersgerechte Wohnen ein. Drei von vier Bundesbürgern seien der Meinung, dass ein Hausnotrufgerät den Umzug ins Pflegeheim verzögern könne oder sogar unnötig mache. Als weitere wichtige Unterstützung im Alter seien Fahrdienste, Einkaufshilfen und Mahlzeitendienste genannt worden.

Die ausführlichen Umfrage-Ergebnisse können per E-Mail unter medien@johanniter.de angefordert werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Christlicher Gesundheitspreis erneut ausgeschrieben

Kassel, 19.10.2011/APD Zum 2. Mal ist der Christliche Gesundheitspreis ausgeschrieben worden. Er zeichnet Initiativen aus Gesundheitswesen und Kirche aus. Dabei handelt es sich um einen Anerkennungs- und Förderpreis, mit dem die Zusammenarbeit von Einrichtungen des Gesundheitswesens und christlichen Gemeinden oder geistlichen Gemeinschaften honoriert werden soll.

Der erste Preis ist mit 2.000 und der zweite Preis mit 1.000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2012.

Verliehen wird der Preis am 24. März 2012 im Rahmen des 3. Christlichen Gesundheitskongresses in Kassel. Den ersten Preis hatte 2010 das Albertinen-Diakoniewerk in Hamburg mit einer Initiative zur Begleitung von Eltern stillgeborener Kinder (Totgeburten) erhalten. Den zweiten Preis teilten sich das „Wochenende für Kranke“ von „Christen im Gesundheitswesen“, Aumühle bei Hamburg, und das „Zentrum für Gesundheit – Therapie – Heilung“, Karlsruhe.

Weitere Informationen zum Gesundheitskongress und zur Ausschreibung sind im Internet unter www.christlicher-gesundheitskongress.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Religionsgemeinschaften und Diplomaten in der Ukraine im Gespräch

Kiew/Ukraine, 18.10.2011/APD Am 6. Oktober, anlässlich des 15. Jahrestags der Gründung des „Ukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen“ (AUCCRU), trafen sich zum Austausch über „Fragen gemeinsamen Interesses“ die religiösen Leiter von Mitgliedsorganisationen des Rates mit Diplomaten aus sieben Ländervertretungen in Kiew, wie das Institut für Religionsfreiheit in der ukrainischen Hauptstadt berichtete.

Die Vertreter der Religionsgemeinschaften hätten in ihren

Beiträgen die internationalen Aktivitäten des AUCCRU thematisiert, einschließlich der geistlichen, sozialen und psychologischen Unterstützungsmöglichkeiten für ukrainische Migranten im Ausland sowie die Vereinfachung der Visaregelungen zwischen der Ukraine und ausländischen Staaten.

Die Diplomaten bezeichneten laut dem Institut für Religionsfreiheit den „Ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ als gutes Beispiel für eine erfolgreiche Selbstorganisation der Zivilgesellschaft. Die Mitglieder des diplomatischen Corps hätten zudem die Wichtigkeit einer gemeinsamen Position der ukrainischen Glaubensgemeinschaften bei der Entwicklung demokratischer Grundsätze im Dialog zwischen dem ukrainischen Staat und den Religionen betont. Die Diplomaten hätten die Mitglieder des Rates ermutigt, sich für die Korruptionsbekämpfung einzusetzen und hohe moralische Werte in der Gesellschaft zu verankern.

An der Sitzung nahmen Botschafter sowie außerordentliche und bevollmächtigte Vertreter folgender Staaten teil: John Tefft (USA), G. Daniel Caron (Kanada), Jacques Faure (Frankreich) sowie Repräsentanten von Deutschland, Polen, Israel und des Vatikans.

Auf Seiten des AUCCRU hätten folgende Personen ein Kurzreferat gehalten: Filaret, Patriarch von Kiew und der All-Russischen-Ukraine sowie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche; Sviatoslav (Shevchuk), Erzbischof der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche; Vyacheslav Nesteruk, Vorsitzender der All-Ukrainischen Union der evangelisch-christlichen Baptistenkirchen; Yakov Dov Bleich, Oberrabbiner von Kiew und der Ukraine, Präsident der Union der jüdischen religiösen Organisationen in der Ukraine; Erzpriester Mykolai Danylevych, Sekretär der Abteilung für externe Kirchenbeziehungen der Ukrainisch Orthodoxen Kirche, Moskauer Patriarchat, sowie Mykhailo Panochko, Bischof der Kirche der Christen evangelischen Glaubens (Pfingstkirche) in der Ukraine.

An der Konferenz hätten zudem folgende Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften teilgenommen: Pastor Victor Alekseenko, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Ukraine; Mykola Salamakha, Bischof der Ukrainisch Christlichen Evangeliumskirche; Vyacheslav Horpynchuk, Bischof der Ukrainischen Lutherischen Kirche; Volodymyr (Cherpak), Bischof der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche; Vasyl Raychinets, Presbyter der Union der Freikirchen von Christen evangelischen Glaubens in der Ukraine; Hryhoris Buniatyan, Erzbischof der Armenischen Apostolischen Kirche der Ukraine; Ralph Huska, Pastor der Kiewer Gemeinschaft der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche in der Ukraine, und Rustam Gafurov, Vertreter der geistlichen Leitung der Muslime in der Ukraine.

Der „Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ (AUCCRU)

Der AUCCRU sei im Dezember 1996 auf Initiative des damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kuchma gegründet worden, so der „Religiöse Informationsdienst der Ukraine“ (RISU). Demnach sind im AUCCRU 19 Vertreter der orthodoxen und protestantischen Kirchen, der römisch-katholischen Kirche sowie des Judentums und des Islam vertreten. Bei den Beratungen des Gremiums gehe es nicht um theologische Sachfragen, sondern um die Erarbeitung von Lösungen und Vorschlägen für praktische Fragen des Miteinanders. So habe der AUCCRU 2006 beispielsweise eine Erklärung zu den Spannungen verabschiedet, welche die Sprachensituation in der Ukraine hervorgerufen hätte und vor ernsthaften politischen oder gesellschaftlichen Spaltungen gewarnt. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Ukraine ist Mitglied des AUCCRU.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Verantwortung übernehmen, weil es um unsere gemeinsame Zukunft geht"

Hochschule Friedensau verleiht 36 Absolventen akademische Grade

Friedensau bei Magdeburg, 17.10.2011/APD In diesem Monat werde weltweit die Grenze von sieben Milliarden Menschen überschritten, stellte Matthias Graner (Burg bei Magdeburg), SPD-Landtagsabgeordneter von Sachsen-Anhalt, in seiner Festansprache zur Verleihung akademischer Grade der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg fest. Es gelte deshalb, noch mehr dafür zu sorgen, dass Konflikte nicht eskalierten, sondern beherrschbar blieben.

Unsere Welt befinde sich in einem globalen Umbruch und der damit verbundenen Unsicherheit, so Graner. Die gegenwärtige Schuldenkrise mache deutlich, dass etwas nicht in Ordnung sei. Daher gäbe es in vielen Städten Demonstrationen gegen die Banken und den Kapitalismus. Auch in der Vergangenheit seien Bewegungen gewachsen, weil sie gegen etwas waren. Doch bei derartigen Protesten gäbe es kaum Aussagen, welche Alternativen verfolgt werden sollten. Wut und Zorn über die bestehende Lage müssten kanalisiert werden, um die Kräfte für die Aufgaben der Zukunft zu nutzen.

Graner wies darauf hin, dass politisches Engagement nicht nur in den Parteien stattfinde, sondern beispielsweise auch bei den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Dass gerade Christen Verantwortung für diese Welt übernehmen sollten, stehe schon

im Neuen Testament. Matthias Graner, der in der SPD-Landtagsfraktion auch Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften ist, erinnerte an die Bergpredigt, in der Jesus einen Menschen erwähne, der „hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit“. Diese Aussage habe auch eine politische Dimension. Ebenso, wenn Christus sage: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Der Politiker forderte deshalb die Absolventen auf, sich Gedanken über ihre Rolle in der Gesellschaft zu machen. Es gelte Verantwortung zum Wohl der Menschen in dieser Welt zu übernehmen, „weil es um unsere gemeinsame Zukunft geht“.

Insgesamt wurden 36 Studierende aus zehn Ländern in den Bereichen Theologie und Sozialwesen mit einem B.A. oder M.A. graduiert. Professor Dr. Horst Rolly, Dekan des Fachbereiches Christliches Sozialwesen der Hochschule Friedensau, überreichte acht Absolventinnen und Absolventen die Urkunden eines Bachelors of Arts in Social Work (Soziale Arbeit) und elf weiteren das Dokument eines Masters of Arts in International Social Sciences (Internationale Sozialwissenschaften). Sechs von ihnen kamen aus Österreich, Ghana, Ruanda, Kenia, den Philippinen und Myanmar.

Dr. Johannes Hartlapp, Dekan des Fachbereiches Theologie, verabschiedete zwei Bachelors und elf Masters of Arts in Theologie sowie vier Masters of Arts in Theological Studies. Letzere stammen aus Tansania, Burundi, Kenia und Nigeria. Außerdem erhielt der Student in Internationalen Sozialwissenschaften, Kwaku Ahin-Sam aus Ghana, den mit eintausend Euro dotierten Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), nicht nur für hervorragende akademische Leistungen, sondern auch für das Engagement in seinem sozialen Umfeld.

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kardinal Kurt Koch: Neuevangelisierung gelingt nur bei Kircheneinheit

Wien/Österreich, 16.10.2011/APD Für einen Gleichschritt von Ökumene und Neuevangelisierung hat sich Kurienkardinal Kurt Koch ausgesprochen, wie „Kathpress“, Katholische Presseagentur Österreich, meldet. Die Ökumene als aktive Suche nach der Kircheneinheit und die Neuevangelisierung Europas seien gewissermassen „Zwillingschwestern“. Überzeugend könne die Kirche das Evangelium heute nur verkünden, wenn sie „mit einer Stimme spricht“, betonte der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen bei einem Vortrag im Stift Heiligenkreuz bei Wien, anlässlich der Eröffnung des Semesters der stiftseigenen Philosophisch-Theologischen Hochschule. Laut Kardinal Koch könne heute „die Neuevangelisierung nur mit einem ökumenischen Notenschlüssel glaubwürdig wahrgenommen werden“.

Die weiterhin bestehende Spaltung der Kirche sei ein „Skandal“, der „der Glaubwürdigkeit der Kirche schadet“, so Koch. Eine Überwindung der Spaltung könne etwa durch eine neue Konzentration auf eine gemeinsame Linie in ethischen Fragen gelingen oder in einer Besinnung auf eine „Ökumene der Märtyrer“. So hätten gerade die christlichen Märtyrer durch ihr Lebenszeugnis – etwa in den Konzentrationslagern des letzten Jahrhunderts – zugleich ein Zeugnis von der Einheit der Christenheit gegeben.

Im Weiteren unterstrich der Kardinal laut „Kathpress“, dass

das Projekt der Neuevangelisierung gerade auch in der zentralen Konzentration der Gottesfrage auf die Ökumene verweise: „Heute ist es die Gottesfrage, die viele Menschen bewegt und die damit auch an die ökumenischen Türen klopft.“ Angesichts einer weitgehenden Verdrängung der Kirchen aus der Öffentlichkeit und einer zugleich auftretenden „neuen Götterdämmerung“ in Form einer „Vergötzung irdischer Wirklichkeiten“ sei eine „Neuevangelisierung in ökumenischer Offenheit“ massiv gefragt. Etwa bei der Verteidigung der Menschenwürde oder im Lebensschutz.

Ökumenischer Gleichschritt in ethischen Fragen

Gerade im Bereich des Lebensschutzes gebe es in jüngster Zeit jedoch „massive Spannungen“. So in der unterschiedlichen Bewertung der neuen biomedizinischen technischen Möglichkeiten. „Neuevangelisierung ist nur dann ökumenisch möglich, wenn die christlichen Kirchen sich gemeinsam insbesondere den biomedizinischen Revolutionen stellen“, sagte Koch. Wo die Kirche nicht geeint das Leben verteidige, drohe nach einem öffentlich zelebrierten „Tod Gottes“ schließlich „der Tod des Menschen“, mahnte der Kardinal.

Der im Vatikan für Ökumenefragen zuständige Kardinal Koch habe daran erinnert, dass der tiefe Zusammenhang von Ökumene und Neuevangelisierung bereits vor rund 100 Jahren bei der ersten Weltmissionskonferenz 1910 im schottischen Edinburgh unterstrichen worden sei. Damals freilich noch vor dem Hintergrund einer negativen Wertung des Begriffs der Mission aufgrund einer Vermischung mit Kolonialisierung und Imperialismus. Heute gelte es dagegen, einen positiven Missionsbegriff zurückzugewinnen und Mission als einen „freiheitlichen Vorgang der Kommunikation“ und als einen „belebenden Dialog“ zu verstehen.

Dass das Ziel allen christlichen Strebens die Einheit der Kirche sein müsse, sei letztlich nicht nur katholischerseits in den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils klar festgehalten, so Koch weiter. Auch der evangelische Theologe

Wolfgang Pannenberg habe immer wieder darauf hingewiesen, dass die Reformation des 16. Jahrhunderts immer noch „vollendet“ werden müsse, und zwar in der Wiederherstellung der christlichen Einheit. Denn, so Koch im Anschluss an Pannenberg, die Kirchenspaltung in Folge der Reformation habe erst einem Säkularismus Tür und Tor geöffnet, der die Kirchen in der Öffentlichkeit marginalisiert und Religion ins Private verdrängt habe. „Die Überwindung der Spaltung ist daher auch die Voraussetzung zur Wiedererlangung der öffentlichen Bedeutung der Kirchen“, so Koch.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neues Semester in Friedensau beginnt mit drei neuen Professoren

Friedensau bei Magdeburg, 15.10.2011/APD Die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg startet mit drei neuen Professuren für die Bereiche Musiktherapie, Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie Kinder- und Jugendseelsorge in das Wintersemester 2011/12.

Zur Professorin für Musiktherapie wurde Dr. sc. mus. Petra Jürgens, zur Professorin für Gesundheits- und Pflegewissenschaften Dr. phil. Margarete Reinhart und zum Professor für Kinder- und Jugendseelsorge/Psychotherapie Dr. phil. Thomas Steininger von der Ministerin für Wissenschaft

und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Professorin Dr. Birgitta Wolf, ernannt.

Professorin Jürgens lehrt seit 1998 an der Theologischen Hochschule Friedensau. Sie ist Leiterin des Instituts für Musiktherapie Berlin und des Instituts für Musiktherapie an der Hochschule. Außerdem leitet sie in Friedensau den neu eingeführten Masterstudiengang Musiktherapie.

Professorin Reinhart lehrt seit 2009 Gesundheits- und Pflegewissenschaften an der Theologischen Hochschule. Neben einer weiteren Lehrtätigkeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, ist sie Vorstandsvorsitzende des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe Nordost e.V. und Mitglied im Deutschen Bildungsrat für Pflegeberufe.

Professor Steininger lehrt seit 2000 in Friedensau und leitet dort das Institut für seelische Gesundheit im Kindes- und Jugendalter. Er ist außerdem als niedergelassener Kinder- und Jugendpsychotherapeut in Darmstadt tätig.

Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule. Sie hat die Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Mühlenrahmede

Altena/Westfalen, 14.10.2011/APD Das Bergheim Mühlenrahmede der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bei Altena im Sauerland feierte am 8. Oktober das 50-jährige Bestehen. Am 7. Oktober 1961 wurde die Erholungs- und Tagungsstätte nach zweijähriger Bauzeit eingeweiht. Der Bürgermeister der Stadt Altena, Dr. Andreas Hollstein, sprach in seinem Grußwort die gute Zusammenarbeit an. Besonders dankbar sei er der Heimleitung für die unbürokratische Aufnahme von Opfern im Bergheim nach Brandkatastrophen.

Das Bergheim werde nicht nur für Freizeiten von Kindern, Pfadfindern, Jugendlichen und Gemeinden sowie Tagungen von Leitungsgremien und Arbeitskreisen der Freikirche genutzt, betonte Pastor i. R. Walfried Eberhard, früherer Sekretär (Geschäftsführer) der nord- und ostdeutschen Adventisten, beim Vortrag der Chronik während der Jubiläumsfeier. So nutzten auch verschiedene christliche Gruppen, Schulklassen und Privatpersonen, etwa für eine Familienfeier, das Haus. Während der großen Sturmflut 1962 in Hamburg hätten Flutopfer im Bergheim Aufnahme gefunden und seien von Bürgern aus Altena und Umgebung mit Kleidung und Nahrungsmitteln versorgt worden.

Das Grundstück sei 35.000 Quadratmeter groß, informierte Eberhardt. Im Hauptgebäude mit seinen drei Etagen, befänden sich 15 Einzel-, 14 Doppel- und elf Mehrbettzimmer mit insgesamt 104 Betten sowie verschiedene Tagungsräume und sonstige Räumlichkeiten. Zum Gelände gehörten je ein Volleyball-, Sport- und Kinderspielplatz, ein überdachtes, solar beheiztes Außenschwimmbad, eine Lagerfeuerstelle, ein Tiergehege sowie ein Wald- und Wiesengelände mit erlebnispädagogischem Parcours. Das Bergheim verzeichnet 11.500 Übernachtungen pro Jahr und wird alkohol- sowie nikotinfrei geführt.

In der fünfzigjährigen Geschichte der Freizeit- und

Tagungsstätte hätte nur fünfmal die Heimleitung gewechselt. Seit nunmehr 27 Jahren prägten Eva und Reinhard Fuchs den Charakter des Bergheims. „Es ist dem Ehepaar Fuchs gelungen, eine familiäre Atmosphäre zu schaffen, in der die Gäste sich wohlfühlen“, betonte Eberhardt. Bisher hätten dort Zivildienstleistende einen guten Dienst getan. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) könne auch im Bergheim geleistet werden.

Weitere Informationen zur Tagungsstätte sind im Internet unter www.bergheim-muehlenrahmede.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Weltkirchenpräsident der Adventisten 2012 in Volksrepublik China

Delegation des Chinesischen Christenrates hilft bei Reiseplanung

Silver Spring, Maryland/USA, 13.10.2011/APD Zum zweiten Mal war eine Delegation der „Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung der Protestantischen Kirche“ (TSPM) und des „Chinesischen Christenrates“ (CCC) Anfang Oktober Gast im Verwaltungsgebäude der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA. Bereits im Juni/Juli letzten Jahres besuchte eine Gastdelegation von Vertretern der TSPM und des CCC die Weltsynode der Adventisten in Atlanta, Georgia/USA, und überbrachte anschließend in

Silver Spring dem Präsidenten der Generalkonferenz, Pastor Ted N. C. Wilson, die Einladung zu einem offiziellen Besuch in die Volksrepublik China. Diesmal sei es um die Vorbereitung der Reise von Wilson und einer kleinen Delegation im März/April nächsten Jahr gegangen, teilte „Adventist News Network“ (ANN) mit.

Pastor Wilson dankte den Gästen für ihre Hilfe bei den Reiseplanungen. „Wir sind dankbar, dass wir diesen Kontakt haben und mittels des Chinesischen Christenrates, der offiziellen Organisation der Protestanten, adventistische Gläubige besuchen können.“ Der Leiter der chinesischen Delegation, Pfarrer Shen Xuebin, Vorsitzender des Schanghai Komitees der TSPM, habe laut ANN darauf hingewiesen, dass es in der Volksrepublik etwa 23 Millionen protestantischer Christen gebe. „Christen stellen dennoch eine Minderheit in China dar. Die meisten Menschen sind dort Atheisten“, so Shen.

Die Adventisten sind in der Volksrepublik China eine wachsende Religionsgemeinschaft mit etwa 400.000 Gläubigen in rund 4.000 Gemeinden, einschließlich sogenannter „Hauskirchen“. 1958 übernahm zwar die Patriotische Protestantische Drei-Selbst-Bewegung (TSPM) mit ihren Prinzipien Selbstunterhaltung, Selbstverwaltung und Selbstverbreitung für alle protestantischen Kirchen die Verantwortung, sodass die einzelnen Konfessionen ihre Eigenständigkeit verloren. Die chinesischen Adventisten feiern jedoch nicht wie andere Protestanten den Gottesdienst am Sonntag, sondern nach wie vor am Samstag, dem biblischen Sabbat, und behielten ihre Identität.

Der 1980 gegründete Chinesische Christenrat (CCC) versteht sich als Dachorganisation und Dienstleistungseinrichtung für die Protestanten in der Volksrepublik einschließlich der drei evangelischen Denominationen die „Wahre Kirche Jesu“, die „Kleine Herde“ und die Siebenten-Tags-Adventisten, die sich nur partiell mit dem CCC verbunden fühlen. Diese drei Kirchen haben auch in der sogenannten „post-konfessionellen“

Einheitsphase weitgehend ihre theologische Unabhängigkeit bewahrt.

Während die Generalkonferenz schon seit Mitte der 1990er Jahre Kontakt mit dem CCC und der TSPM hat, war es 2010 das erste Mal, dass die beiden Organisationen Gäste zu einer adventistischen Weltsynode entsandten und anschließend im Verwaltungssitz der Weltkirchenleitung in Silver Spring empfangen wurden. Bereits im Mai 2009 nahm Wilsons Vorgänger, Pastor Jan Paulsen, als erster Generalkonferenzpräsident eine Einladung in die Volksrepublik China wahr. Dabei kam es in Schanghai zu einer Begegnung mit dem Präsidenten des Chinesischen Christenrates, Pfarrer Gao Feng. Während der einwöchigen China-Reise waren Paulsen und seine Delegation auch in Shenyang und Peking. Sie besuchten das Staatliche Büro für Religiöse Beziehungen, die protestantischen theologischen Seminare Nordost und Yanjing, verschiedene Christenräte und drei adventistische Gemeinden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Menschen vor Politik – 20 Hilfswerke fordern freien Zugang in Somalia

Zürich/Schweiz, 12.10.2011/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat zusammen mit 19 weiteren Hilfswerken und Nichtregierungsorganisationen (NRO) am 30. September in einem offenen Brief an die

Konfliktparteien in Somalia appelliert und sie aufgefordert, ihre politischen Interessen der Not der Menschen unterzuordnen, teilte ADRA Schweiz mit.

Die unterzeichnenden Organisationen forderten darin die sofortige und vollständige „Einstellung der Feindseligkeiten in ganz Somalia“, betonten die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs, um Leben zu retten und forderten die verschiedenen Parteien auf, den Hilfswerken freien Zugang für die unparteiische Hilfsgüterverteilung und zu den Bedürftigen zu ermöglichen, so ADRA. Die humanitären Werke müssten ihre Hilfsmaßnahmen ausbauen und zusätzliche erfahrene Mitarbeiter anstellen sowie die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Wasser und Medikamenten stillen können.

Laut ADRA hätten die Vereinten Nationen sechs Regionen Somalias zu Hungersnotgebieten erklärt. Schätzungsweise 750.000 Menschen in dem ostafrikanischen Land seien akut vom Tod bedroht. Eine Gruppe von Aufständischen versuche westliche Hilfsorganisationen aus dem Land zu vertreiben und verhindere gleichzeitig die Flucht von hungernden Somaliern ins benachbarte Kenia und Äthiopien. Während der kommenden Wochen und Monaten befürchteten die humanitären Organisationen Tausende von Opfern bei den unterernährten Menschen, die keinen Zugang zu Hilfsleistungen hätten, so ADRA. Mit dem Beginn der Regenzeit „Deyr“ im Oktober müsse auch mit der Ausbreitung von Cholera, Masern und Malaria gerechnet werden. Vermehrte humanitäre Maßnahmen seien notwendig, um das Schlimmste zu verhindern.

Die Einsätze von ADRA in Somalia erfolgten unter schwierigsten Umständen, berichtete das Hilfswerk. Dennoch leiste ADRA der somalischen Bevölkerung weiterhin Hilfe, soweit es die Umstände zuließen.

Folgende Organisationen haben den offenen Brief unterzeichnet: ACF International, Action Africa Help – International (AHHI), ADRA, Caritas Switzerland, Danish Refugee Council (DRC),

Family Empowerment and Relief Organization (FERO), Finn Church Aid (FCA), Group for Transcultural Relations (GRT), HIRJA Somalia, Integrated Development Focus (IDF), International Rescue Committee, Somalia (IRC), KAALO Relief and Development, Mines Advisory Group (MAG), Medecins du Monde France (MDM), Mubarak for Relief and Development Organisation (MURDO), OXFAM, SAREDO, Veterinaires Sans Frontieres – Germany (VSF G), WASDA und World Vision (WVI).

ADRA Somalia ist seit 1992 als Hilfswerk im Land tätig und hat bisher mehr als 50 Projekte in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, erneuerbare Energie, Infrastruktur, Bildung, Nothilfe, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Hygiene sowie Wasser durchgeführt. Aufgrund der Bürgerkriegssituation in Somalia befindet sich das ADRA-Landesbüro in Nairobi/Kenia. Die Projekte werden von Mitarbeitern durchgeführt, die in Somalia stationiert sind. ADRA Somalia arbeitet mit acht lokalen Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ADRA engagiert sich für Hungernde in Ostafrika

Silver Spring, Maryland/USA, 12.10.2011/APD Am Horn von Afrika litten mehr als 13 Millionen Menschen unter der Dürre und hätten keinen gesicherten Zugang zu Lebensmitteln, berichtete OCHA, das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten.

Eine Erkundungsdelegation des Netzwerks der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA im Juli habe die Situation der Menschen in der Region Banadir als die verheerendste in Somalia eingestuft, so die Hilfsorganisation. Das Netzwerk, an dem auch die ADRA Büros von Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt seien, finanziere während fünf Monaten die Verteilung von Nahrungsmitteln in der Banadir Region in Zentral-Somalia. Familien erhielten in dieser Zeit ungefähr 60 Kilo Reis, 25 Kilo Bohnen und Erbsen, 10 Kilo Zucker, 3,5 Liter Speiseöl sowie jodiertes Salz.

ADRA habe auch Hilfsprojekte in Galmudug, der somalischen Zentralregion und in der nordöstlichen Region Nugal gestartet. Es würden Güter des täglichen Bedarfs verteilt, wie Plastikplanen, Schlafmatten, Decken, Moskitonetze, Wasserkanister und Chlortabletten. In Dürregebieten stelle das Hilfswerk Tanklastwagen für die Notfall-Wasser-versorgung zur Verfügung. Wasserstellen und ausgetrocknete Wasserzisternen seien repariert und überdacht worden, sodass den Bauernfamilien und deren Vieh sauberes Wasser zur Verfügung stehe. Zusätzlich werde die Ausbreitung von Infektionskrankheiten durch Ausbildung in Hygienemaßnahmen sowie durch den Bau von Latrinen, Waschgelegenheiten und Mülldeponien bekämpft.

Laut ADRA hätten in Kenia 3,75 Millionen Menschen begrenzten Zugang zu Nahrung, zudem seien schätzungsweise 350.000 Menschen mittelschwer oder schwer unterernährt. Das Hilfswerk versorge Kinder unter fünf Jahren in den Regionen Kasaala, El Wak und Mandera mit einer nahrhaften Mais-Soja-Mischung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Patienten mit Krankenhaus "Waldfriede" sehr zufrieden

Berlin, 11.10.2011/APD Das Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf gehört zu den besten Krankenhäusern der Hauptstadt. Laut Regionalausgabe Berlin der „Bild“-Zeitung, die sich auf die Patientenbefragung 2011 der Techniker Krankenkasse (TK) beruft, nehme „Waldfriede“ unter den 41 Kliniken der Stadt den sechsten Platz ein. Laut den Patienten liege die allgemeine Zufriedenheit mit dem Krankenhaus bei 81,5 Prozent. Zufrieden mit dem Behandlungsergebnis seien 79,1 Prozent, mit der medizinisch-pflegerischen Versorgung 78,5 Prozent, mit Information und Kommunikation 79,3 Prozent sowie mit Organisation und Unterbringung 74,2 Prozent der Befragten.

Da in allen fünf Bereichen „Waldfriede“ überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, erhielt es von der Techniker Krankenkasse den „TK-Klinikus“-Preis 2011/2012. Die Stärken des Krankenhauses seien laut TK die Betreuung durch die Pflegekräfte, die Zeit der Pflegekräfte und Ärzte für Patientenangelegenheiten, die verständliche Beantwortung von Patientenfragen durch die Ärzte sowie der Informationsaustausch zwischen Ärzten und Pflegekräften. Als bestes Krankenhaus in Berlin gelte laut Patientenbefragung der TK die Havelklinik in Berlin-Spandau. Mit nur 91 Betten handele es sich um ein kleines familiäres Haus, bei dem der eigene Arzt einweise, operiere und auch die Nachsorge übernehme. Der neue Klinikführer der TK ist im Internet unter www.tk.de/t-k/klinikfuehrer/114928 zu finden.

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen

Allgemeinchirurgie, Anästhesie, Brustzentrum, Gynäkologie und Geburtshilfe, Hand- und Fußchirurgie, Innere Medizin, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Intensivmedizin, Radiologie und den Zentren für Darm- und Beckenbodenchirurgie (Kolo-proktologie) sowie Diabetes und Diabetisches Fuß-Syndrom jährlich 9.000 Patienten stationär und 18.000 ambulant. Im letzten Jahr kamen dort rund 900 Babys zur Welt.

„Waldfriede“ ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin und europäisches Ausbildungszentrum für Operationstechniken in der Kolo-proktologie. Zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit hat das Krankenhaus im März 2008 eine Kooperationsvereinbarung mit der Florida-Hospital-Gruppe in Orlando/Florida (USA) geschlossen. Dadurch sind unter anderem ein regelmäßiger gegenseitiger Ärzteaustausch sowie die zusätzliche Fort- und Weiterbildung von medizinischem Personal möglich. In der „Waldfrieder“ Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege kann in Kooperation mit dem Fachbereich Christliches Sozialwesen der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg der Bachelor (B.A.) in „Gesundheits- und Pflegewissenschaften“ erlangt werden.

Die Klinik erhielt von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung das Zertifikat in Silber als „Rauchfreies Krankenhaus“. Sie wurde mit dem KTQ-Zertifikat für hohe Qualitätsstandards und mit dem Gütesiegel der Deutschen Krebsgesellschaft (DKD) bei Brustkrebs-Diagnosen ausgezeichnet. „Waldfriede“ gehört seit 1996 zum „Deutschen Netz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) verlieh dem Hospital das Gütesiegel „Energiesparendes Krankenhaus“. Es ist Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und im Deutschen Evangelischen Krankenhausverband sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Methodistin erhält Friedensnobelpreis

Zürich/Schweiz, 10.10.2011/APD Erstmals in der Geschichte der Ausrichtung des Friedensnobelpreises haben drei Vorkämpferinnen für die Frauen- und Menschenrechte gemeinsam den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten. Eine von ihnen, Ellen Johnson-Sirleaf, Harvardabsolventin und Präsidentin von Liberia, sei aktives Mitglied der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK), teilte die Kirche auf ihrer Website mit.

Johnson-Sirleaf habe den ihr zuerkannten Friedensnobelpreis als „riesige Überraschung“ bezeichnet, so die EmK. „Ich bin so überwältigt und aufgeregt, dass mir die Worte fehlen“, sagte die 72-Jährige in einem Telefoninterview am 7. Oktober mit dem norwegischen Rundfunksender NRK.

Auf dem Höhepunkt ihrer Karriere, bei der Vereidigung als erste Staatschefin Afrikas im Jahr 2006, meinte Johnson-Sirleaf: „Das öffnet die Tür für Frauen auf dem gesamten Kontinent und ich bin stolz darauf, dass ich diejenige bin, welche die Tür öffnet.“ Laut EmK gelte die Friedensnobelpreisträgerin als integer, unbeugsam und willensstark. Sie werde auch als „eiserne Lady“ bezeichnet. Die Aufgabe, die sie nach der Vereidigung als Präsidentin erwartet habe, sei alles andere als einfach gewesen. Die 1938 in Monrovia geborene Ökonomin habe die Zügel eines Landes in

die Hand nehmen müssen, das nach mehr als zehn Jahren Bürgerkrieg am Rande des Abgrunds stand. Eine der Prioritäten der vierfachen Mutter und achtfachen Großmutter habe von Anfang an in der Reintegration traumatisierter Ex-Kindersoldaten bestanden.

Ellen Johnson-Sirleaf habe laut EmK eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ nach südafrikanischem Vorbild eingerichtet, welche die Schreckenstaten des Bürgerkrieges untersuchen sowie Frieden und Stabilität in dem Krisenland wiederherstellen soll. Die Zeitschrift „Newsweek“ listete sie 2010 in die Top Ten der besten Staatschefs der Welt und der „Economist“ habe sie als beste Präsidentin bezeichnet, die Liberia je hatte.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Ökumenische Ernüchterung

Ökumenischer Lagebericht des Evangelischen Bundes 2011

Bensheim, 10.10.2011/APD Mit dem Ökumenischen Lagebericht legte der Leiter des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, Pfarrer Dr. Walter Fleischmann-Bisten, der Mitgliederversammlung des Evangelischen Bundes die Einschätzung der aktuellen ökumenischen Lage vor. Vom 6. bis 9. Oktober tagte die 103. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Hofgeismar.

Die Deutschland-Reise Papst Benedikts XVI. im September 2011 wertete Fleischmann-Bisten als „ernüchternd“. Dabei bezog er sich ausdrücklich auf die These der früheren EKD-

Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, sie erwarte von diesem Papst nichts in der Ökumene. Fleischmann-Bisten: „Man könnte allenfalls ergänzen: nichts außer ökumenischen Gesten und Hinweisen auf das bereits gemeinsam Erreichte und dessen Bewahrung.“ Ökumene habe eine Funktion im Dienst an den Menschen: „Ich meine aber, dass Erkenntnisse und Ergebnisse ökumenischer Dialoge zu einer Erleichterung des alltäglichen Umgangs unter Christen verschiedener Konfession werden sollten und könnten.“ In Abgrenzung zum Ökumenebeauftragten der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, Bischof Gerhard Ludwig Müller, stellte der Generalsekretär des Evangelischen Bundes fest: „Keinesfalls war die Begegnung des Papstes mit Vertreterinnen und Vertretern evangelischer Kirchen in Deutschland eine ‚Sternstunde der Ökumene‘.“

Mit dem Titel „Warum nicht auch mal nach Canossa?“ wies Fleischmann-Bisten auf die Notwendigkeit hin, im Zuge des Reformationsjubiläums 2017 die Frage nach der wechselseitigen Heilung der Erinnerungen neu zu stellen. Er erinnerte an den Kirchenhistoriker und früheren Präsidenten der Berliner Humboldt-Universität, Christoph Marksches, der meinte, durch eine positivere Beurteilung Luthers und kritischere Sicht der Reformation könnte das Jubiläum von 2017 ökumenisch begangen werden: „Wir könnten jeweils unsere Anteile an Schuld bekennen, aber auch würdigen, welche vorwärtsweisenden und befreienden Wirkungen aus ihr erwachsen sind.“ Auch der EKD-Ratsvorsitzende, Präses Nikolaus Schneider, habe sich bei der Begegnung mit dem Papst in Erfurt dafür eingesetzt, Erinnerungen an wechselseitige Verletzungen aus der Kirchenspaltung vor 500 Jahren zu heilen und Wege zur Aussöhnung zu eröffnen. Den Bekenntnisschriften der Reformation seien schon vor geraumer Zeit Anmerkungen mit klärenden Hinweisen beigefügt, welche die frühere Polemik trotz der bestehenden Lehrunterschiede als heute nicht mehr zeitgemäß bezeichneten. Fleischmann-Bisten formulierte seine Vision einer möglichen wirklich ökumenischen Geste: Vergleichbar mit den Formulierungen Papst Pauls VI. und des

ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. von Konstantinopel vom 7. Dezember 1965 zur Beendigung des Schismas von 1054 könnte der 2017 amtierende Papst erklären, das Exkommunikationsurteil gegen Martin Luther „aus dem Gedächtnis und aus der Mitte der Kirche (zu) tilgen und (es) dem Vergessen anheim(zu)geben“.

Der Ökumenische Lagebericht 2011 erscheint als epd-Dokumentation und (in Auszügen) im „Materialdienst“ des Konfessionskundlichen Instituts 6/2011.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Freikirchen in der Zeit des Nationalsozialismus

Wustermark-Elstal bei Potsdam, 09.10.2011/APD Die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) am 7. und 8. Oktober im Bildungszentrum Elstal des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Wustermark bei Potsdam befasste sich mit den Freikirchen während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Diese hätten erst nach dem Ende des Kaiserreiches die rechtliche Gleichstellung mit den Volkskirchen erlangt und seien nun in ihrer Existenz bedroht gewesen. Dabei gehe es im Hinblick auf Schuld „weniger um die Dinge, die getan wurden, sondern um das, was nicht getan wurde“, betonte der 2. Vorsitzende des VFF, Dr. Johannes Hartlapp (Friedensau bei Magdeburg), in seiner Einführung zur Tagung.

Er und Dr. Andreas Liese (Bielefeld) stellten zunächst die

Arbeitsweise des Sicherheitsdienstes der SS (SD) und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gegenüber den kleinen Religionsgemeinschaften dar. Während die Gestapo für Verbote zuständig gewesen sei, hätte der SD die dafür notwendigen Informationen geliefert. Dabei wäre eine doppelte Strategie verfolgt worden: „Staatsgefährliche“ Sekten sollten vernichtet werden, „harmlose“ Sekten dagegen weiterarbeiten, da sie die Zersplitterung des Christentums förderten. Wobei die Freikirchen zu den „Sekten“ gerechnet worden seien. Allerdings wären die SD- und Gestapo-Mitarbeiter für ihre Aufgaben schlecht ausgebildet gewesen und hätten kaum Sachkenntnisse besessen.

Dr. Christian Neddens (Saarbrücken) beleuchtete die Vorgängerkirchen der heutigen Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zur Zeit des Nationalsozialismus. Es handelte sich dabei unter anderem um die Evangelisch-Lutherische Kirche in Preußen (Altlutheraner), die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Sachsen und anderen Staaten sowie um die Renitente Kirche Ungeänderter Augsburgischer Konfession in Niederhessen. Geprägt von konservativen Milieus der Weimarer Epoche sei die Machtergreifung Hitlers als Rettung vor dem Bolschewismus angesehen worden. Das Kirchenleben wäre nach innen ausgerichtet gewesen. Diese Selbstbezogenheit habe blind gegen die Verfolgung anderer gemacht und die Sorge um die Sicherung der eigenen Existenz zu unnötigen positiven Stellungnahmen zum NS-Staat geführt.

Auch die konservativ ausgerichteten Freien evangelischen Gemeinden hätten aufgrund ihres unpolitischen Verhaltens das „wahre Gesicht Hitlers“ nicht erkannt, so Dr. Andreas Heiser (Dietzhöhlztal-Ewersbach bei Dillenburg). Die Wiederherstellung von Ordnung, Sitte und Moral sowie die abgewendete Gefahr des Bolschewismus habe den Blick für die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus verstellt.

Die Neuapostolische Kirche habe während der NS-Zeit ebenfalls eine Überlebensstrategie entwickelt, stellte Matthias Eberle

(Bielefeld) fest. Etliche leitende Geistliche, auch Apostel, seien nach 1933 der NSDAP beigetreten. Es wäre zu einer weitgehenden Anpassung an den NS-Staat gekommen, um einem drohenden Verbot zu entgehen. „Es ist jedoch nicht erwiesen, dass wirklich alle Handlungen der neuapostolischen Kirchenleitung in dieser Zeit lediglich Reaktionen auf konkrete oder abstrakte Forderungen von Staat und Partei waren“, so Eberle. Eine kritische Reflexion der NS-Zeit durch die Neuapostolische Kirche stehe noch aus. Es gebe bis jetzt auch kein Schuldbekenntnis.

Dr. Johannes Hartlapp stellte anschließend die Beziehungen von kleinen Religionsgemeinschaften zu Institutionen des NS-Staates am Beispiel der Siebenten-Tags-Adventisten dar. Im Dezember 1933 sei die Freikirche in Preußen und Hessen verboten worden. Zwar wäre das Verbot nach zehn Tagen wieder aufgehoben worden, doch habe es eine totale Verunsicherung bei den Adventisten bewirkt, „sodass es keine offene Kritik mehr am NS-Staat gab“. Nach Aufhebung des Verbots habe besonders Hulda Jost, die Leiterin des Advent-Wohlfahrtswerkes, eine bedeutende Rolle gespielt. Durch ihre vielen persönlichen Kontakte hätte sie den Behördenweg umgangen und mit Erfolg Fürsprecher für bestimmte Anliegen gefunden. Es sei ihr gelungen, die adventistischen Gemeinden zu vielfältigen sozialen Tätigkeiten zu bewegen, um sie für den NS-Staat „unverzichtbar“ zu machen. Trotz ihrer vielen Kontakte habe es aber auch Rückschläge gegeben, wie die Aufhebung der Schulbefreiung für adventistische Kinder am Samstag und die Entlassung adventistischer Beamter aus dem Staatsdienst im Jahr 1936. „Daran konnte auch sie nichts ändern.“

In seinem Forschungsbericht ging Elmar Spohn (Waiblingen) auf die evangelischen Glaubens- und Gemeinschaftsmissionen in der Zeit des Nationalsozialismus ein. Es habe sich dabei um Werke gehandelt, die sich selbst heute als „evangelikal“ bezeichneten. Davon habe es im NS-Staat 16 gegeben, wie Allianz-China-Mission (heute Allianz-Mission), Christoffel

Blindenmission, Missionsbund Licht im Osten, Liebenzeller Mission oder Mission für Süd-Ost-Europa. Laut Spohn sei keine einheitliche Darstellung möglich, da es bereits in den einzelnen Missionsgesellschaften unterschiedliche Haltungen zum NS-Staat gegeben habe. „Es gab NS-Befürworter, Mitläufer, Neutrale, Resistente, aber vereinzelt auch Widerstand durch Einsatz für Juden und Mitarbeiter, die selbst Opfer wurden.“ Die Missionen hätten sich nach 1945 sehr schwer mit der Schuldfrage getan.

Mit „Pfingstler in der Zeit des Nationalsozialismus“ legte Sven Brenner (Heidelberg) einen weiteren Forschungsbericht vor. Auch hier müssten die einzelnen Pfingstgruppen differenziert betrachtet werden. „Manche wurden verboten und die Mitglieder trafen sich im Geheimen.“ Hermann Lauster, Gründer der Gemeinde Gottes in Deutschland, habe sich zeitweise im KZ befunden. Die Volksmission entschiedener Christen von Karl Fix sei von der Gestapo zwar überwacht, wäre aber nicht als Pfingstgemeinde angesehen worden, da es geordnete Gottesdienste gegeben habe. Heinrich Vietheer, Gründer der Elim-Gemeinden, habe seine positive Einstellung zum NS-Staat verteidigt. Dennoch hätten sich seine Gemeinden 1938 dem Bund der Baptistengemeinden anschließen müssen. Der Christliche Gemeinschaftsverband Mülheim an der Ruhr sei der Meinung gewesen, dass ein wahrer Christ der Obrigkeit zu gehorchen habe. In seiner Gemeindezeitschrift „Heilszeugnisse“ sei damals die Sprachregelung der NS-Ideologie zu finden gewesen.

Zum Abschluss der Tagung befasste sich Dr. Andreas Liese mit der Reise des Vorsitzenden der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), Heinrich Wiesemann, 1938 nach Schweden, um darzulegen, wie die Deutsche Kongress Zentrale (DKV), die seit Ende 1936 dem Propagandaministerium untergeordnet war, ganz gezielt kirchliche Vertreter benutzt habe, um die Interessen Deutschlands im Ausland zu vertreten. Jeder, der eine Auslandsreise zu einem Kongress oder einer ähnlichen

Veranstaltung beantragen wollte, sei im Zusammenhang mit der Beantragung von Devisen von der DKV unterrichtet worden, in welcher Weise er sich im Ausland zu verhalten, wie er mit ausländischen Pressevertretern umzugehen und in welcher Weise er Deutschland zu repräsentieren habe. Nach der Rückkehr hätte ein Bericht verfasst werden müssen, der dann über die DKV an den Sicherheitsdienst (SD) weitergeleitet worden sei. Wiesemann habe sich nun nicht nur an diese Richtlinien gehalten, sondern im Kontakt mit dem schwedischen Diplomaten Lagerkranz gleichzeitig versucht, politischen Einfluss auf Schweden im Sinne des NS-Staates zu nehmen.

Die in Elstal gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2012 erscheinen soll.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Catholica-Beauftragter der deutschen Lutheraner würdigt Papstbesuch in Erfurt

Hannover, 08.10.2011/APD Der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), der braunschweigische Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel), hat den Ort des Gesprächs mit Papst Benedikt XVI., das Augustinerkloster Erfurt, als ökumenisches Signal des Papstbesuchs bezeichnet. „Zu Recht wurde deshalb wiederholt auf die ökumenische Bedeutung hingewiesen, dass mit Papst Benedikt XVI. erstmals ein Papst

eine Lutherstätte besucht hat“, hob Weber in einem Interview hervor, das in den „VELKD-Informationen“ erschienen ist.

Zugleich betonte Weber die ökumenische Bedeutung der Papstäußerungen zu Martin Luther. Der Papst habe die Gottessuche des Mönches Luther gewürdigt und damit auf die beiden Kirchen gemeinsame Glaubensmitte hingewiesen. Er habe „die Christozentrik der Theologie Luthers gewürdigt und ‚Was Christum treibet‘ als Maßstab für die Auslegung der Heiligen Schrift, aber auch als Mitte unserer Spiritualität“ hervorgehoben, so Weber.

Im Hinblick auf das Reformationsjubiläum 2017 werde derzeit eine gemeinsame Erklärung des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Vatikan vorbereitet, mit der die internationale Bedeutung der 500. Wiederkehr der Reformation deutlich gemacht werden könne. Ebenso seien vergleichbare Gespräche auf nationaler Ebene zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz in Gang zu bringen. Weber hoffe, dass die von evangelischer Seite eingebrachten Anregungen zur „Heilung der Erinnerungen“ von katholischer Seite aufgenommen würden. „So könnte 2017 also auch mit Umkehr und Erneuerung zu tun haben.“

Weber zeigte sich insgesamt beeindruckt davon, wie stark der Papst die geistliche Ökumene betont habe. Daran sei abzulesen, dass alles ökumenische geistliche Miteinander in den Gemeinden und anderenorts von der katholischen Kirche gewollt sei. Daneben seien allerdings keine Signale gesetzt worden, die – wie 1980 bei der Begegnung mit dem damaligen Papst Johannes Paul II. – konkrete Schritte zu größerer Gemeinschaft ermöglichten. So sei Weber erstaunt gewesen, dass Papst Benedikt XVI. das Thema „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ oder einen Hinweis auf die wechselseitige Anerkennung der Taufe als das Band der sakramentalen Einheit ausgespart habe.

Zur Frage, ob der Papst als Sprecher aller Christen auftreten könne, sagte Weber, dass dies zum Teil bereits so gesehen werde. „Ich erinnere nur an die Rolle von Johannes Paul II. zu Beginn des Irak-Krieges.“ Für eine förmliche Sprecherrolle sei es allerdings unabdingbar, dass die Kirchen gleichberechtigt nebeneinander stünden, denn „letztlich kann die Frage eines Sprecheramtes für die gesamte Christenheit nur im Rahmen einer Gemeinschaft von gleichberechtigten Kirchen angegangen werden. Allerdings ist es bis dahin noch ein weiter Weg.“

Der Catholica-Beauftragte der VELKD, Landesbischof Weber, der zugleich Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) ist, hat sich nach dem Papstbesuch in einem Interview zur Lage der evangelisch-katholischen Ökumene geäußert. Das Interview ist in den „VELKD-Informationen“ Nr. 133 vom 6. Oktober 2011 abgedruckt und kann im Internet unter www.velkd.de/downloads/111006_VELKD-Informationen-Nr.133_download.pdf nachgelesen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Hope Channel TV" jetzt auf "Zattoo" im Internet

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 07.10.2011/APD „Zattoo“ sendet das TV-Programm der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, „Hope Channel Deutsch“, ab dem 8. Oktober über seine Fernsehplattform in Deutschland. Damit erweitert sich die Reichweite von „Hope Channel-TV“ auf PCs, Smartphones und

Tablets. Nach eigenen Angaben erreiche „Zattoo“ mehr als neun Millionen Nutzer in sechs Ländern.

Die einzige Voraussetzung zum Empfang von „Hope Channel-Deutsch“ auf „Zattoo“ ist eine WLAN/Wifi-Internetverbindung. Neben dem mobilen Empfang über Smartphones ermöglicht es auch den Zugriff auf das Fernsehprogramm über den Computer unter www.zattoo.com. Seit Sommer vergangenen Jahres kann die „Hope Channel“-iPhone App unter www.itunes.com/apps/ heruntergeladen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Die Kirchengründer der Adventisten waren keineswegs unpolitisch

Lüneburg, 06.10.2011/APD Manche Adventisten seien der Meinung, dass sich ihre Kirche und deren Mitglieder aus der Politik heraushalten und neutral bleiben sollten, so wie es ihre Gründer getan hätten, schreibt Pastor Herbert Bodenmann (Basel), Leiter der Abteilung Religionsfreiheit der Schweizer Siebenten-Tags-Adventisten, in einem Artikel der Oktoberausgabe der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute“. Doch solch eine Auffassung gehe offensichtlich auf eine „fromme Geschichtsklitterung“ zurück. Die Gründer der Freikirche seien keineswegs unpolitisch gewesen, betont der Autor.

Das gelte auch für die Mitbegründerin der Freikirche Ellen G.

White (1827-1915). 1859 sei der Bürgermeister von Battle Creek (Michigan/USA), einem Ort, in dem viele Adventisten wohnten, davon ausgegangen, dass diese an ihrem biblischen Ruhetag, dem Sabbat (Samstag), nicht zur Wahl gehen würden und er durch deren Wahlabstinenz wiedergewählt werde. Doch Ellen White sei der Ansicht gewesen, dass es sich bei dem Stadtoberhaupt um einen Trinker, Spieler und Frauenheldenheld gehandelt habe. „Sie forderte die Adventisten in Battle Creek auf, Stellung zu beziehen und den amtierenden Bürgermeister abzuwählen, wenn es sein müsste, auch am Sabbat“, so Bodenmann.

Jahre später (1881) sei Ellen White während einer adventistischen Zeltversammlung in Des Moines (Iowa) gefragt worden, ob Adventisten für ein Verbot des Ausschanks alkoholhaltiger Getränke stimmen sollten. Ihre Antwort wäre kurz und bündig gewesen: „Ja – und vielleicht schockiere ich nun einige von euch, wenn ich sage: Falls nötig stimmt auch am Sabbat für das Alkoholverbot, wenn ihr es nicht an einem anderen Tag tun könnt.“ Ellen White habe verschiedentlich die Verantwortung derer betont, die nicht wählen oder sich nicht mittels Sachabstimmungen für eine Verbesserung der damaligen Verhältnisse einsetzen wollten. „Sie unterstrich, dass Neutralität in gesellschaftlichen beziehungsweise politischen Fragen auch eine persönlich zu verantwortende Stellungnahme und keine Null-Position sei“, hob Bodenmann hervor.

Einige der damals führenden Adventisten seien Sozialreformer und Mitglieder von Vereinigungen zur Abschaffung der Sklaverei gewesen. Sie hätten zwar in der Naherwartung der Wiederkunft Christi gelebt, ohne dafür jedoch Daten festzulegen, „zogen sich aber nicht egoistisch von der Welt zurück, sondern engagierten sich sozial und politisch für die Sklaven“. Joseph Bates (1792-1872), ein weiterer Mitbegründer der Freikirche, habe geschrieben: „Ich konnte kein konsequenter Christ sein und gleichzeitig auf der Seite der Unterdrücker stehen, denn Gott war nicht bei ihnen. Ich konnte auch nicht Gottes Verheißungen in Anspruch nehmen, wenn ich neutral blieb. Meine

einzigste Alternative war, für die Sklaven einzutreten, und dazu entschloss ich mich.“

Ellen White habe die Sklaverei als „schweres Verbrechen“ bezeichnet und deshalb zu zivilem Ungehorsam aufgerufen: „Dem Gesetz unseres Landes, das von uns verlangt, einen [entlaufenen] Sklaven seinem Besitzer zurückzugeben, müssen wir nicht gehorchen, und wir müssen bereit sein, die Konsequenzen des Übertretens dieses Gesetzes auf uns zu nehmen. Der Sklave ist nicht das Eigentum irgendeines Menschen. Gott ist sein einziger Herr.“ Ellen White, die damals führende Frau der Freikirche, habe mit ihrem Aufruf zu zivilem Ungehorsam in der Sklavenfrage zum heißesten politischen Thema ihrer Zeit eindeutig Stellung bezogen und Verantwortung übernommen, stellt Pastor Bodenmann in seinem Artikel fest.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Krankenhauspersonal sensibilisiert mit Hip-Hop-Video für Brustkrebs

Bolingbrook, Illinois/USA, 05.10.2011/APD Hip-hoppende Krankenschwestern, breakdancende Ärzte sowie Physiotherapeuten und Raumpflegepersonal bewegen sich zum Song „Higher“ von Taio Cruz in Choreographien durch das Adventist Bolingbrook Hospital, Illinois/USA. Sie wollen mit dem Video auf die jährliche Brustuntersuchung (Mammographie) zur Früherkennung

von Brustkrebs aufmerksam machen, wie das Krankenhaus mitteilte. Die Darsteller sind Angestellte des Zentrums für Brustkrebs von Adventist Midwest Health, einem Netzwerk von Nonprofit-Krankenhäusern in der westlichen Metropolregion von Chicago, dem vier adventistische Hospitäler der Gegend angehören.

„Es liegt uns viel daran, dass sich Frauen auf Brustkrebs untersuchen lassen“, sagte Jeannine Arias, Chefärztin der Brust- und Krebsabteilung am Adventist Bolingbrook Hospital, „weil wir um die lebensrettenden Vorteile der Früherkennung wissen. Ich hoffe, dass dieses Video Frauen sensibilisieren wird und sie sich für eine jährliche Mammographie anmelden.“

Brustkrebs ist in den meisten Ländern die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. In der Schweiz wird laut „Pink Ribbon“ (rosa Schleife), einer Kampagne zur Brustkrebssensibilisierung, jedes Jahr bei 5.200 Frauen Brustkrebs diagnostiziert. Die Schweizer Sektion von „Pink Ribbon“ führte am 4. September im Letzigrundstadion, Zürich, den jährlichen „Pink Ribbon Charity Walk“ mit rund 1.500 Teilnehmern als Sensibilisierungskampagne 2011 zur Früherkennung von Brustkrebs durch.

In Deutschland werde laut der Deutschen Krebshilfe jährlich bei 59.000 Frauen Brustkrebs diagnostiziert. In Berlin soll am 18. Oktober im Rahmen der diesjährigen deutschlandweiten „Pink Ribbon Kampagne“ aus vielen einzelnen Bändern die größte pinkfarbene Schleife gebunden werden.

Das Brustkrebs-Sensibilisierungsvideo wurde zum Oktober, dem jährlichen Brustkrebsmonat in den USA, produziert. Es kann unter der Internetadresse www.youtu-be.com/AdventistMidwest angeschaut werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kenia unterzeichnet als erstes Land neue Charta gegen Hunger

Berlin, 04.10.2011/APD Der Ministerpräsident von Kenia, Raila Odinga, ist der erste Staatsmann, der am 1. Oktober in New York anlässlich der Vorstellung der „Charta zur Beendigung extremen Hungers“ vor der UN-Generalversammlung das neue Dokument unterzeichnete. Mit der Charta sollten tödliche Hungerkrisen künftig der Vergangenheit angehören, teilten die entwicklungspolitischen Organisationen Oxfam und ONE mit.

„Die Politik weiß, was zu tun ist, um dieses Ausmaß an Leid zu verhindern“, betonte der Regionaldirektor für Ost- und Zentralafrika der Hilfsorganisation Oxfam, Fran Equiza. „Jetzt müssen sie liefern. Die Charta bietet machbare Lösungen gegen extremen Hunger. Wir bitten die Regierungen, jetzt für die Menschen zu handeln, die in Ostafrika leiden.“

Die Charta, die von einer Gruppe entwicklungspolitischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen entwickelt wurde, beschreibe fünf Maßnahmen, die von Regierungen reicher und armer Staaten ergriffen werden sollten, um das Verhungern von Menschen als Folge von Dürre, hohen Nahrungsmittelpreisen oder Konflikten zu beenden.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass derzeit 750.000 Menschen in Somalia vom Tod bedroht seien, weil sie nicht genug zu essen hätten. Hilfsorganisationen und Regierungen bemühten sich darum, die dringend benötigte Hilfe bereitzustellen. Es herrsche aber Konsens, dass die derzeitige Krise vermeidbar gewesen, wenn rechtzeitig gehandelt worden wäre.

Die Organisationen, darunter „Save the Children“, Oxfam, Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International, ONE und World Vision forderten Maßnahmen in fünf Bereichen:

– *Frühes Handeln*. Die gegenwärtige Krise in Ostafrika sei Monate vorher vorausgesagt worden. Doch die Warnungen wären weitgehend unbeachtet geblieben. Regierungen müssten sicherstellen, dass frühe Warnungen auch zu frühem Handeln führten.

– *Unterstützung örtlicher Nahrungsmittelproduktion*. Die Unterstützung von Kleinbauern sei der beste Schutz gegen Hungerkrisen und könne zugleich eine Maßnahme gegen die Folgen des Klimawandels und hohe Lebensmittelpreise sein.

– *Lebensmittel bezahlbar machen*. Steigende Lebensmittel- und Ölpreise hätten die gegenwärtige Krise verkompliziert und Tausende in eine Situation gebracht, in der sie selbst Grundnahrungsmittel nicht bezahlen könnten. Regierungen müssten Nahrungsmittel-Notreserven anlegen und Exportstopps für Lebensmittel verfügen, um Ausschläge in der Preisentwicklung zu dämpfen.

– *Die Ärmsten und Schwächsten schützen*. Millionen von Menschen in aller Welt lebten am Rande des Existenzminimums. Regierungen sollten soziale Sicherheitsnetze aufbauen und angemessen investieren, damit die ärmsten Bevölkerungsschichten den gleichen Zugang zu Schutz und sozialen Diensten hätten, wie die reichen.

– *Konflikte zurückdrängen*. Gewalt sei eine der Hauptursachen für massenhaftes Verhungern. Regierungen müssten sich dazu verpflichten, humanitäre Hilfe in den Konfliktregionen zuzulassen und außerdem entschiedene diplomatische Initiativen zu ergreifen, um bestehende Konflikte zu beenden.

Die Charta wurde mitentwickelt und unterstützt von ActionAid, ADRA International, Merlin, Oxfam, Islamic Aid, Christian Aid,

The Eastern Africa Civil Society Forum, CAFOD, Tearfund, International Medical Corps, Channel 16, Eastern & Southern Africa Farmers' Forum, International Rescue Committee, Muslim Aid, The Legal Resources Foundation, ONE, Plan International, „Save the Children“, West African Civil Society Forum, World Vision.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kopftuchzwang an ägyptischer Schule auch für Christinnen

Beni Mazar/Ägypten, Frankfurt am Main, 03.10.2011/APD In der oberägyptischen Stadt Beni Mazar eskaliert ein Streit über den Kopftuchzwang für alle Schülerinnen, auch für christliche Mädchen, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtete. Sie sieht in dem Vorfall einen Präzedenzfall und ein Zeichen dafür, dass islamische Fundamentalisten versuchten, die Freiheiten nach der Revolution dafür zu nutzen, die ägyptische Gesellschaft noch stärker zu islamisieren.

Begonnen habe der Streit mit einer Anordnung durch die Leitung der Shaikh Fadl-Schule, einer staatlichen weiterführenden Schule in der rund 60.000 Einwohner zählenden Stadt Beni Mazar in der oberägyptischen Provinz el-Minya. Alle, auch die christlichen Schülerinnen, seien verpflichtet, ihr Haar mit einem Kopftuch zu bedecken, teilte IGFM mit, ansonsten dürften sie die Schule nicht mehr betreten. Alle Schülerinnen seien der Aufforderung gefolgt, bis auf die 14-jährige Koptin Ferial

Sorial Habib. Sie wäre daraufhin acht Tage in Folge daran gehindert worden, in die Schule zu gelangen.

Laut IGFM suchte Habibs Vater schließlich am 17. September die Schule persönlich auf, um sich über die Suspendierung seiner Tochter zu beschweren. Umgehend habe ihn die Schulleitung wegen Beleidigung und Verleumdung bei der Polizei angezeigt, worauf der Vater eine Klage bei der Staatsanwaltschaft und dem Bildungsministerium eingereicht habe.

Nach Aussage von Habibs Anwalt, Wadgy Halfa, agiere die Schule außerhalb ihrer gesetzlichen Kompetenzen. Es gäbe es kein Gesetz, das Schülerinnen vorschreibe, beim Betreten der Schule ein Kopftuch zu tragen. Die Schulen hätten lediglich die Befugnis, die Farbe der Schuluniform zu bestimmen.

Am 25. September sagte der Anwalt Wadgy Halfa gegenüber einem koptischen Fernsehsender, dass die Schule bereit sei, Habib wieder zum Unterricht zuzulassen, wenn es zu einer „gütlichen Einigung“ käme. Die Familie habe abgelehnt. Das Problem sei nicht „einvernehmlich“ zu lösen, da die Forderung der Schule ein Verstoß gegen die Religionsfreiheit und ein offensichtlicher Versuch sei, das Bildungssystem zu islamisieren.

Der Direktor des Ägyptischen Zentrums für Entwicklung und Menschenrechte, Said Abdelmaseeh, reichte am 27. September eine Beschwerde sowohl beim ägyptischen Premierminister als auch beim Bildungsminister ein. Der Staat müsse mit rechtlichen Schritten gegen das Vorgehen der Schule einschreiten und alle Schulen Ägyptens darauf hinweisen, dass das Tragen eines Kopftuches optional und nicht verpflichtend sei.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Der Dialog ist ein Abenteuer, aber es gibt keine Alternative"

Lutheraner und Mennoniten erinnern in Wittenberg an Versöhnung

Lutherstadt Wittenberg, 02.10.2011/APD Mit dem Symposium „Heilung der Erinnerungen – Versöhnung in Christus“ in der Lutherstadt Wittenberg gedachten am 1. Oktober die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) an 15 Jahre eucharistische Gastfreundschaft beider Konfessionen sowie an die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes im Juli letzten Jahres in Stuttgart. Nach intensiven Lehrgesprächen hatten die VELKD und die AMG 1996 die gemeinsame Feier des Abendmahls vereinbart. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) schloss sich der Vereinbarung an.

Mit theologischen Argumenten Luthers und Melanchthons, unter anderem gegen die Gläubigentaufe, wurde im 16. Jahrhundert die brutale Verfolgung der Täufer, der geistlichen Vorfahren der heutigen Mennoniten, welche die Kindertaufe ablehnten, gerechtfertigt. Obwohl das Augsburger Bekenntnis der Lutheraner von 1530, das die Täufer auch wegen ihrer Ablehnung von Gewalt und Krieg verdammt, immer noch eine gültige Bekenntnisschrift ist, erklärte die VELKD 1992, dass die Verwerfung der Friedenskirche im Augsburger Bekenntnis die Mennoniten heute nicht in demselben Maße treffe wie die Täufer der Reformationszeit. Sie schlug daher die eucharistische Gastfreundschaft zwischen beiden Konfessionen vor. Als Zeichen der Versöhnung fanden 1996 zwei Abendmahlsgottesdienste in

Hamburg und Regensburg, je nach einer lutherischen und mennonitischen Ordnung, statt, zu denen gegenseitig eingeladen wurde.

Auch auf Weltebene kam es zu einem Dialog zwischen dem Lutherischen Weltbund (LWB) und der Mennonitischen Weltkonferenz (MWC). Während der Vollversammlung des LWB 2010 in Stuttgart baten die lutherischen Kirchen ebenfalls „um Vergebung für das Leiden, das unsere Vorfahren im 16. Jahrhundert den Täufern zugefügt haben“. Die Mennoniten antworteten: „Wir glauben, dass Gott Ihr Bekenntnis erhört und Ihrer Bitte um Vergebung entsprochen hat. Wir schließen uns Gott freudig und demütig an, Ihnen zu vergeben.“ Zur eucharistischen Gastfreundschaft kam es allerdings zwischen den 145 Mitgliedskirchen des LWB und den 99 Mitgliedskirchen des MWC in Stuttgart nicht.

Beim Symposium in Wittenberg sprachen der mennonitische Pastor Rainer Burkart (Enkenbach/Pfalz) und Oberkirchenrat Michael Martin von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, welche beide an den Lehrgesprächen beteiligt waren, in sehr persönlicher Weise über „Blicke verändern sich und Beziehungen werden neu. – Vom Abenteuer eines Dialogs“. Beide Theologen lernten sich während der gemeinsamen Studienzeit an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern kennen. Burkart habe schon Bedenken gehabt als „unbekannter Mennonit“ an einer evangelischen Hochschule Theologie zu studieren. Dabei sei es um die Angst vor dem Verlust der eigenen konfessionellen Identität gegangen. Doch er habe das Gegenteil erlebt und in der Begegnung mit Michael Martin und anderen Lutheranern seine Identität als Mennonit neu gefunden. Auch bei Martin habe sich der konfessionelle Horizont durch die Begegnung mit Burkart erweitert. Er arbeitete später vier Jahre lang als lutherischer Aushilfspfarrer bei einer Mennonitengemeinde in München und lernte dadurch auch das weltweite Täufern kennen. Beide kamen zu der Schlussfolgerung, dass der Dialog

mit anderen Konfessionen zwar ein Abenteuer sei, zu dem es aber keine Alternative gebe.

Vor dem Symposium gab es Baumpflanzungen im Luthergarten Wittenberg. Dort sollen bis zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation im Jahr 2017 insgesamt 500 Bäume von Kirchen aus aller Welt und unterschiedlicher Konfessionen gepflanzt werden. Pfarrer Dr. Larry Miller, Generalsekretär der Mennonitischen Weltkonferenz (MWC) wies darauf hin, dass zur Zeit der Reformation, aus der auch die Täufer hervorgegangen seien, nur wenige Christen außerhalb Europas gelebt hätten. Heute sei das Christentum weltweit verbreitet, wie auch die Bäume im Luthergarten zeigten. Der Generalsekretär pflanzte den Rotahorn der MWC direkt neben den Baum des Lutherischen Weltbundes, der seit 2009 dort steht. Außerdem pflanzten auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG), Frieder Boller (Ingolstadt), eine Traubenkirche und als Zeichen internationaler Verbundenheit die Indonesische Christliche Gemeinde Hamburg einen Trompetenbaum.

In seinem Grußwort wies der Oberbürgermeister der Lutherstadt Wittenberg, Eckhard Naumann (SPD), darauf hin, dass es in der Stadt nur 25 Prozent Christen, „vielleicht auch nur 15 Prozent“, gäbe. Dennoch habe die Stadt das Gelände an den Wallanlagen mit Blick auf die Stadt- und Schlosskirche gern für den Luthergarten zur Verfügung gestellt. Naumann rief die Kirchen auf, ihre Vielfalt als Wert zu erkennen, aber trotzdem das Gemeinsame zu betonen.

Das Symposium schloss mit einem gemeinsamen Abendmahlgottesdienst nach mennonitischer Agende in der Stadtkirche Wittenberg. Die Predigt hielt der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof Dr. Johannes Friedrich (München). Die Liturgie übernahmen die stellvertretenden Vorsitzenden der AMG, Pfarrer Professor Dr. Fernando Enns (Hamburg) und Pastorin Doris Hege (Frankfurt/Main).

In Deutschland leben rund 40.000 mennonitische Christen, zu denen 5.700 in 54 Gemeinden zur AMG gehören. Weltweit gibt es etwa 1,6 Millionen Täufer in 80 Ländern. Der MWC umfasst davon über eine Million Gläubige.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Alt-Katholiken stellen auf erneuerbare Energien um

Bonn, 30.09.2011/APD Mit Öko-Strom versorgen lassen können sich in Zukunft die Gemeinden der alt-katholischen Kirche in Deutschland durch die Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Die EWS garantierten ein Stromangebot ohne Beteiligung von Konzernen mit Atom- oder Kohlekraftwerken oder deren Tochterunternehmen. Ein Stromwechsel habe nach Ansicht der Alt-Katholiken so auch einen „Geld-Strom-Wechsel“ zur Folge. Nur dadurch könne ein Umbau der Energiewirtschaft in Richtung einer zukunftsfähigen Versorgung vorangebracht werden.

Die EWS unterstützten mit dem Sonnencent-Programm, bei dem jeder Kunde einen minimalen Zuschlag auf den Strompreis zahle, die regionale Energieerzeugung sowie Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen in ganz Deutschland. Deswegen freue sich die alt-katholische Gemeinde Augsburg auch über die Unterstützung beim Aufbau einer Solaranlage durch das „Sonnencent-Programm“ der EWS. „Jeder Spenden-Euro für die Solaranlage wird von den Elektrizitätswerken Schönau verdoppelt“, so Alexandra Caspari, alt-katholische Pfarrerin von Augsburg. Damit trage die EWS zum Ziel der Gemeinde bei,

eine auch in Blick auf die Schöpfungsbewahrung zeitgemäße Kirche zu bauen.

„Es ist zwar nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zur Bewahrung der Schöpfung, aber ein Schritt, den jeder gehen kann“, meinte Bischof Dr. Matthias Ring.

Die alt-katholische Kirche entstand aus dem Widerstand gegen die 1870 während des Ersten Vatikanischen Konzils von der römisch-katholischen Kirche zur verbindlichen Lehre erhobene Unfehlbarkeit und oberste Leitungsgewalt des Papstes. Da die Gegner dieser Beschlüsse aus der römisch-katholischen Kirchengemeinschaft ausgeschlossen (exkommuniziert) wurden, mündete die Widerstandsbewegung nach wenigen Jahren in eine eigenständige katholische Kirche. In ihr sammelten sich Christinnen und Christen, die am „alten“ katholischen Glauben ohne päpstliche Unfehlbarkeit und oberste Leitungsgewalt festhalten wollten.

Die alt-katholischen Kirchen gaben sich eine bischöflich-synodale Struktur, in der alle volljährigen Kirchenmitglieder Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeit besitzen. Zudem führten sie die Landessprache im Gottesdienst ein und schafften die verpflichtende Ehelosigkeit (Zölibat) für die Geistlichen ab. Die meisten alt-katholischen Kirchen haben die Frauenordination eingeführt. Am Pfingstsonntag 1996 wurden in Deutschland die ersten beiden Frauen zu katholischen Priesterinnen geweiht. Das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland wird von Bischof Dr. Matthias Ring von Bonn aus geleitet. Es umfasst rund 50 Pfarreien und 70 Filialgemeinden mit etwa 16.000 Mitgliedern.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Trennung bei Anglikanern in Vancouver – "Orthodoxe" ziehen zu Adventisten

Vancouver/Kanada, 29.09.2011/APD Am Sonntag, 25. September, feierte die St. Johns Kirche in Vancouver, die größte anglikanische Gemeinde Kanadas, nach fast hundert Jahren in der angestammten Kirche, den ersten Gottesdienst in der nahe gelegenen Oakridge Adventkirche der Siebenten-Tags-Adventisten, wie der Onlinedienst „Canadian Christianity“ mitteilte.

Kontroversen bezüglich der Ordination von Frauen, Weihe eines homosexuellen Bischofs und Segnung gleichgeschlechtlicher Paare hätten die 80 Millionen anglikanischen Gläubigen weltweit in zwei Lager gespalten, die kirchenintern als „orthodox“ und „liberal“ bezeichnet würden. Dabei seien jene, die an historischen sowie biblisch fundierten Werten und Überzeugungen festhielten, in der Mehrheit. Die Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren sei, laut „Canadian Christianity“, einer der konkreten Punkte gewesen, bei dem die Mehrheit der Kirchenmitglieder opponiert habe.

Die St. John Gemeinde hätte nicht weiterhin Teil der als eher liberal geltenden Diözese von New Westminster sein wollen, sondern sich nach der Mehrheit der weltweiten anglikanischen Kirchengemeinden ausgerichtet, so der Onlinedienst. Daraufhin seien die Bankkonten der St. John's Gemeinde eingefroren worden. Der Oberste Gerichtshof von Kanada habe entschieden, dass der Diözese von New Westminster als Teil der Anglikanischen Kirche von Kanada die St. John Kirche in Vancouver gehöre. Die große Mehrheit der Kirchenmitglieder von

St. John hätte deshalb neue Räumlichkeiten suchen müssen.

„Da wir glauben, dass es wichtiger ist, der Autorität Gottes in seinem Wort zu folgen, als der institutionellen Autorität einer Kirche, die den Kern des christlichen Glaubens aufgegeben hat“, so David Short, Pfarrer der Kirchengemeinde St. John, „mussten wir unser angestammtes Gebäude verlassen. An unserem Engagement hat sich nichts geändert. Was sich verändert hat, sind unsere administrative Ausrichtung und unser neuer Standort.“ Die weggezogenen Mitglieder der Gemeinde St. John würden weiterhin von den bisherigen Geistlichen und dem 15-köpfigen Mitarbeiterstab betreut.

Laut „Canadian Christianity“ sei der Abschiedsgottesdienst am 18. September in der Kirche St. John von rund 1.100 Menschen besucht worden. Dabei sei um den Segen für die Diözese New Westminster und auch für die verbleibenden Kirchenmitglieder gebetet worden. Die wegziehenden Gläubigen hätten ihre Kirche mit einem lachenden und einem weinenden Auge verlassen und sich in die zwei Kilometer entfernte Oakridge Adventkirche begeben, die zukünftig ihr neuer Versammlungsort sein werde, so der Onlinedienst.

Die Mitglieder der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten von Vancouver versammeln sich weiterhin am Sabbat (Samstag), dem biblischen Ruhetag, zum wöchentlichen Gottesdienst in der Oakridge Adventkirche und die aus der St. John Kirche weggezogenen anglikanischen Gläubigen jeweils am Sonntag. Da die Adventkirche ein Fassungsvermögen von 500 Personen habe, würden laut Gloria R. Cruz, Leiterin des Sekretariats der Oakridgekirche, ab dem 2. Oktober am Sonntag jeweils drei anglikanische Gottesdienste gefeiert.

In Kanada leben rund 61.000 erwachsen getaufte Adventisten, die in 352 Kirchengemeinden und 80 Gruppen Gottesdienste feiern. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten unterhält dort 39 Grundschulen und Gymnasien mit 2.655 Schülerinnen und Schülern, zwei Hochschulen, neun Alten- und

Pflegeheime, ein Medienzentrum sowie einen Blindendienst mit Literatur in Brailleschrift, einer Brailledruckerei und vier Campingplätze in Kanada, um blinden und sehbehinderten Menschen Ferien zu ermöglichen. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Kanada gab 2009 für Projekte über zwei Millionen Euro aus.

In Kanada gibt es mehr als zwei Millionen Anglikaner. Das sind 6,9 Prozent der Bevölkerung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hazbije Gashi fastete im Ramadan als Muslima unter Christen

Friedensau bei Magdeburg, 28.09.2011/APD Während des Ramadans fastete die 17-jährige Hazbije Gashi in einem christlichen Arbeitsumfeld als einzige Muslima. An ihrem Ausbildungsplatz als Bürokauffrau an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg hielt sie sich an die Vorschriften des Korans, die von den muslimischen Gläubigen im Ramadan Enthaltensamkeit fordern. Der Ramadan ist der neunte Monat des islamischen Kalenders und fiel im Jahr 2011 in den August.

„Die Kollegen haben gestaunt, dass ich das solange aushalte“, berichtet die junge Muslima über ihre Erlebnisse während des Ramadans. An ihrer Arbeitsstelle hat man ihr Fasten respektiert. „Die Kollegen haben zwar Fragen gestellt, aber

sich nie eingemischt. Ich finde es ja auch interessant zu erleben, wie andere ihren christlichen Glauben ausüben. Das hat mir auch mehr Freude an meinem Glauben als Muslima gegeben.“

Zwei Jahre vor ihrer Geburt kamen Hazbijes Eltern als Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo nach Deutschland. Nun sind sie in Burg bei Magdeburg zu Hause. In ihrer Schulzeit, so weiß Hazbije Gashi zu berichten, haben sich einige über das Fasten lustig gemacht. „Aber ich nehme ihnen das nicht übel, weil sie unseren Glauben nicht kennen“, meint sie dazu. Richtig ärgerlich findet sie es aber, wenn man ihr empfiehlt, heimlich etwas zu essen, ohne dass es jemandem auffällt. „Ich finde, dass diese Zeit etwas ganz Besonderes ist, weil wir Allah so unsere Liebe beweisen.“ Weil es beim Fasten um die aufrichtige Beziehung zu Allah gehe, passe Unehrlichkeit nicht dazu.

Im Ramadan verzichten fastende Muslime von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang auf Essen und Trinken. Das Leben verläuft stiller. In den Mittelpunkt rücken die fünf Gebete, die dem Tag seinen Rhythmus geben. Ein Diskobesuch ist im Ramadan für Jugendliche genauso tabu wie der Geschlechtsverkehr für Ehepartner. Um genügend Kraft für den Tag zu bekommen, stand Familie Gashi in den Ramadanwochen täglich um 3 Uhr auf. Sie aßen gemeinsam, solange es dunkel war. Danach gingen sie wieder schlafen. Die nächste Mahlzeit, das Fastenbrechen am Abend, gab es erst gegen 20.30 Uhr. „Während der Fastenzeit fühlte ich mich kaputt, schlapp und als ob ich keine Kraft mehr hätte“, beschreibt Hazbije Gashi ihre Erfahrung. „Im Mundbereich fühlt es sich total ekelig an. Auch mit der Konzentration ist es anfangs echt schwer, da man während der Zeit nur ans Essen und Trinken denkt. Mit der Zeit klappt das aber ganz gut.“

So groß die Herausforderung tagsüber ist, so groß ist die Freude am Abend, wenn das Fasten mit Sonnenuntergang unterbrochen wird. „Ich finde es toll, dass alle am Tisch

sitzen und zusammen das Essen genießen. Während der Fastenzeit werden Freunde und Familie zum Essen eingeladen, und man bekommt selber Einladungen. Das ist etwas ganz Besonderes“, berichtet Hazbije Gashi. Bevor das Fastenbrechen beginnt, wird ein Gebet gesprochen. „Dann trinken wir einen Schluck Wasser und beginnen gemeinsam zu essen. Bei uns in der Familie ist es Pflicht, dass alle Leute, auch die, die nicht fasten, zusammen am Tisch sitzen und essen.“ Jeden Tag kaufte ihr Vater für das Festessen am Abend frisches Obst und Gemüse. „Es gibt die Regel, dass man den Magen nur zu drei Viertel füllt. Aber daran hält sich kaum jemand“, sagt Hazbije Gashi lachend. „Es haben doch alle Hunger!“ Diejenigen, die sich aus der Familie nicht am Fasten beteiligen, dürfen aber tagsüber auf keinen Fall im Beisein der anderen essen. Kinder, Schwangere und Kranke sind im Islam vom Fasten ausgenommen. Hazbije Gashi fastet seit ihrem siebten Lebensjahr.

Mit dem dreitägigen Fest des Fastenbrechens, dem Ramazan Bayramý, endet der Ramadan. Am ersten Festtag stand Familie Gashi früh auf. Die Männer gingen in die Moschee, die Frauen beteten zu Hause und begannen mit Kochen und Putzen. „Wenn die Männer kommen, gratulieren wir uns gegenseitig zum Bajramfest. Wir essen gemeinsam, und für jeden gibt es Geschenke. Wir ziehen uns gut an und verbringen das Fest mit Freunden und Bekannten. Es gibt viel Süßes, und wir tanzen, singen und lachen. Dieses Fest ist wie Weihnachten für andere.“ Auch eine Spende an Bedürftige sei obligatorisch.

Überhaupt ist der Ramadan für Hazbije Gashi eine Zeit, in der man besonders auf die Mitmenschlichkeit achtet. So anstrengend das Fasten auch sei, so sehr stärke das gemeinsame Erleben auch die Beziehungen in der Familie und zu Freunden. Aus diesem Grund ist für Hazbije Gashi der Ramadan eine wunderschöne Zeit. Sie sei sich sicher: „Ramadan kommt von Herzen.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

OSZE-Konferenz fordert Bekämpfung von Hassverbrechen gegen Christen

Rom/Italien, 27.09.2011/APD Die 56 Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) müssten ihre Anstrengungen zur wirksamen Bekämpfung und Verhinderung von Hassverbrechen gegenüber Christen intensivieren, forderten am 12. September in Rom Referenten während der ersten OSZE-Konferenz, die sich mit hassmotivierten Vorfällen und Gewalttaten gegen Christen befasste.

„Es ist unbestreitbar, dass es Hassverbrechen gegen Christen in der OSZE-Region gibt“, sagte Janez Lenarèiè, Direktor des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR). Laut Angaben des BDIMR, das Informationen für seinen jährlichen Bericht über Hassverbrechen sammelt, gebe es Schändungen von Kultstätten, Brandstiftungen und sonstige Sachschäden sowie Angriffe auf Gläubige und religiöse Führer. „Solche Attacken flößen nicht nur den direkt betroffenen Personen Angst ein, sondern auch einem größeren Kreis, insbesondere dort, wo die christliche Gemeinde zu einer Minderheit gehört“, fügte Lenarèiè hinzu.

Lamberto Zannier, OSZE-Generalsekretär, wies auf die Bedrohung der Sicherheit in der OSZE-Region durch Hassverbrechen hin und sagte, dass solche Delikte aufmerksam überwacht und Teil der OSZE-Frühwarn- und Konfliktpräventionsrolle sein sollten. Er

betonte auch die Wichtigkeit einer zuverlässigen Datensammlung über das Vorkommen von Hassverbrechen in den Teilnehmerstaaten.

„Es bedarf ständiger Aufmerksamkeit, um die Akzeptanz des Religiösen zu erweitern und die aggressive Ausbreitung von Hass und Diskriminierung religiöser Praktiken sowie Überzeugungen zu bekämpfen“, sagte Evaldas Ignatavièius, Litauens Vize-Minister für Auswärtige Angelegenheiten. „Es bedarf eines kontinuierlichen Prozesses des Nachdenkens, besserer Bildung auf allen Ebenen, öffentlicher Sensibilisierungskampagnen sowie gesetzgeberischer Maßnahmen, wenn wir diese heimtückische Form der Menschenrechtsverletzung ausrotten wollen“, unterstrich Ignatavièius.

Unter den knapp 150 Konferenzteilnehmern befanden sich der Metropolit der Russisch Orthodoxen Kirche, der Botschafter des Heiligen Stuhls, Vertreter anderer christlicher Bekenntnisse, des Islam, des Judentums, der Teilnehmerstaaten und auch von Nichtregierungsorganisationen.

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte ist die wichtigste Institution für die menschliche Sicherheitsdimension der OSZE – ein breites Sicherheitskonzept, das folgendes umfasst: den Schutz der Menschenrechte, die Entwicklung demokratischer Gesellschaften mit Schwerpunkt Wahlen, institutioneller Aufbau und Staatsführung, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung von gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander zwischen Menschen und Nationen.

Das BDIMR soll die OSZE-Staaten unterstützen, „die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten, sich an den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit zu halten, die Prinzipien der Demokratie zu fördern und in dieser Hinsicht demokratische Institutionen aufzubauen, zu

stärken und zu schützen, und Toleranz in der gesamten Gesellschaft zu fördern“.

Das BDIMR widmet sich ferner der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Seminare, Bildungsprogramme zum Holocaust und durch Bemühungen, das Defizit an Daten in Bezug auf Hassdelikte zu beheben. Es hat über 125 Angestellte, die aus 29 der 56 OSZE-Teilnehmerstaaten kommen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

365 Millionen biblische Schriften 2010 weltweit verbreitet

Reading/Großbritannien, 26.09.2011/APD „Die Bibelgesellschaften haben im vergangenen Jahr weltweit 365 Millionen Bibeln, Neue Testamente und andere biblische Schriften verbreitet. Darunter waren rund 29 Millionen Bibeln und 9,9 Millionen Neue Testamente“, teilte der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bibel Societies/ UBS) im jährlichen „Scripture Distribution Report“ mit.

2009 hätten die Bibelgesellschaften noch 29,3 Millionen gedruckte Bibeln und 11,3 Millionen Neue Testamente verbreitet. Der Rückgang erkläre sich unter anderem durch eine wachsende Zahl von Bibeln in neuen Medien. Allein in der UBS-Region Europa und der Nahe Osten seien im vergangenen Jahr rund 329.000 biblische Medien als Hörbuch, Software oder Film verbreitet worden. Nach Angaben des Weltverbandes werde der

überwiegende Teil der Bibeln, Neuen Testamente und der anderen biblischen Schriften in den ärmeren Ländern entweder kostenlos oder zu stark ermäßigten Preisen abgegeben. Zu den weiteren biblischen Schriften gehörten zum Beispiel einzelne Evangelien und Zusammenstellungen für Leseanfänger.

Die meisten vollständigen Bibeln hätten die Bibelgesellschaften in den Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas mit 11,1 Millionen Exemplaren verbreitet. Zähle man Bibeln und Neue Testamente zusammen, stehe die Region Asien/Pazifik mit 17 Millionen an erster Stelle der Statistik im Weltverband. Die Sprachenstatistik führe Portugiesisch mit 22,1 Prozent der gedruckten Bibeln an. 13,6 Prozent der Druckausgaben seien in Chinesisch, 12,8 in Englisch und 11,8 in Spanisch erschienen. In deutscher Sprache würden weltweit zwei Prozent der Bibeln gedruckt.

Zahlen von Verlagen und Organisationen, die nicht dem Weltverband angehören, blieben bei der UBS-Statistik unberücksichtigt. Der Weltverband der Bibelgesellschaften ist der internationale Zusammenschluss von 146 nationalen Bibelgesellschaften, zu denen auch die Deutsche Bibelgesellschaft in Stuttgart gehört.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**Zahlen und Fakten der
katholischen Kirche in**

Deutschland

Bonn, 25.09.2011/APD Seit über zehn Jahren verändert sich die pastorale Struktur in den 27 deutschen Bistümern der römisch-katholischen Kirche. Pfarreien werden zusammengelegt. Das bedeute, dass ein Priester für weitaus mehr Gläubige zuständig ist als zuvor. Habe es im Jahr 2000 noch 17.129 Welt- und Ordenspriester in der Pfarrseelsorge gegeben, so sei deren Zahl 2010 auf 15.136 gesunken, heißt es in der von der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Broschüre „Katholische Kirche in Deutschland – Zahlen und Fakten 2010/2011“. Während die Zahl der Priesterkandidaten zurückgehe, wachse die Zahl der Laien im pastoralen Dienst ständig. So habe sich die Zahl der Gemeinde- und Pastoralreferenten seit 1990 auf 7.552 fast verdoppelt. Hinzu kämen 3.032 Ständige Diakone.

Zwar gehören in Deutschland 24,6 Millionen Menschen der römisch-katholischen Kirche an (30,2 Prozent der Bevölkerung), doch ging deren Zahl seit 2000 um 2,2 Millionen zurück. Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2009 bezeichneten sich 17 Prozent der deutschen Katholiken als „Gläubige Kirchnahe“, 37 Prozent als „Kritische Kirchenverbundene“ und fast 50 Prozent als distanziert, unsicher oder nicht religiös. Seit 1990 liegt die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche bei jährlich über 100.000, im Jahr 2010 waren es 181.193. An einem „normalen“ Sonntag im Kirchenjahr besuchen rund 3,1 Millionen Katholiken den Gottesdienst, das sind 12,6 Prozent der Gläubigen. Unter katholischer Trägerschaft stehen in der Bundesrepublik unter anderem rund 9.400 Kindergärten und 908 Schulen mit 116 Internaten.

Die Broschüre „Katholische Kirche in Deutschland – Zahlen und Fakten 2010/11“ ist als Download unter www.dbk.de in der Rubrik „Veröffentlichungen“ abrufbar.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Das Dilemma der römisch-katholischen Kirche

Ein Kommentar zum Besuch von Papst Benedikt XVI. in Deutschland von Thomas Lobitz

Ostfildern, 24.09.2011/APD Der deutsche Papst Benedikt XVI. besuchte seine Heimat und traf auf ein gespaltenes Land. Während bei seiner Wahl vor sechs Jahren viele deutsche Katholiken jubelnd „Wir sind Papst!“ ausgerufen hatten, haben im vergangenen Jahr so viele Menschen wie nie zuvor seiner Kirche in der Bundesrepublik den Rücken gekehrt. Und während die Jugendbewegung „Generation Benedikt“ und andere papsttreue Katholiken die dritte Deutschlandreise ihres Kirchenoberhauptes enthusiastisch begrüßten, spielte ein Protestbündnis, das sich unter dem Motto „Keine Macht den Dogmen“ zusammengefunden hatte, eine ganz andere Begleitmusik. Die über 60 Organisationen, darunter Untergruppen von Gewerkschaften und Parteien, Atheisten- und Homosexuellenverbände und andere wie „Pro Familia“ oder „Amnesty international“, kritisierten die aus ihrer Sicht „menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik“ der römisch-katholischen Kirche.

Deutlich milder, aber in der gleichen Stoßrichtung, bemängelten zahlreiche katholische Laien – darunter Bundespräsident Wulff – das Festhalten der katholischen Kirche am Zölibat, an der Weigerung, Frauen zu Priestern zu weihen, am Verbot der künstlichen Empfängnisverhütung und an der moralischen Bewertung praktizierter Homosexualität. Besondere

Empörung in der Öffentlichkeit rief im letzten Jahr die mangelhafte Aufarbeitung der vielen Fälle sexueller Gewalt in katholischen Einrichtungen hervor. Auch sie war beim Papstbesuch deutlich spürbar.

All dies zeigt die große Aufmerksamkeit, die dem Papst auch heute noch in dem eher evangelisch geprägten und mittlerweile ziemlich säkularisierten Deutschland zuteil wird. Es ist für eine Kirche mit 25 Millionen Mitgliedern keine Kunst, das Berliner Olympiastadion mit Anhängern zu füllen – das gelang sogar mittelmäßigen Komikern. Aber Befürworter und Gegner derart in Wallung zu bringen schafft keiner, der den Menschen gleichgültig wäre. Auch eine Einladung, vor dem Bundestag zu sprechen, bekäme niemand, den man für irrelevant hielte. Es war die erste Rede eines Religionsführers vor einem bundesdeutschen Parlament. Dieses Privileg wurde nur mühsam durch den Hinweis überspielt, dass der Papst als ein Staatsoberhaupt dazu legitimiert sei. Abgesehen davon enthielt seine Rede viele kluge Gedanken.

Interessant ist, dass fast immer die Sexualmoral der katholischen Kirche im Zentrum der Auseinandersetzungen steht – und nicht der christliche Glaube oder gar Gott selbst. Sexualfragen berühren das Intimste des Menschen. Darin ähneln sie der praktizierten Frömmigkeit, die den Menschen ebenfalls im Innersten beeinflusst. Gleichzeitig beansprucht der christliche Glaube das Primat über das Verhalten (ein Christ fragt sich: Was würde Jesus an meiner Stelle tun?), verweist auf die Nachfolge Jesu und die göttlichen Gebote und bindet so die Freiheit des Menschen an den Willen Gottes, wie er in der Bibel zum Ausdruck kommt.

Säkulare Menschen haben damit offenbar ein grundsätzliches Problem, denn sie legen Wert auf eine uneingeschränkte Autonomie. Das ist in einem freien Land im Rahmen der geltenden Gesetze ihr gutes Recht. Dadurch fehlt ihnen aber das Verständnis dafür, was gläubige Menschen an- und umtreibt. Stattdessen stürzen sich Religionskritiker (keinesfalls nur

die Papstkritiker!) auf alles, was ihre totale Selbstbestimmung bedrohen könnte – insbesondere in einer solch intimen Angelegenheit wie dem Sexualverhalten.

Viel sinnvoller wäre es deshalb (für alle Kirchen), grundlegende Fragen in den Mittelpunkt zu rücken – Gibt es Gott? Wie ist Gott wirklich? Wie kann ich ihn erfahren? Wie holt er mich aus meiner Verlorenheit heraus? – und nicht Fragen des christlichen Verhaltens. Hier wird das Dilemma der römisch-katholischen Kirche deutlich: Weil sie vorwiegend sich selbst thematisiert und verkündet – und weniger diese grundlegenden Fragen –, hat sie die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich (und somit auch auf ihre Mängel) und nicht auf Gott gerichtet. Es geht zu oft um die Treue zur Kirche, zum Lehramt, zu den Dogmen, zum Papst. Es geht um Sakramente, Liturgie, kirchliche Autorität und das katholische Selbstverständnis als „einzige echte Kirche“. Manchmal geht es auch um Politik oder Ethik. Viel zu selten geht es um Jesus, Bibel, Erlösung, Nachfolge, Evangeliumsverkündigung, Gemeinschaft, Dienst und Hoffnung auf die Wiederkunft Jesu.

Während der Papst mit seiner Deutschlandreise manche Katholiken in Aufruhr versetzte, sind viele Protestanten froh über seinen Besuch und das Zusammentreffen mit ihm. So bezeichnete der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, in einem Interview mit der Rheinischen Post den Papst als „faktisch in bestimmten Fragen Sprecher für die Menschheit – in Sachen Gerechtigkeit, Umgang mit den Armen, Bewahrung der Schöpfung zum Beispiel“. Vielleicht wird das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche ja doch noch so etwas wie ein „Ehrenprimas“ der Christenheit.

(Hinweis der Redaktion: Thomas Lobitz ist Redakteur der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute“ im Advent-Verlag Lüneburg.)

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Evangelische Kirche in Deutschland würdigt Begegnung mit dem Papst

Erfurt, Hannover, 24.09.2011/APD Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) habe die ausführliche Würdigung Martin Luthers durch Papst Benedikt XVI. begrüßt, teilte die EKD-Pressestelle mit. Der Ort der Begegnung sei nicht nur für den Bischof von Rom ein bewegender Moment gewesen, sondern auch für ihn als Repräsentanten der evangelischen Christen, sagte der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Nikolaus Schneider, nach der Begegnung einer evangelischen Delegation mit dem Papst und seiner Abordnung im Erfurter Augustinerkloster.

„Ich freue mich sehr“, so der Vorsitzende weiter, „dass Papst Benedikt XVI. das grundsätzliche Anliegen der Theologie Martin Luthers so prominent herausgestellt und sein Ringen um die Gottesfrage als innere Triebfeder seines ganzen Weges gewürdigt hat“. Auch sei es „überaus erfreulich“, dass der Papst die ganz auf die Christuserkenntnis ausgerichtete Theologie Martin Luthers hervorgehoben und Luthers Einsicht begrüßt habe, in dem, „was Christum treibet“ den entscheidenden Maßstab zur Auslegung der Heiligen Schrift zu erkennen. Denn das könne, so Nikolaus Schneider, für die gemeinsame Auslegung der Bibel, für das gemeinsame Verstehen der biblischen Botschaft in der heutigen Zeit und für das gemeinsame Wirken in der Welt neue Impulse liefern und helfen, traditionelle theologische und ethische Bewertungsmaßstäbe gemeinsam weiterzudenken.

Große Übereinstimmung sehe der Ratsvorsitzende auch in den Mahnungen des Papstes, das ökumenisch Erreichte nicht „unvermerkt verlorengelassen“ zu lassen. Denn die „klassischen Konfessionskirchen“ stünden gemeinsam vor geistigen Herausforderungen, nicht nur angesichts neuer Formen des Christentums, sondern auch angesichts von Fragen der Sprachfähigkeit und der Glaubenskraft der Christen in unserer Gesellschaft. Insofern stimme der Ratsvorsitzende Papst Benedikt XVI. ungeteilt zu: die beiden Kirchen sollten sich „gegenseitig helfen: tiefer und lebendiger zu glauben“; das sei tatsächlich eine ökumenische Perspektive, welche die verschiedenen Gaben zusammenschauend und nicht gegeneinanderstelle.

Besonders freue ihn, so der Ratsvorsitzende weiter, dass der Papst in seiner Predigt im gemeinsamen Gottesdienst den ökumenischen Weg beider Kirchen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ausdrücklich als positiv und zukunftsweisend bezeichnet habe. Dass nicht die „Trennungen und Spaltungen“ beklagt, sondern Gott für die erhaltene Einheit gedankt werden sollte, sei nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der verheißungsvolle Blick auf den zukünftigen Weg beider Kirchen.

Auch die Präses der Synode der EKD, Katrin Göring-Eckardt, betonte in ihrer geistlichen Begrüßung, dass die „Ökumene zuallererst ein Geschenk Gottes an uns“ sei und wir gemeinsam „als die eine Gemeinde Jesu Christi im Hause des Vaters wohnen“ könnten. Die beiden Kirchen sollten deshalb im Dienst am Nächsten und in der Verteidigung der Würde des Menschen als Geschöpf Gottes zusammenstehen. „Papst Benedikt hat betont“, so Präses Nikolaus Schneider, „dass der Glaube auf der Grundlage der vielen Gemeinsamkeiten beider Kirchen heute neu gedacht und neu gemeinsam gelebt werden müsse. Daran wollen wir in Zukunft gerne aufbauen und anknüpfen.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Bundespräsident ehrt Professor Lothar Schmidt für sein Lebenswerk

Berlin, 23.09.2011/APD Bundespräsident Christian Wulff hat Professor Dr. Lothar Schmidt für sein ehrenamtliches und berufliches Engagement in der Suchtkrankenhilfe das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Ordensverleihung erfolgte durch die Gesundheitssenatorin Katrin Lomscher am 21. September in Berlin.

Lothar Schmidt, der in diesem Jahr seinen 90. Geburtstag feierte, beschäftigte sich schon in jungen Jahren mit dem Thema Sucht. 1968 wurde er Oberarzt am Jüdischen Krankenhaus in Berlin und übernahm die Leitung der Psychosomatischen Abteilung. Auch jetzt noch im hohen Alter engagiert er sich für Menschen mit Alkoholproblemen. Er hat einen maßgeblichen Anteil daran, dass in der Bundesrepublik Deutschland Alkoholismus als Krankheit anerkannt wurde.

Sein Ziel war und ist, Menschen nicht nur im Krankenhaus vom Alkohol zu entgiften, sondern sie nachhaltig von der Alkoholsucht zu befreien. So trug er wesentlich zum Aufbau von Gruppen der Anonymen Alkoholiker bei und machte sich stark für die Suchtprävention. Die Berliner Landesstelle für Suchtfragen e.V. – die zentrale Anlaufstelle für Selbsthilfegruppen und Abstinenzverbände in der Hauptstadt – hat er lange geleitet. Bis heute ist er national wie international ein gefragter

Experte auf Fachtagungen sowie Kongressen und arbeitet in Gremien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in New York mit.

„Rund 200.000 Menschen in Berlin sind alkoholabhängig oder konsumieren riskant Alkohol. Sich für sie einzusetzen und Hilfeangebote für Betroffene und deren Angehörige zu schaffen, ist bis heute das Credo von Professor Schmidt“, so die Gesundheitssenatorin Lomscher in ihrer Laudatio. Sie freute sich, ihm die Auszeichnung überreichen zu können und betonte: „Sucht bringt fast immer neben den gesundheitlichen Gefährdungen auch persönliches und familiäres Leid mit sich. Mit seinem ehrenamtlichen und beruflichen Einsatz hat Professor Schmidt vielen Menschen geholfen, Auswege aus ihrer Sucht zu finden.“

Lothar Schmidt gehört als Mitglied der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zur Adventgemeinde Berlin-Zehlendorf. Er ist Dozent an der Theologischen Hochschule der Freikirche in Friedensau bei Magdeburg und leitet dort das Institut für Sucht- und Abhängigkeitsfragen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Petrus in Rom? – Eine konfessionell brisante Frage

Bensheim, 23.09.2011/APD War Petrus in Rom? Dieser Frage geht der Göttinger Kirchenhistoriker Professor Dr. Peter Gemeinhardt im „Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts“ nach (MD 4/2011). Er stellt fest: „In der

kirchengeschichtlichen Forschung – römisch-katholischer wie evangelischer Provenienz – wurde daran in den letzten Jahrzehnten kaum gezweifelt. Zwar wird Petrus' Tod im Neuen Testament weder für Rom noch überhaupt eindeutig bezeugt, doch existieren seit dem 2. Jahrhundert dazu schriftliche Traditionen und auch eine archäologisch nachweisbare Verehrung.“

Kürzlich habe jedoch der Philologe Otto Zwierlein diesen Konsens mit beachtlichen Gründen infrage gestellt: Petrus sei nie in Rom gewesen und insofern auch nicht der Begründer des römischen Bischofsamtes und des Papstamtes. Diese historische These hätte, so Gemeinhardt, erhebliche Auswirkungen auf die Begründung heutiger Ansprüche auf einen „Petrusdienst“ des Papstes für die christlichen Kirchen. Während der katholische Dogmatiker Wolfgang Klausnitzer 2004 meinte, dass es theologisch nicht grundstürzend, aber „historisch und unter der Perspektive der moralischen Glaubwürdigkeit schon sehr misslich (wäre), wenn sich nachweisen ließe, dass Petrus nie in Rom gewesen war“, bescheinigt Gemeinhardt dieser Frage eine hohe konfessionskundliche Relevanz, denn „in Frage stehen nicht nur historische Details, sondern – zugespitzt formuliert – die Grundpfeiler der römisch-katholischen Ekklesiologie (Lehre von der Kirche) und Primatslehre (Lehre vom Papstamt)“.

Entsprechend heftig wären erste römisch-katholische Reaktionen auf Zwierleins Thesen ausgefallen. Die Sichtung aktueller Publikationen führt Peter Gemeinhardt dazu, die Fragestellung zu modifizieren: „Es wäre also historische, philologische und archäologische Arbeit und insofern Theologie zu treiben, anstatt durch alte oder neue Traditionskonstruktionen einen Gegensatz zwischen geglaubter und erforschter Wahrheit aufzurichten. Eine Petrustradition, auf der man eine ganze Ekklesiologie aufbauen könnte, wird sich daraus kaum ergeben. Was aber unter diesen Vorzeichen ein ‚Petrusdienst‘ damals war und heute sein könnte – das ist eine spannende und durchaus offene Frage.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!